# DER BOLSCHEWISMUS IN DER SACKGASSE

VON KARL KAUTSKY

In unserem Verlag erschien soeben:

**Abramowitsch, R.: Die politischen Gefangenen in der Sowjet-Union.** Herausgegeben von der „Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen". Mit Vorwort von Senator Louis de Brouckére (Brüssel) u. Arthur Crispien (Berlin) . . . . kart. nur **0.60**

Ferner erschien:

**Martow-Dan: Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie.** Authentische Darstellung von den ersten Anfängen und Vorläufern an bis z. Bolschewismus Halbl. **8.50**

**Kautsky, Karl: Die Internationale u. Sowjetrußland.** Behandelt die Stellung des internationalen Sozialismus gegenüber der bolschewist. Diktatur . . . . kart. **0.75**

**Garwy, Peter: Der rote Militarismus.** Aufbau der roten Armee, Verteidigungssystem u. Rüstungsfragen brosch. **0.65**

**Woytinski, W.: Kommunist. Blutjustiz.** Vorwort von Karl Kautsky . . . . brosch. **0.50**

**Mazepa, Isaak: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine.** Vorwort von P. Kampffmeyer . . . . . brosch. **1.20**

**Fedenko, Panas: Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine** . . . brosch. **1.00**

**Verlag J.H.W. Dietz Nachf.**
**Berlin SW. 68, Lindenstr. 3**

Lecture sur place

FLM.12°
0045

BIBLIOTHEQUE DE SCIENCES PO
1 653 675

127834o

# DER BOLSCHEWISMUS IN DER SACKGASSE

Von

KARL KAUTSKY

A mon cher ami Jean Longuet
en amitié

Wien, Sept. 1930 K. Kautsky

FONDATION NATIONALE DES SCIENCES POLITIQUES
BIBLIOTHÈQUE

J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW. 68

1930

Alle Rechte vorbehalten!
Copyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin
Druck: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt-M

# Inhalts-Verzeichnis


Seite

1. Die Agrarrevolution in Rußland . . . . . . . 5
   a) Neue Betriebsformen . . . . . . . . . . . . . . . 5
   b) Der Großbetrieb in der Landwirtschaft . . . . . 10
   c) Die Bedingungen für den Großbetrieb in der Landwirtschaft Rußlands . . . . . . . . . . . . . . 15
   d) Die plötzliche Kollektivisierung . . . . . . . . 20
   e) Die Agrarrevolution von 1918 . . . . . . . . . 31

2. Die soziale Revolution in der Industrie . . . . 37
   a) Die sozialpolitische Revolution . . . . . . . . . 37
   b) Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 43
   c) Die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse 56

3. Die politische Revolution . . . . . . . . . . . 70
   a) Die Revolution von 1917 . . . . . . . . . . . . 70
   b) Die Sowjetverfassung . . . . . . . . . . . . . . 81
   c) Die Demokratisierung der Sowjets . . . . . . . 86
   d) Jakobiner oder Bonapartisten . . . . . . . . . 91

4. Die möglichen Formen des russischen Umsturzes 104
   a) Der Bauernaufstand . . . . . . . . . . . . . . 104
   b) Bauern und Arbeiter . . . . . . . . . . . . . . 112

5. Was tun? . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . 118
   a) Die Weißgardisten in der Emigration . . . . . . 118
   b) Die demokratische Emigration . . . . . . . . . 125
   c) Demokratische Ziele in Rußland . . . . . . . . 132
   d) Die Selbstbestimmung der Nationen . . . . . . . 143

In u
soebe

**Abr**
**Die**
**in**
aus
mis
der
Gef
von
B r
Art
lin)

Ferne

**Mart**
**der**
**kra**
stel
fän
bis

**Kaut**
**nal**
har
inte
geg
Dik

**Garwy**
**tari**
Arr
u.

**Woyti**
**Blu**
Kau

**Mazep**
**wis**
**Okk**
Vor
mey

**Feden**
**und**
**der**

**Verl**
**Berl**

# I. Die Agrarrevolution in Rußland.

## a) Neue Betriebsformen.

Das hervorragendste Merkmal des Bolschewismus ist seine Kühnheit. Ihr verdankt er zumeist den faszinierenden Eindruck, den er auf so viele Gemüter übte und noch übt, deren Sympathie dem Sozialismus gehört.

Indes gibt es sehr verschiedene Arten von Kühnheit. Sie sind nicht alle gleich zu bewerten.

Da haben wir einmal die bewunderungswürdige Kühnheit des Menschen, der um eines hohen Zieles willen seine Existenz einsetzt, trotzdem er die Schwierigkeiten und Gefahren genau kennt, die ihn erwarten.

Schon weniger bewunderungswürdig ist die Kühnheit des Hasardspielers, die aus Leichtsinn und Arbeitsscheu hervorgeht. Ihm fehlt die Ausdauer, in langsamer, unermüdlicher Arbeit seinen Erfolg vorzubereiten, lieber verläßt er sich auf sein Glück, so oft sich ihm eine Gelegenheit zu bieten scheint, mühelos mit einem Schlage einen kolossalen Gewinn einzustreichen, wenn er es wagt, alles aufs Spiel zu setzen.

Nicht höher steht die Kühnheit, die aus Unwissenheit hervorgeht, die unbedenklich einen Weg einschlägt, weil sie keine Ahnung von den Schrecknissen hat, die auf ihm lauern, von den Abgründen, in denen er sich verliert.

Am tiefsten steht die Kühnheit, die ein Kind der Verlegenheit und der Not ist, die sich in Gefahren stürzt, weil sie keinen anderen Ausweg weiß, um sich vor dem Untergang zu retten, der sie von allen Seiten bedroht.

Als Lenin im Herbst 1917 in den Kampf um die Allmacht eintrat, da beseelte ihn wohl vor allem die Kühnheit erster Art, obwohl bei manchen seiner Genossen

auch etwas Hasardeurtum mitgewirkt haben mag. Als er aber, im Besitz der Macht, daran ging, auf der Rückständigkeit Rußlands mit einem Schlage, mit den Mitteln des Terrors ein Gemeinwesen aufzubauen, das über alle Kulturstaaten hoch empor ragen sollte, über Nacht eine vollentwickelte sozialistische Produktionsweise für ein Volk hervorzuzaubern, dessen ungeheure Mehrheit, über hundert Millionen, aus höchst primitiv wirtschaftenden Bauern und Analphabeten besteht, da war das wohl ungeheuer kühn, aber nur noch Kühnheit der dritten Art. Es gehörte schon eine tüchtige Portion Naivität dazu, sich davon imponieren zu lassen.

Dieses wahnwitzige Experiment kann nicht anders enden, als mit einem furchtbaren Zusammenbruch. Auch das größte Genie könnte ihn nicht vermeiden. Er geht hervor aus der Unlösbarkeit der Aufgabe unter den gegebenen Bedingungen mit den gegebenen Mitteln. Je mehr sich aber der Bankrott fühlbar macht, desto mehr tritt die Kühnheit der letzten Art zu Tage, die der Verzweiflung. Während die arbeitenden Massen rasch verkommen, werden die Projekte immer gigantischer, die ausgeheckt werden, um sich aus dem Sumpf herauszuarbeiten. Gleichzeitig wächst jedoch die Nervosität, je mehr das Feuer auf den Nägeln brennt. Je gigantischer das Projekt, desto kürzer die Zeit, die zu seiner Verwirklichung gegeben wird, desto größer aber auch die Gewalttätigkeit, die aufgewendet wird, um Leistungen zu erzwingen, die nur Aladins Wunderlampe verwirklichen könnte.

Merkwürdigerweise gibt es auch in Westeuropa immer noch Menschen, sehr gebildete Menschen sogar, überzeugte Sozialdemokraten, die den Kommunisten sonst sehr ablehnend gegenüberstehen, denen aber trotzdem diese Projektenmacherei imponiert, um ihrer Kühnheit willen. Allerdings nur deswegen imponiert. Als ob mit bloßer Kühnheit irgend etwas produziert werden könnte. Kühnheit ist eine Tugend im Kriege, jedoch im Produktionsprozeß kommt man damit nicht weit.

Ich war sehr überrascht, als mir gegenüber vor kurzem ein Parteigenosse seiner Begeisterung über die Sozialisierung der Landwirtschaft Ausdruck gab, die jetzt in Rußland vollzogen werde. Das sei eine der grandiosesten Taten der Weltgeschichte. Und er vermeinte, ich müßte von dieser riesenhaften Umwälzung besonders beglückt sein, da ich doch seit jeher für den Großbetrieb in der Landwirtschaft als Ausgangspunkt ihrer Sozialisierung eingetreten sei. Durch diese Beglückwünschung fühlte ich mich einigermaßen kompromittiert. Das wäre an sich recht gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist es, ob in unseren Reihen Klarheit darüber herrscht, was vom marxistischen Standpunkte prinzipiell zu dem neuesten Experiment des Bolschewismus zu sagen ist. So viel ich sehe, steht die Parteipresse ihm recht skeptisch gegenüber. Trotzdem scheint es mir nicht überflüssig zu sein, zu untersuchen, auf welche Gründe unsere Skepsis sich aufbaut. Die Sache steht nicht so, daß das Experiment *wahrscheinlich* nicht gelingen wird, sondern es ist *mit voller Sicherheit* zu sagen, daß es scheitern wird und scheitern muß.

Es ist richtig: Bei der Begründung der russischen „Kolchosen", Kollektivgüter, wurden Ideen angewandt, die ich schon früher entwickelt hatte. Auch manche andere meiner Ideen finde ich in Sowjetrußland verwirklicht. Doch bin ich nicht immer davon entzückt.

Im Jahre 1918 verfaßte ich ein Buch, betitelt „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft". Es war schon im März jenes Jahres abgeschlossen, wurde aber von der Kriegszensur erst unmittelbar vor der Revolution freigegeben. Ich untersuchte dort, welche Forderungen wir stellen müßten, damit der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft sich so schmerzlos und für das Proletariat so fruchtbringend als möglich vollziehe. Ich rechnete bereits im Frühjahr 1918 mit der Möglichkeit, daß der Krieg mit einer Erschütterung enden werde, „die dem Proletariat den Weg zur Macht eröffne. Dann würde die Übergangswirtschaft die Zeit

des Übergangs nicht nur vom Kriegszustand in den Friedenszustand, sondern auch des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeuten.“

So schrieb ich in dem vom Juli 1918 datierten Vorwort. Ich sah die Situation insofern zu günstig an, als ich nicht erwartete, die Kommunisten würden Narren genug sein und Anhang genug finden, um das deutsche Proletariat im Moment der Machtergreifung aufs tiefste zu spalten und es ihm auf diese Weise unmöglich machen, die Macht in den Händen zu behalten.

Unter anderem untersuchte ich in der Schrift auch die Frage, wie man bei dem durch den Krieg heruntergekommenen Produktionsapparat die Produktion rasch steigern könne. Dazu empfahl ich die Einführung des Schichtsystems (S. 44). Das war sicher kein neuer Vorschlag. Das Schichtsystem ist, namentlich im Bergbau, eine uralte Erfindung.

In der kapitalistischen Form wirkt es jedoch sehr zu ungunsten des Arbeiters, namentlich durch die Nachtarbeit. Diese Schäden suchte ich durch eine starke Verkürzung der Arbeitszeit zu vermeiden, wobei die gesundheitlichen Gefahren der Nachtarbeit dadurch vermindert werden sollten, daß die Nachtschicht kürzer bemessen wurde als die Tagschicht.

„Nehmen wir an, die normale Arbeitszeit habe im Frieden 10 Stunden betragen und es sei nur in einer Schicht gearbeitet worden. Wenn jetzt drei Schichten von je 8, 6, 4 Stunden eingestellt werden, so wird die tägliche Betriebsdauer von 10 auf 18 Stunden erhöht.“

Da sich aber bei so kurzer Arbeitszeit die Arbeit viel intensiver gestalten würde, könnte man wohl in den drei Schichten mehr als doppelt so viel produzieren wie ehedem an einem Tag.

„Das würde ebensoviel bedeuten, als wenn die Zahl der Spindeln von 6 Millionen auf mehr als 12 Millionen vermehrt worden wäre.“

Um ihren verlotterten Produktionsapparat besser auszunutzen, haben bekanntlich die Bolschewiki tatsächlich zum System der drei Schichten gegriffen. Ich glaube,

nicht von mir veranlaßt, die Idee lag nahe. Sie haben auch die Arbeitszeit verringert. Aber das Wichtigste haben sie nicht eingeführt: die Nachtschicht wurde gegenüber der Tagschicht nicht verkürzt, und doch ist das unerläßlich, soll die Nachtarbeit nicht zerstörend auf den Organismus wirken.

Eingehend beschäftigte ich mich in meiner Schrift mit der Landwirtschaft. Die davon handelnden Ausführungen ließ ich dann nach der Revolution 1919 als besondere Schrift erscheinen unter dem Titel: „Die Sozialisierung der Landwirtschaft". Ich untersuchte dort, wie trotz des Überwiegens der bäuerlichen Betriebe die Überführung der Landwirtschaft zu gesellschaftlicher Produktion möglich sei. Ich verlangte, daß die Städte mehr als bisher eigene Landgüter erwerben und bewirtschaften, um die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Daneben forderte ich die staatliche Begünstigung des Betreibens der Landwirtschaft durch die Dorfgemeinden, deren Bauern ihre Felder zusammenlegen, wie es zur Zeit der Markgenossenschaft schon anfänglich üblich gewesen war.

„Das Endergebnis wäre, daß Haus, Hof und Garten von Bauern wohl privat bewirtschaftet würden, wie sie auch in der Markgenossenschaft volles Privateigentum waren, der Feldbau dagegen mit den Arbeitskräften der Gemeinde gemeinsam betrieben würde." („Die Sozialisierung der Landwirtschaft", S. 61.)

In gleicher Weise wurden jüngst in Sowjetrußland neben eigentlichen Großbetrieben (Sowchosen, das heißt Sowjetwirtschaften), Dorfbetriebe (Kolchosen, das heißt Kollektivwirtschaften), durch Bauern eingerichtet, die sich zusammentaten.

Das war sicher ein bemerkenswertes Vorgehen, von dem man allerdings unter den tristen Verhältnissen Rußlands mit seiner verarmten, unfreien, unwissenden Bevölkerung nicht viel erwarten durfte, das aber auf keinen Fall schaden konnte, wenn es auf freiwilligem Zusammenschluß der Bauern beruhte. Auf die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses legte ich das Hauptgewicht. Deshalb äußerte ich mich in meinem Buch über „Die proleta-

rische Revolution“, das ich 1922 herausgab, über die Aussichten der von Bauerndörfern betriebenen gemeinsamen Landwirtschaft viel skeptischer als 1919. Damals hatte ich während der Revolution geschrieben. ich erwartete eine starke Machtstellung des Proletariats, eine tiefgehende Erschütterung der Landwirtschaft, wodurch viele Bauern für Neuerungen zugänglich gemacht würden. Und die politische Gewalt des Proletariats würde solche Neuerungen durch staatliche Maßnahmen begünstigen. Darauf war 1922 nicht mehr zu rechnen. Daher erwartete ich dort nicht mehr eine starke Bewegung in bäuerlichen Kreisen zur Zusammenlegung ihrer Äcker, so groß auch die betriebstechnischen Vorteile wären, die daraus entspringen würden. Der Bauer hängt zu sehr an seinem Privateigentum. Wohl halte ich nach wie vor die Idee für sehr fruchtbar, daß der Bauer Haus, Hof und Garten privat besitzt und bewirtschaftet, das Feld dagegen gemeinsam mit seinen Ortsgenossen bebaut. Doch erwartete ich 1922 große Fortschritte in dieser Richtung nur von den Landproletariern; die italienischen hatten hoffnungsvolle Anfänge auf diesem Gebiete gemacht. Natürlich hat sie seitdem der Faschismus,wie so vieles andere Wertvolle, brutal vernichtet. Außerdem empfahl ich, bei der Anlegung neuer Siedlungen in der Weise zu verfahren, daß man den Siedlern ihre Häuser mit Hof und Garten zu privater Bewirtschaftung übergibt, die Feldflur aber zu gemeinsamer Bearbeitung. Bei Neubildungen dieser Art käme ja kein schon bestehendes Privateigentum als Hindernis in Betracht. Doch ist diese Anregung bisher nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

### b) Der Großbetrieb in der Landwirtschaft.

Aber haben wir in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie im Großbetrieb die überlegene, produktivere Betriebsform zu sehen? Eine Betriebsform, die wir anstreben müssen, um die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu sichern und den Land-

arbeitern vermehrte Muße, höheren Wohlstand bei gleichbleibender oder gar steigender Menge ihres Produkts zu verschaffen?

Über diese Frage wurde vor einem Menschenalter in unseren Reihen sehr lebhaft diskutiert. Seitdem ist das Interesse dafür etwas abgeflaut. Marx und Engels waren der Ansicht, die moderne Technik und Agronomie mache in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie den Großbetrieb zur überlegenen Betriebsform, da dieser allein imstande sei, die modernen Produktivkräfte vollständig anzuwenden. Der bäuerliche Kleinbetrieb stelle ein Überbleibsel aus der Barbarei dar, das zum Verschwinden verurteilt sei und das künstlich aufrecht zu erhalten nicht zu unseren Aufgaben gehöre. Diese Ansicht wurde durch eine Reihe von Tatsachen gestützt und gewann große Aktualität in der Zeit der großen Krise der Landwirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. Da traten andere Genossen auf, unter ihnen der bedeutendste Eduard David, die erklärten, in der Landwirtschaft gelte nicht das Gesetz von der Überlegenheit des Großbetriebs. Hier zeige sich vielmehr der Kleinbetrieb überlegen. Ihm gehöre die Zukunft. Die kapitalistische Lohnarbeit werde in der Landwirtschaft nicht, wie in der Industrie, durch Sozialisierung der Großbetriebe, sondern durch deren Zerschlagung und Aufteilung in kleine Familienbetriebe überwunden, deren jeder ohne Lohnarbeiter bloß mit Mann, Weib und unmündigen Kindern wirtschafte.

Diese Diskussion veranlaßte mich, den Gegenstand gründlich zu untersuchen in meinem Buch über „Die Agrarfrage", 1899, auf dessen Standpunkt ich heute noch stehe. Wenn ich es seit 1900 in keiner neuen Auflage erscheinen ließ, geschah es nicht aus dem Grunde, weil ich meine dort niedergelegten Ansichten aufgegeben hätte, sondern weil die agrarische Situation sich seitdem sehr änderte, da wir aus einer Periode fallender in eine Periode steigender Getreidepreise traten. Ich hätte also eine Reihe neuer Erscheinungen in meine Untersuchung

einbeziehen müssen, und daran hinderten mich andere Arbeiten.

Das Hauptergebnis, zu dem ich 1899 gekommen war, bestand darin, daß ich in manchen Punkten David recht geben, die Marx-Engelssche Anschauung fallen lassen mußte, allerdings nur, um diese im wesentlichen umso entschiedener festzuhalten. Ich mußte zugeben, daß das Vordringen des Großbetriebs in der Landwirtschaft, das Marx und Engels beobachtet hatten, aufgehört habe und nie besonders stark vor sich gegangen sei. Auf der andern Seite konnte ich aber auch nicht eine fortschreitende Verdrängung des Großbetriebs durch den Kleinbetrieb konstatieren, sondern einen auffallenden Konservatismus der Betriebsgrößen. Einmal gewinnt die eine, einmal die andere an Boden, doch geht diese Bewegung stets sehr langsam vor sich und nie lange in derselben Richtung. Im allgemeinen ändert sich das Verhältnis der einzelnen Betriebsgrößen zu einander wenig, wenn nur rein ökonomische Faktoren auf sie wirken, nicht äußere Gewaltmittel. Was aber die Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb und umgekehrt anbelangt, so ist weder die eine noch die andere in der Landwirtschaft absolut festzustellen, sondern je nach den sozialen Bedingungen erweist sich einmal die eine, ein andermal die andere Betriebsgröße als die rationellere.

Das hatten schon Marx und Engels erkannt. Nicht jeder landwirtschaftliche Großbetrieb galt ihnen als der überlegene gegenüber dem Kleinbetrieb, sondern nur derjenige, der über alle Behelfe der modernen Technik und der modernen agrarischen Wissenschaft verfügt, die für den Kleinbetrieb teils unzugänglich, teils unanwendbar sind.

Wo Kleinbetrieb und Großbetrieb mit gleicher Technik und gleichem Wissen arbeiten, da erweist sich der Kleinbetrieb als höherstehend, weil das Interesse des Bauern am Produkt seiner Wirtschaft weit größer ist als im Großbetrieb das der gemieteten Arbeitskräfte. Nur höhere Technik und größeres Wissen, angewandt im Groß-

betrieb, kann diesen Vorzug des Kleinbetriebs ausgleichen. Nun kommt dazu, daß in der Landwirtschaft der Großbetrieb bisher Formen annahm, die der Anwendung der höchstentwickelten Technik und Wissenschaft sehr starke Widerstände bereiteten. Das bildet einen sehr erheblichen Unterschied zwischen dem Großbetrieb der Landwirtschaft und dem der Industrie. Das sei hier hervorgehoben, da es noch wenig beachtet wurde.

Der Großgrundbesitz ist ganz andern Ursprungs als die kapitalistische Großindustrie. Diese ist sehr jungen Datums, erst einige Jahrhunderte alt. Großgrundbesitz und auch landwirtschaftlichen Großbetrieb finden wir dagegen schon in den Anfängen der geschriebenen Geschichte. Die kapitalistische Großindustrie erwächst aus ihrer ökonomischen und technischen Überlegenheit über das Handwerk durch die ökonomischen Vorteile, die sie mit sich bringt. Die billigen Preise ihrer Waren sind ihre unwiderstehliche Waffe.

Der Großgrundbesitz dagegen ist ein Ergebnis der Gewalt, der Eroberung. Wo er neben sich Bauern bestehen läßt, dehnt er später sein Gebiet auch wieder durch Gewalt aus, durch Bauernlegen und Besitznahme von Gemeineigentum bäuerlicher Dörfer oder Markgenossenschaften. Soweit der Großgrundbesitz sich nicht damit begnügt, die bisherigen freien Bauern in tributpflichtige Pächter zu verwandeln, sondern zu eigener Wirtschaft übergeht, beschafft er sich die erforderlichen Arbeitskräfte ebenfalls durch Gewalt: Er wendet entweder kriegsgefangene Sklaven an oder zwingt die tributpflichtigen Bauern, ihm ihre Arbeitskraft in bestimmtem Maße zur Verfügung zu stellen.

In der Hauptsache fühlte sich der so neugeschaffene Großgrundbesitzer jedoch nicht als Landwirt. Als Krieger hat er seinen Besitz und dessen Arbeiter erworben, als Krieger hält er sie fest. Er ist und bleibt in erster Linie Kriegsmann und nicht Landmann. Und die Nachwirkungen dieses Ursprungs fühlt der Großbetrieb der Land-

wirtschaft bis auf den heutigen Tag. Auf dieser Grundlage kann sich aber eine höhere Technik und wissenschaftlicher Betrieb nicht entwickeln. Die Zwangsarbeit des Sklaven oder Leibeigenen, ebenso wie die dilettantische Leitung durch einen Feudalherren, der nur dort aufhört Krieger zu sein, wo er ein Höfling wird — das sind unter den möglichen Betriebsformen die irrationellsten. Der Sklave mißhandelt das Vieh des Herrn, man kann ihm nur die plumpsten Werkzeuge anvertrauen. Der Leibeigene bearbeitet das Herrengut mit seinen eigenen Werkzeugen und Gespannen, aber er wendet sie dort viel lässiger an als im eigenen Betrieb. Und von den Bedingungen erfolgreicher Landwirtschaft versteht er weit mehr als sein Herr, und er ist an deren Beachtung im eigenen Betrieb weit mehr interessiert als der Mietling, der als Meier oder Vogt das Gut des Herrn, den Fronhof, verwaltet. Wo solche soziale Bedingungen herrschen, ist auf jeden Fall die bäuerliche Wirtschaft die produktivere, die überlegene.

Das änderte sich aber bisher nicht viel, als die Zwangsarbeit im Großbetrieb durch Lohnarbeit verdrängt wurde. Die Möglichkeiten, sich zu bilden, zu organisieren, menschenwürdige Bedingungen in Bezug auf Löhne, Wohnungen, Arbeitszeit zu gewinnen, sind auf dem Lande weit geringer als in der Großstadt. Für die Landarbeiter ist es daher besonders schwierig, jene Intelligenz, Selbständigkeit und Interessiertheit am Arbeitsprozeß zu erlangen, ohne die eine erfolgreiche Anwendung der modernen Technik und Wissenschaft in der Landwirtschaft weit weniger möglich ist als in der Industrie, weil jene nicht in der Fabrik unter stets gleichen Bedingungen dieselben Handgriffe erheischt, sondern in freier Natur mit ihren rasch wechselnden Bedingungen wirkt, denen die Maschinen und Methoden der modernen Landwirtschaft verständnisvoll anzupassen sind. Also: der moderne Großbetrieb in der Landwirtschaft stellt höhere Anforderungen an die Intelligenz und Selbständigkeit der Lohnarbeiter als die meisten Zweige der Großindustrie. Und

die sozialen Bedingungen, unter denen die großen Güter bisher bewirtschaftet wurden, erschweren viel mehr als in der Stadt den Aufstieg der Lohnarbeiter zu höherem Wissen, selbständigem Denken und Handeln, zum Zusammenschluß in großen Organisationen und zur Beeinflussung des Produktionsprozesses durch sie. Daran liegt es in der Hauptsache, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft bisher noch nicht jene ökonomische Überlegenheit erlangte, die ihm auf Grund der Höhe der modernen Technik und Biologie gebührt.

### c) Die Bedingungen für den Großbetrieb in der Landwirtschaft Rußlands.

Nach dem eben Entwickelten läßt sich leicht voraussagen, welches Ende dem „kühnen", grandiosen, „welthistorischen" Experiment der jetzigen „Agrarrevolution" in Rußland bevorsteht.

Wie bisher immer argumentieren auch hier die Bolschewiki mit Marxschen Resultaten, aber ohne jegliche Ahnung der Marxschen Methode.

Für Marx gab es nichts Absolutes, nicht eine absolute Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, des Großbetriebs über den Kleinbetrieb. Diese Überlegenheit machte er stets abhängig von bestimmten Bedingungen. Von diesen sehen die Bolschewiki ganz ab, müssen sie absehen, denn eine Untersuchung der Frage, ob die Bedingungen für die Verwirklichung ihrer jeweiligen Projekte gegeben sind, würde sie von vornherein lahmlegen. Eine derartige Untersuchung muß aber jeder unserer Aktionen vorangehen, soll sie solid fundiert sein, nicht der Gefahr der Phantasterei anheimfallen.

Soll sich der Großbetrieb in der Landwirtschaft als zweckmäßig erweisen, müssen vor allem die Behelfe der modernen Landwirtschaft in ausreichender Fülle im Land vorhanden sein. Auch eine genügende Zahl leitender wissenschaftlich geschulter Kräfte, um sie zweck-

mäßig anzuwenden, also zahlreiche höhere landwirtschaftliche Schulen, biologische und chemische Versuchsanstalten und dergleichen. Vor allem aber muß eine hochstehende Landarbeiterschaft vorhanden sein. Sie setzt voraus eine weitgehende Demokratie nicht nur mit gutem Volksschulwesen, sondern auch mit voller Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Vereine. Die Landarbeiterschaft kann sich und ihre Organisationen nur höher entwickeln unter Beihilfe der unter günstigeren Bedingungen lebenden städtischen Arbeiterschaft. Engster Verkehr mit dieser ist notwendig, was neben voller Demokratie auch eine hohe Entwicklung des Verkehrswesens voraussetzt.

Alle diese Bedingungen müssen gegeben sein, soll die technische Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft voll zum Ausdruck kommen. Sie sind selbst in Westeuropa nur unvollkommen vorhanden, es bedarf intensiver Arbeit, sie weiter zu entwickeln. In Rußland fehlen sie so gut wie vollständig. Immerhin, eine Elite von Arbeitern ist überall vorhanden. Und wenn sich in Rußland eine solche Elite fände, der es gelänge, lebensfähige, ökonomisch und technisch hochstehende Großbetriebe in der Landwirtschaft zu schaffen, die als Musterbetriebe auf die ganze ländliche Bevölkerung anregend und vorbildlich wirken könnten, so wäre das sehr verdienstlich.

Versuche dieser Art wurden denn auch seit dem Beginn der bolschewistischen Herrschaft gemacht, auch von Staats wegen gefördert. Doch waren die Erfolge derart, daß sie nicht zur Nachahmung reizten. Sie lösten sich vielfach nach kurzem Bestand auf oder vegetierten mühsam.

> „Trotz aller Privilegien und Vergünstigungen entwickelten sie sich ungemein langsam. Ihre Anbaufläche ist in der Zeit von 1922—27 nicht nur nicht angewachsen, sondern zurückgegangen.“ (F. Roetter, die Kollektivisierung der Landwirtschaft in Rußland, Wirtschaftsdienst, 16. Mai 1930.)

Dieser Mißerfolg hätte die Machthaber Sowjetrußlands warnen müssen. Er bewirkte das Gegenteil. Da die Bauern

keine Miene machten, in die Großbetriebe hineinzugehen, ihnen ihren Boden abzutreten, so schloß man daraus, man müsse sie dazu zwingen. Wer wird sich mit Untersuchungen darüber abquälen, ob die Bedingungen für solche Betriebe vorhanden sind und wie sie geschaffen werden könnten? Man hat die Macht und man kommandiert, Punktum. Wer an der Ersprießlichkeit dieser Methode zweifelt, ist ein Konterrevolutionär.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde eine Anekdote erzählt, um den Köhlerglauben des damaligen Durchschnittsrussen an die Allmacht der Behörden seines Vaterlandes zu verspotten. Ein russischer Jüngling auf Reisen erzählte in einer deutschen Gesellschaft, alles sei in Rußland riesengroß, sogar die Bienen. Sie seien so groß wie Tauben. Und die Bienenkörbe? fragte man ihn. Ach, die sind geradeso wie hier. Aber wie kommt die große Biene in den kleinen Bienenkorb hinein? — Der Bien muß, entgegnete mit überlegener Miene der Russe. Das ist zu einem geflügelten Wort geworden. Es wird jetzt, nach fast einem Jahrhundert, sehr ernsthaft ausgesprochen von Stalin und seinen Leuten: Der Bien muß, der Bauer muß, er muß in den Bienenkorb, in den Großbetrieb, ohne Rücksicht darauf, ob er hineinpaßt und sich in ihm zurechtfindet. Leider ist Stalin nicht der Russe einer erfundenen Anekdote, sondern der sehr wirkliche, unumschränkte Alleinherrscher über die fast 150 Millionen Bewohner Sowjetrußlands.

Von allen den Bedingungen, die erfüllt sein müssen, soll der landwirtschaftliche Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen sein, besteht keine einzige in Rußland. Landwirtschaftliche Maschinen? Ja, es gibt ihrer, aber in ganz ungenügender Zahl. Rußland ist zu arm, um genug davon zu kaufen, industriell zu rückständig, um viele selbst zu erzeugen. Dabei ist der bürokratische Apparat, der sie zu verteilen hätte, liederlich, unfähig, weltfremd, durch Kontrollmaßnahmen der verschiedensten Arten und durch verwickelte Instanzenzüge in seinem Wirken gehemmt, überdies durch eine Fülle von Plänen, die ein-

ander folgen, sich überstürzen und widersprechen, in Verwirrung gebracht. So geschieht die Verteilung der Maschinen, ja der einfachsten Geräte, verspätet, unzulänglich, systemlos. Zahllos sind die Belege für diese Tatsache. Als Illustration seien einige Tatsachen mitgeteilt, die ich der RSD. (Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie) vom 17. April d. J. entnehme. In einem Artikel dieses trefflichen Organs heißt es über die Beschaffung von Pflügen für die Landwirtschaft:

> „Die bürokratische Desorganisation, die die russische Wirtschaft ruiniert....., hat dazu geführt, daß bereits hergestellte Pflüge in zahlreichen Bezirken der Union auf Lager liegen und weder die Kollektivbetriebe, noch die selbständigen Bauernwirtschaften erreichen."

Dies wird belegt durch Zitate aus der in Rußland erscheinenden, also kommunistischen „Sa Industrialisaziju". Diese berichtet weiter:

> „In den Magazinen der Genossenschaften des Gouvernements Smolensk lagern als totes Material 52 000 Pflüge, 5000 Sämaschinen, Sortiermaschinen und Dreischarpflüge, für deren Abtransport aufs Land anscheinend niemand hat Sorge tragen können..... Das ist keine vereinzelte und keine zufällige Erscheinung. Im Moskauer Gebiet sind ebenfalls rund 150 000 landwirtschaftliche Maschinen auf Lager, in der Ukraine lagern an Pflügen allein 78 000 Stück, nicht viel geringer ist die Zahl der lebendig begrabenen Maschinen im Bezirk Leningrad, in Sibirien, im Wolgagebiet und im Kaukasus."

Diese Situation angesichts der Frühjahrsbestellung nennt selbst das kommunistische Blatt „beinahe katastrophal".

Das gilt wohl meist für Pflüge und andere einfache Geräte. Das Ausbleiben an eigentlichen, komplizierteren Maschinen dürfte weniger ausmachen, denn der gewöhnliche Landarbeiter versteht so wenig mit ihnen umzugehen, daß er sie rasch verdirbt. Dann werden sie in irgend einen Winkel gestellt, um zu verrosten, denn Ersatzteile und geschickte Mechaniker für Reparaturen sind in der Regel nicht aufzutreiben.

Ebenso fehlt es an Dünger sowie an Anstalten zum Züchten verbesserter Tier- und Pflanzenarten.

Vor allem aber fehlt der wichtigste Produktionsfaktor: geeignete Menschen.

Bereits unter dem Zarismus machte sich der Mangel an geschulten Agronomen bemerkbar. Die Sowjetrepublik hat die Mehrzahl der Gebildeten aus dem Lande verjagt, den Rest demoralisiert und degradiert, den Nachwuchs mehr auf kommunistische Phrasen dressiert als mit fachlichem Wissen erfüllt und überdies aus Mißtrauen jedem Fachmann, „Spez“, so sehr jede Bewegungsfreiheit genommen, daß er unmöglich mit den beengten Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, etwas Belangreiches schaffen kann.

Nicht besser steht es mit der Masse der Arbeitskräfte. Ihnen mangeln alle Vorbedingungen, ohne die eine höhere Landwirtschaft unmöglich ist. Dies der Hauptgrund, warum die bisherigen Kollektivwirtschaften so geringe Resultate aufweisen konnten und so wenig Anziehungskraft auf die Bauern ausübten.

Wie es in einem solchen Großbetrieb, „Kolchos“, zugeht, beschreibt anschaulich ein Berichterstatter vom 23. Mai dieses Jahres im Socialistitscheskoje Semledelje“ (mitgeteilt in der RSD. vom 29. Mai). Der Berichterstatter erzählt:

„Nachdem ich den Kolchos näher kennengelernt hatte, konnte ich mich davon überzeugen, daß die Kolchos-Mitglieder in vielem recht haben, wenn sie sich über ihre Leitung beklagen. Die Arbeit im Kolchos ist schlecht organisiert. Die Pflichten der einzelnen Mitglieder sind nicht genau festgelegt. Eine Verantwortung für die übernommene Arbeit trägt keiner, infolgedessen gibt es viele Mängel. So wurde z. B. das Saatgut unterschiedslos ohne Berücksichtigung der Bodenqualität über den Boden verstreut. Mit gleichem Maß wurde festerer und weicherer Boden gemessen, obgleich der festere Boden mehr Saat erfordert. Die Traktoren mit den Sämaschinen wurden mit Geschwindigkeit II betrieben, weswegen das Korn in zu großen Abständen gesät worden ist. Die Saatfurchen wurden verunreinigt, von niemandem kontrolliert, und schließlich wurde die Saat unnütz über das Feld verstreut. Es gab auch Fälle, in denen auf dem gleichen Acker eine Sämaschine mit 80 Kilo pro Hektar, eine andere mit 112 Kilo pro Hektar versehen wurde. Die eine Saat wurde daher dicht gesät, die andere weit auseinander, so daß

das Korn ungleichmäßig aufgehen wird. Durch diese verbrecherisch-nachlässige Arbeit hat der Kolchos wegen zu geringer Aussaat am Saatgut eine „Ersparnis“ von 50 Zentnern Weizen erzielt. Angesichts eines solchen Berges übriggebliebenen Saatguts staunt die Leitung: wahrscheinlich, meint man, wird zuviel angefahren worden sein.

Die Traktorenführer arbeiten häufig ohne jede Rücksicht auf die Zeit, bis zu 22 Stunden am Tage, häufig ohne Berufskleidung. Sie nächtigen, wo es gerade trifft, ohne Betten, direkt auf der Erde. Die Traktoren müssen oft stillstehen, weil es an Benzin fehlt. Benzin wird flaschenweise ausgegeben. Arbeitsdisziplin gibt es nur auf dem Papier...

Die Ernährung der Arbeitskräfte bei der Feldarbeit ist nicht organisiert. Die Nahrung ist schlecht: Suppe und Kartoffeln, Kartoffeln und Suppe. Zur Ergänzung schlechtes Brot. Fette gibt es nicht. Futtermittel gibt es nicht. Das Vieh magert ab und geht ein. Futtermittel zu beschaffen, ist nicht möglich.“

Das erscheint grotesk. Aber es ward zu einer furchtbaren Tragödie, als der Stalinkurs jetzt plötzlich anordnete, die Zahl der Kollektivwirtschaften müsse im „Sturmtempo“, im „Blitztempo“ so sehr gesteigert werden, daß sie binnen kurzem fast die ganze Landwirtschaft umfassen. Dies Tempo ist aber für die Bolschewiks dringend nötig geworden.

### d) Die plötzliche Kollektivisierung.

Der Versuch, in einer höchst rückständigen Bevölkerung mit den Mitteln eines zentralistisch-bürokratisch-polizeilichen Terrorismus eine der kapitalistischen überlegene sozialistische Produktionsweise aufzubauen, war von vornherein dazu verurteilt, mit dem Bankrott zu enden. Dieser naht mit unheimlicher Schnelligkeit. Ihm zu entgehen, suchen die Bolschewiks nach Auswegen oder wenigstens nach Mitteln, sein Kommen für die Anhänger und Bewunderer aus den Kreisen derer, die nicht alle werden, zu verschleiern.

Daher der Fünfjahresplan für die Industrie, der diese schleunigst aus dem schlimmsten Tiefstand über die Höhe der reichsten und fortgeschrittensten Industrie der Welt, der amerikanischen, erheben soll. Für eine rasche Er-

höhung der Produktion stehen den Bolschewiks freilich nur wenig andere Mittel zur Verfügung als jene, die jeder unfähige oder mittellose Fabrikant anwendet: maßloses Antreiben der Arbeiter zu intensivster Anspannung ihrer Kräfte bei gleichzeitiger Reduzierung der Löhne, was unter dem Sowjetsystem am unauffälligsten durch Zwangsanleihen geschieht, die den Lohnempfängern auferlegt und gleich von ihrem Geldlohn abgezogen werden.

Durch ein rücksichtsloses Antreiben hat man tatsächlich eine gewisse Vermehrung der industriellen Produkte Sowjetrußlands erreicht. Ob eine fernere Erweiterung möglich ist, scheint sehr fraglich. Aber schon die bisherige ist bloßer Schwindel, denn die Folgen einer jeden übermäßigen Anspannung der Arbeiter stellen sich auch im Lande der „proletarischen Diktatur" ein: die Qualität der Produkte sinkt rapider, als ihre Quantität steigt.

Dem Ausland gegenüber prunken die Sowjetleute mit den Ziffern der Quantitäten. Aber wo sie untereinander sind, stöhnen sie über die rapide Verschlechterung der Qualitäten, die auch früher schon nicht hervorragend gut waren.

So klagt die „Trud", das sowjetrussische Gewerkschaftsblatt, vom 1. Februar dieses Jahres (abgedruckt in der RSD. vom 13. Februar):

> „Im Jahre 1928/29 hatten wir eine radikale Verschlechterung der Qualität der Produktion, sowohl in der Herstellung von Produktionsmitteln als auch in der Erzeugung der Gegenstände des Massenverbrauchs. Das Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauernkontrolle der UdSRR. stellte eine Erhebung über die Qualität der industriellen Massenverbrauchsfabrikate an. Diese Erhebung hat gezeigt, daß Ausschußware massenhaft als gute Ware auf den Markt gebracht wird. Faktisch erreicht der Ausschuß in einer Reihe von Betrieben 50 und mehr Prozent. Das gilt für fast alle von der Erhebung erfaßten Industriezweige."

Es sind erschreckende Zahlen, die „Trud" aus dieser Erhebung mitteilt und die das Gesagte bestätigen. Natürlich bedeutet die Produktion unbrauchbarer Waren nichts als Verschwendung von Arbeitskraft und Material. Diese Verschwendung wird jetzt in der Sowjetindustrie mit

aller Macht betrieben, angeblich, um ihrem Bankrott zu entgehen. Tatsächlich wird er dadurch beschleunigt.

„Trud“ schließt den zitierten Artikel mit den Worten:

„Alle angeführten Tatsachen beziehen sich auf das abgelaufene Jahr 1928/29. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist eine Besserung nicht zu verzeichnen. In einer Anzahl von Industriezweigen (Papier, Tabak, Chemie usw.) ist es um die Qualität der Fabrikate sogar noch schlimmer bestellt.“

Ich hatte obiges schon geschrieben, als ich die RSD. vom 30. April bekam, in der eine Reihe von Telegrammen aus der „Prawda“ wiedergegeben wird. Im ersten dieser Telegramme vom 10. März wird darüber gejubelt, daß die roten Putilovwerke die ihnen von Staats wegen auferlegte Herstellungsquote von Traktoren für die Landwirtschaft nicht nur erreicht, sondern überschritten haben. Am 1. April wird hellste Begeisterung der Arbeiter der Putilovwerke über das herrliche Ergebnis verkündet.

Doch schon am 9. April meldet ein Telegramm aus Charkow:

„Die in den Bezirken Uman und Proskurov eingetroffenen neuen Traktoren der Putilovwerke haben nach den Abnahmeakten Defekte, die ihre Verwendung unmöglich machen: die Radiatoren sind leck, die Kolben haben keine Ringe, die Raupen sind ausgehöhlt, infolge der schlampigen Zusammenstellung der Teile ist der Block vollständig zerschlagen, die Karren sind voll Dreck und Metallbruch.“

Dieses Telegramm beleuchtet nicht nur die Wirkungen der Arbeiterüberbürdung in der Industrie, sondern auch die Art der Belieferung der Kolchosen mit Maschinen.

Es ist eine alte Erfahrung, die den Ökonomen der Sowjetunion nicht unbekannt sein sollte, daß mit bloßer Arbeiterantreiberei ein Unternehmen nicht zu retten ist, dessen ganze ökonomische Grundlagen völlig verfault sind.

Das erschreckende Versagen der russischen Industrie verursachte auch einen steten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Einmal deshalb, weil die Erneuerung der landwirtschaftlichen Arbeitsmittel immer mehr ins Stocken geriet, dann aber auch aus dem Grunde, weil der Bauer seine Produktion einschränkte, wenn er

im Austausch für seinen Produktionsüberschuß keine oder doch nur unbrauchbare Waren erhielt. In dem Maße, in dem der Bauer weniger Produkte auf den Markt bringt, wächst das Bestreben, ihm das gewaltsam zu nehmen, was die Stadt braucht, durch Besteuerung oder einfache Wegnahme dessen, was er nicht freiwillig hergibt. Das vermindert natürlich erst recht das Interesse des Bauern daran, Überschüsse über den eigenen Bedarf hinaus zu produzieren, macht aber auch den Bauer immer oppositioneller.

Aus dieser bedrohlichen Situation gibt es nur einen Ausweg, wenn man das Sowjetsystem aufrechterhalten will: die Ersetzung der bäuerlichen Privatwirtschaften durch staatliche Großbetriebe, deren Produkt dem Staat gehört, deren Arbeiter von der Staatsgewalt völlig abhängig sind. Und da den Machthabern der Sowjetrepublik das Wasser an die Kehle steigt, soll das sofort, mit äußerster Schnelligkeit herbeigeführt werden. Bauern, die nicht freiwillig ihren Boden an die Staatsgüter abgeben, nicht freiwillig in sie als Lohnarbeiter eintreten wollen, werden einfach dazu gezwungen. Der Bien muß.

Natürlich vollzieht sich die Sozialisierung der Landwirtschaft in Sowjetrußland ebenso unter ganz verlogenen Vorwänden, wie alles in diesem Arbeiterparadies.

Die Bauern vergewaltigen, wer würde daran im Arbeiter- und Bauernstaat denken! Nein, es handelt sich nur darum, ein Hindernis aus dem Weg zu räumen, das sich den Bauern entgegenstellt, die mit aller Macht in die Kollektivwirtschaften strömen und freudig ihre bisherigen Betriebe aufgeben wollen. Dieses Hindernis ist der Kulak.

Die Willkürherrschaft der Sowjetgewaltigen weiß ein sehr einfaches Mittel, um jede Gewalttat zu beschönigen. Sie klebt jedem Menschen, der ihr nicht paßt, eine abstoßende Etikette auf und damit ist jegliche Niedertracht ihm gegenüber gerechtfertigt. Ein Arbeiter, der heute ebenso sozialdemokratisch denkt, wie es Lenin noch 1916

tat, er ist ganz einfach ein Renegat, ein Sozialfaschist, ein Sozialverräter, also ein Halunke, dem gegenüber jedes Mittel erlaubt ist. Ein Ingenieur oder Leiter in einem Sowjetbetrieb, der in der allgemeinen Misere keine guten Resultate erreicht, er sabotiert das Werk des proletarischen Staates, ist ein Gegenrevolutionär: an die Wand mit ihm!

So ist nun jeder Bauer, der sich nicht mit Wonne den neuen Großbetrieben anschließt, ein Kulak, der schlimmste Bauernfeind, den es gibt. Kulaki nannte man ehedem jene Großbauern, die aus der elenden Lage der kleinen Bauern Nutzen zogen, ihnen in Notständen Vorschüsse gaben, die sie hoch verzinsen oder mit Arbeitsleistungen abzahlen mußten. Diese Wucherer, die unter dem Zarismus die Masse der Bauern in Schuldknechtschaft erhielten, sollen in Rußland noch heute massenhaft ihr Unwesen treiben, zwölf Jahre nach der glorreichen Revolution, die allen Bauern Land und Wohlleben brachte! Heute noch sollen so furchtbare Notstände in der Bauernschaft wüten, daß sie gezwungen ist, sich von Wucherern ausbeuten zu lassen, und die Zahl solcher Wucherer ist angeblich so groß, daß sie das Dorf beherrschen, daß zahlreiche „Stoßexpeditionen" städtischer Arbeiter notwendig sind, um mit ihnen fertig zu werden.

Wäre dem wirklich so, eine vernichtendere Kritik der bolschewistischen Agrarpolitik ließe sich nicht denken. In Wirklichkeit stehen indes die Dinge anders. Freilich nicht besser. Es gibt arme Bauern genug auf dem Dorf, die Sowjetpolitik ruiniert immer mehr Bauern. Woher sollen jedoch heute die Wucherer kommen? Mit dem Wesen des Sowjetstaates ist wohl das Vorhandensein von Millionen verhungernder Bauern vereinbar, nicht aber das wohlhabender, geschweige denn reicher Bauern. Ein solcher ist ja vogelfrei, nicht wegen seiner Taten, sondern wegen seines Besitzes. Die Bezeichnung Kulak ist heute nichts als ein falsches Aushängeschild, das jedem Bauern umgehängt wird, der sein Gütchen nicht aufgeben und

das unsichere Experiment des Übergangs zum Kollektivbetrieb nicht riskieren will, weil sein bisheriger Privatbetrieb noch nicht völlig ruiniert ist.

Es ist unglaublich, wer alles heute in Rußland als Kulak gebrandmarkt wird. Nur zwei Beispiele, die mir gerade in der schon von mir zitierten Nummer der RSD. vom 17. April unterkommen. Nicht nur Bauern, sondern sogar Eisenbahnarbeiter, die ein Stückchen Land besitzen, werden als Kulaks bezeichnet, als solche aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen und expropriiert. Eine Nummer der „Trud" vom 9. April berichtet von zwei Fällen: Ein Arbeiter Sidorenko in Beresowka, seit 17 Jahren im Betrieb, besaß mit seiner Familie von neun Köpfen ein Stück Land von 14,5 Hektar. Er war vorsichtig genug, diesen Boden schon vor zwei Jahren dem Dorfsowjet abzutreten. Aber er hatte doch einmal Land besessen. Vielleicht hatte er einmal bedauert, es abgetreten zu haben. Also war er ein „Angehöriger der kulakischen Elemente", wurde als solcher aus dem Verband ausgeschlossen und eine „Stoßbrigade" wurde in seine Wohnung geschickt, die, da sie nichts anderes zu expropriieren vorfand, ihm das Mehl wegnahm, das er im Konsumverein gekauft hatte. Noch frevelhafter kulakisch war ein Eisenbahner in Karpowo, der als „Hausbesitzer" und „Spekulant" aus dem Verband ausgeschlossen und mit Konfiskation seines Vermögens bestraft wurde. Er besaß wirklich Land, 4,35 Hektar, und eine Kuh obendrein. Auch über ein Haus verfügte er, freilich kein fertiges. Er baute seit Jahren daran — er allein — und hauste einstweilen mit Weib und Kind in einer Stube. Und ein Spekulant war er auch, denn er hatte mehr Kartoffeln geerntet, als er brauchte, und einige davon verkauft.

Von diesen beiden Fällen erfahren wir, weil die höheren Gewerkschaftsinstanzen sie prüften und doch zu unsinnig fanden. Aber, sagt „Trud" selbst, zahllose ähnliche Fälle liegen vor, die nicht überprüft wurden. Und das kommt bei Arbeitern vor. In den Dörfern herrscht erst recht die reinste Willkür. Nur ein Beispiel aus dem Dorf,

das die „Russie opprimée“ (Paris) vom 12. April der „Prawda“ vom 25. März entnimmt.

In Ekaterinowo wurde ein armer Bauer „entkulakisiert“. Man konfiszierte bei ihm ein Pferd, sieben Hühner, neun Zündholzschachteln und noch einige Kleinigkeiten.

Zu Hunderttausenden wurden Bauern als Kulaken denunziert und expropriiert. Man nahm ihnen nicht nur ihren Boden, ihr landwirtschaftliches Inventar, sondern auch ihre Lebensmittel, Kleider, Möbel. Sie wurden ins Elend gestoßen oder nach dem Norden als Zwangsarbeiter deportiert, wo sie als Holzhauer frieren, hungern und elend zugrundegehen. Mitunter, namentlich wo Transportmittel fehlten, wurde der unbequeme Kulak einfach erschossen.

Dies Schicksal drohte jedem Bauern, der es wagte, den Eintritt in einen Großbetrieb zu verweigern. Kein Wunder, daß die Sowjetpresse triumphierend verkünden konnte, die Bauern drängten sich um die Ehre, ihre privaten Betriebe aufgeben und sich den Kollektivbetrieben anschließen zu dürfen. In manchen Gebieten waren es fast alle Bauern, die das taten, mitunter binnen weniger Wochen.

In einem bemerkenswerten Artikel über „Stalins Agrarpolitik“ berichtet P. Garwy:

> „Im Jahre 1927 waren in der gesamten Sowjetunion 15 000 Kolchosen verhanden, am 1. Oktober 1928 stieg ihre Zahl auf 38 000. Bald ging es in vollem Galopp.“

In der Tat zählte man am 20. Januar 1930 schon über 59 000 und wenige Wochen später, am 1. März, über 110 000 Kolchosen. Die Zahl der kollektivisierten Bauernwirtschaften wuchs in diesen Wochen von rund 4 Millionen auf 14 Millionen, mehr als die Hälfte aller Bauernwirtschaften Rußlands.

Nicht selten allerdings war die Wirkung eine andere. Die bedrohten Kulaken erhoben sich, und sie waren so zahlreich und hatten so sehr die ganze Bevölkerung hinter sich, ja stellenweise weigerten sich Truppen der roten Armee, gegen sie vorzugehen, daß Stalin es mit der

Angst bekam und in seinem berühmten Zirkular vom 15. März dieses Jahres jede Anwendung von Zwang bei der Sozialisierung verbot. Aber Dekrete werden nicht immer durchgeführt, Pogrome werden leichter entfesselt als gehemmt und die Situation ist so gespannt, daß das Wüten gegen die Kulaks, d. h. gegen die gesamte Bauernschaft, die noch nicht völlig ruiniert ist und etwas zu verlieren hat, jeden Tag von neuem losbrechen kann. Die Methode, den Produzenten zu plündern, bringt zwar den Produktionsprozeß zum Stillstand, verschafft aber doch zunächst den Plünderern den Besitz einiger Produkte, die sie brauchen können.

Auf dem letzten (16.) Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands malte Stalin ein zauberhaft schönes Bild der russischen Landwirtschaft der Zukunft. Doch mußte selbst er zugeben, daß in der Gegenwart der Viehstand höchst bedenklich zurückgegangen sei. Trotzdem verkündete er, die „Liquidierung des Kulakentums", die Kollektivisierung der Landwirtschaft werde binnen zwei Jahren lückenlos vollendet sein. Das kann noch schön werden!

Wir haben gesehen, daß unter den Bedingungen des heutigen Rußland der Großbetrieb in der Landwirtschaft von vornherein weniger rationell ist als der Kleinbetrieb. Der Mangel an Maschinen, an kenntnisreichen Agronomen, an unterrichteten, selbständig denkenden und handelnden Landarbeitern muß den Großbetrieb sehr beengen. Die Art und Weise, wie jüngst die Schaffung von Großbetrieben forciert wurde, hat aber diese Nachteile der Großbetriebe noch gewaltig gesteigert. Wo solche geschaffen wurden, werden sie jetzt in der Hauptsache mit Zwangsarbeitern betrieben, sind sie nicht ein Aufstieg zu einer höheren Wirtschaftsform, sondern ein Rückfall in die alte Fronhofs- oder Plantagenwirtschaft, nur mit dem Unterschied, daß der Sowjetfronhof nicht im Besitz einer Familie des Kriegsadels, sondern eines Klüngels des kommunistischen Bürgerkriegsadels ist.

Die Zwangsarbeit ist die irrationellste Arbeitsmethode, die es gibt, diejenige, die im Vergleich zu freier Arbeit die schlechtesten Resultate erzielt. Freiwillig gehen in die Kollektivwirtschaften bloß die ganz armen Bauern, die völlig ruinierten, diejenigen, die sich am ungeschicktesten oder arbeitsunfähigsten erwiesen haben. Sie flüchten in die Kolchosen, um Staatspensionäre zu werden. Die werden den Großbetrieben nicht auf einen grünen Zweig helfen.

Zu alledem gesellt sich die rasende Schnelligkeit, mit der die Neuordnung Hals über Kopf ohne jede Vorbereitung herbeigeführt wurde, und die brutale Gewalttätigkeit, ohne die in Sowjetrußland eine Neuerung nicht durchgeführt wird. Die städtischen Stoßbrigaden, die dem Bauern den Geschmack am Großbetrieb einprügeln sollen, haben die besser situierten Bauern nicht nur enteignet, sondern auch viel von ihren Geräten ruiniert, von ihrem Vieh getötet. Anderseits haben viele Bauern, sobald sie sahen, daß jeder Widerstand gegen den Eintritt in die Kollektivwirtschaften unnütz sei, selbst ihr Vieh geschlachtet und verzehrt oder verkauft, da sie meinten, im Großbetrieb seiner nicht mehr zu bedürfen. In der ohnehin so schlecht mit Inventar — lebendem und totem — versehenen Landwirtschaft Rußlands wurden dadurch viele Produktionsmittel vernichtet, die sie dringend brauchte.

Und nun kam schließlich zu allen diesen furchtbaren Schädigungen noch die schreckliche Unsicherheit, die über der ganzen Landwirtschaft schwebt, deren Zukunft nicht vom Willen und Wissen ihrer Arbeitskräfte abhängt, die ihre Arbeitsbedingungen am besten kennen, sondern von den Launen und den Augenblicksnöten der oft recht unwissenden Herren im Kreml. Der Rest von Initiative und Arbeitsfreude, der in der Landbevölkerung noch geblieben sein mochte, wird durch diese lähmende Unsicherheit vollends ertötet.

Unter diesen Umständen ist es klar, zu welchem Ergebnis das Experiment Stalins führen muß.

Auf keinen Fall wird es Sowjetrußland gelingen, lebensfähige Großbetriebe zu schaffen. Wohl aber hat der Versuch, solche über Nacht zu Tausenden hervorzuzaubern, dazu geführt, daß die gesündesten und produktivsten Teile der bäuerlichen Landwirtschaft erschlagen wurden und erschlagen werden mußten. Das wird die einzige dauernde Wirkung der Agrarrevolution sein. In dem „Blitztempo", das Stalin forderte, läßt sich nicht die Landwirtschaft ganz Rußlands kollektivisieren, ohne daß ihr Produktionsprozeß völlig ins Stocken gerät.

In der Industrie kann man Großbetriebe neben den kleinen aufbauen, ohne daß diese letzteren dabei stillgelegt werden. Soweit es zu solcher Stillegung kommt, ist sie die Folge, nicht die Voraussetzung des Erstehens des Großbetriebs. Dagegen kann in einem Lande, dessen ganzer Kulturboden schon bearbeitet wird, ein neuer landwirtschaftlicher Großbetrieb erst gebildet werden, wenn vorher eine Reihe bäuerlicher Betriebe aus dem Wege geräumt wurde. Das bedeutet, daß der Übergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb nur allmählich, nicht rapid, und nur stellenweise, nicht allenthalben vor sich gehen darf, soll nicht der ganze landwirtschaftliche Produktionsprozeß in Unordnung geraten. Darin liegt einer der Gründe der konservativen Natur der verschiedenen Betriebsgrößen in der Landwirtschaft. Man kann Eigentumsverhältnisse über Nacht ändern, nicht aber Betriebsverhältnisse.

Wo wir in der Geschichte massenhaftes Bauernlegen zugunsten rapid wachsenden Großgrundbesitzes finden, da geschieht es unter gleichzeitigem Übergang vom Feldbau zur Weidewirtschaft, wie das namentlich durch das wachsende Verlangen nach Schafwolle zeitweilig in England und in Nordostdeutschland profitabel wurde.

Ganz anders liegen die Dinge heute in Rußland, wo nicht verminderter, sondern vermehrter Ertrag des Feldbaues erforderlich ist, soll seine wachsende Bevölkerung nicht verhungern. Nach meiner Überzeugung würde dies

Bedürfnis durch rationelle Großbetriebe wohl am besten befriedigt werden. Aber selbst wenn die Vorbedingungen dafür in Rußland vorhanden wären, was bei weitem nicht der Fall ist, könnte die Schaffung solcher Betriebe nur langsam, schrittweise, bei vollster Freiwilligkeit der Landbevölkerung nach sorgfältiger Vorbereitung geschehen, soll nicht die ganze landwirtschaftliche Produktion in Unordnung geraten. Die Methoden schrittweisen Vorgehens habe ich in meinem Buch über die „Sozialisierung der Landwirtschaft" geschildert. Ausdrücklich wendete ich mich dort gegen Methoden, wie sie jetzt in Sowjetrußland befolgt werden:

> „Das siegreiche Proletariat hat alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittelproduktion ungestört fortgeht. Eine Expropriation der Bauern würde diesen ganzen Produktionszweig in die tollste Unordnung bringen und das neue Regime mit Hungersnot bedrohen. Die Bauern mögen also unbesorgt sein. Ihre ökonomische Unentbehrlichkeit wird jede Expropriation verhüten, abgesehen davon, daß schon die einfachste Regel der Klugheit gebietet, sich ohne Not nicht eine so starke Bevölkerungsschicht zu Feinden zu machen." (S. 71.)

Ich überschätzte damals die Klugheit der Kommunisten. Je toller sie die Bauernschaft expropriieren, umso mehr wird es jetzt für die Sozialdemokratie zum einfachsten Gebot der Klugheit, von den Sowjetmethoden auf das entschiedenste abzurücken und die ungeheure Sinnlosigkeit bloßzustellen, die hinter ihrem so viel bestaunten „kühnen", „riesenhaften" Experimente steckt.

Die Konsequenzen für das ganze russische Volk müssen furchtbar werden. Die ungeheuren Defizite der Sowjetindustrie wurden bisher wettgemacht auf Kosten der Bauernschaft. Die mußte sie bezahlen in der Form enormer Preise der Industrieprodukte oder hoher Steuern.

Wenn aber jetzt die Landwirtschaft auch versagt und Defizite macht, wer bleibt noch übrig, für dieses Defizit aufzukommen?

Der ökonomische Zusammenbruch wird nun ganz unvermeidlich. Ein Versagen der Landwirtschaft macht sich weit rascher fühlbar als ein Versagen der Industrie; einen

Niedergang der Industrie kann ein Volk lange ertragen, ohne unterzugehen. Man kann ohne neue Kleider und noch mehr ohne neue Möbel, neues Geschirr, neue Häuser zum Ersatz der alten verschlissenen sich zur Not eine geraume Zeit hindurch behelfen. Nicht aber ohne Nahrungsmittel. Der Niedergang der Landwirtschaft bedeutet direkten Hunger und schließliches Verhungern. Und dabei wächst immer mehr der Gegensatz der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Bauern, zur Kommunistischen Partei.

## e) Die Agrarrevolution von 1918.

Lange Jahre hindurch schien das kommunistische Regime in Rußland unerschütterlich zu sein. Jetzt hört man sehr deutlich auch im Ausland, wie es im Gebälk kracht. Nicht umsonst hat die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI.) in ihrer Sitzung vom Mai dieses Jahres sich gedrängt gefühlt, ein Manifest an die Arbeiter Rußlands zu richten, um sie aufzufordern, in der kommenden Krise die Revolution zu retten.

Das wird sicher sehr notwendig werden. Nur ist es heute in Rußland nicht so einfach, festzustellen, welche Erscheinungen wir als revolutionär, welche als gegenrevolutionär aufzufassen haben. Das gilt z. B. schon von dem Kolchosenexperiment, wenn wir es für sich allein betrachten. Es gilt noch viel mehr, wenn wir dieses Experiment mit der Agrarrevolution vergleichen, mit der der Bolschewismus seine Regierungstätigkeit begann. Die Agrarrevolution von 1930 ist das gerade Gegenteil jener, die er 1918 vollzog oder vielmehr vollziehen ließ, der Aufteilung des Bodens des Großgrundbesitzes unter die Bauernschaft.

Daß es dazu kam, ist nicht ein besonderes Verdienst der Bolschewiks. Die große Mehrheit der konstituierenden Nationalversammlung, die Ende 1917 gewählt wurde, bestand aus Parteien, die das gleiche verlangten. Nur

wollten sie es systematisch durchgeführt wissen, in einer Weise, daß die bedürftigsten Bauern vor allem dabei berücksichtigt wurden.

Die Bolschewiks kamen der Nationalversammlung mit ihrem Dekret vom November 1917 über den Grund und Boden zuvor. Sie bewirkten damit im Unterschied von den andern revolutionären Parteien bloß, daß die Verteilung des Bodens regellos, mit Plünderungen und Verheerungen vor sich ging.

Doch braucht man ihnen das nicht allzu stark anzukreiden. Die Staatsgewalt war aus den Fugen, die Bauern Herren auf dem flachen Lande, sie hätten auf jeden Fall getan, was sie wollten, was immer die Sozialisten wünschen mochten. Lenin gewann die Macht, weil er sich den Bauern unterordnete. In einem kleinen Lande, wie Georgien, unter menschewistischer Leitung, ging die Expropriierung des Großgrundbesitzes und die Verteilung seines Bodens nach bestimmten Grundsätzen vor sich. Aber auf dem ungeheuren Gebiet Rußlands wäre das schwer möglich gewesen. Revolutionen vollziehen sich selten wunschgemäß.

Aber anderseits darf man die Expropriierung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung seines Bodens auch nicht als besonderes Ruhmesblatt des Bolschewismus preisen.

Doch was immer sein Anteil an der Agrarrevolution von 1917 und 1918 sein mag, die historische Bedeutung dieser Revolution kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. A. Jugov hat vollständig recht, wenn er in seinem wichtigen Werk über „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme“ sagt:

> „Die Revolution beseitigte die ständische Entrechtung der Bauern und ihre halbfeudale Abhängigkeit vom Großgrundbesitz. Dadurch erfüllte sie ihre grundlegende geschichtliche Aufgabe und *darin besteht die größte Errungenschaft der russischen Revolution*.“ (S. 106.)

Diese größte Errungenschaft der sozialen Revolution Rußlands war keine sozialistische, sondern eine bürger-

liche Maßregel. Wenn auch in anderer Weise, unter anderen historischen Bedingungen, bewegte sie sich doch auf dem flachen Land in denselben Gleisen, wie die französische Umwälzung von 1789.

Wollen die Bolschewiks das als ihre besondere revolutionäre Leistung angesehen wissen? Im Grunde bewirkten sie in der Landfrage nur dasselbe, was die andern revolutionären Parteien auch herbeigeführt hätten. Was war es aber, was sie aus eigenem dazu taten?

Die Verteilung des Bodens der Grundbesitzer an die Bauern war unvermeidlich geworden. Aber die bäuerliche Bevölkerung war so sehr angewachsen, daß diese Maßregel nicht mehr genügte, deren Dasein zu sichern. Die bäuerliche Bevölkerung war viel zu zahlreich geworden, als daß sie bei dem Fortbestehen der extensiven Bodenbebauung auf der gegebenen Bodenfläche so viel Produkte erzeugen konnte, als sie brauchte, sich selbst zu ernähren und Mittel zum Austausch gegen Industrieprodukte zu gewinnen, deren sie bedurfte. Der ganze Boden Rußlands reichte nicht mehr aus, um jeden ländlichen Produzenten in den Besitz eines ausreichenden Bauerngutes zu setzen, solange die Wirtschaft eine so primitive blieb. Eine Reihe von ihnen mußte trotz der Aufteilung des Bodens der Grundbesitzer landlos bleiben oder die Gütchen mußten so schmal bemessen werden, daß es unmöglich war, bei extensiver Wirtschaft davon zu leben.

Intensivierung der Wirtschaft war zur Vollendung der sozialen Revolution auf dem flachen Lande unerläßlich. Das erheischte eine bessere Volksbildung, sowie eine hohe Entwicklung der Industrie, die den Bauern verbesserte Geräte und sonstige Produktionsmittel, z. B. künstlichen Dünger, billig lieferte, sowie endlich völlige Sicherheit der Eigentumsverhältnisse. Diese ist notwendig für den technischen Fortschritt. Niemand wird große, kostspielige Bauten aufführen oder Maschinen anschaffen, wenn er nicht erwarten darf, den Vorteil davon einzuheimsen. Das ist einer der Gründe, warum die Methode der Konfiskation der Produktionsmittel als Mittel, sie in

Gemeineigentum überzuführen, ökonomisch so schädlich und verwerflich ist. Für die Landwirtschaft ist die Sicherheit des Eigentums bereits bei sehr primitiver Technik geboten, denn der Bauer erntet nicht sofort, was er gesät. Er braucht viele Monate, um die Frucht seiner Arbeit einzuheimsen. Bei Meliorationen oft eine Reihe von Jahren. Wo er nicht sicher ist, daß sein Gut und seine Ernte ihm bleibt, wird er jede Verbesserung vermeiden, seine Aussaat aufs äußerste beschränken. Daher kam z. B. in der Türkei wegen der Paschawillkür die Landwirtschaft nie auf einen grünen Zweig.

Die große französische Revolution hat den Bauern nicht bloß mehr Boden gegeben, sondern auch die meisten dieser Bedingungen einer Intensivierung der Landwirtschaft in hohem Grade erfüllt. Das bolschewistische Regime blieb in dieser Beziehung weit hinter der bürgerlichen Revolution zurück. Wohl erkannte es selbst die Notwendigkeit wenigstens einiger dieser Fortschritte, doch konnte es sie nicht herbeiführen, aus einem Mangel an Mitteln, der aus seiner Kneblung der Industrie und der industriellen Bevölkerung hervorging. Die ständige Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse wieder ging nicht aus seinem revolutionären, sondern seinem autokratischen Charakter hervor. Wir kommen darauf noch zurück.

Das Schulwesen auf dem Lande ist fast so elend geblieben wie unter dem Zarismus, vielfach noch unter dessen Niveau heruntergegangen wegen der Armut des Staatswesens. Dabei sind die Schulen ebenso wie ehedem die zaristischen nicht darauf eingerichtet, denkende Menschen zu erziehen, sondern unterwürfige Untertanen und kritiklose Gläubige, nur haben Herrschaft und Glaubensinhalt gewechselt. Die Schulen sind nicht mehr Herrschaftsmittel des Zaren und der orthodoxen Kirche, sondern der Kommunistischen Partei.

Über die Versorgung mit Maschinen, Geräten, Dünger haben wir schon einige Tatsachen berichtet. Hier nur noch ein Beispiel:

„Nach dem Material einer vom Volkskommissariat für Landwirtschaft veranstalteten Erhebung kamen auf 24 Millionen Betriebe nur 9 Millionen Pflüge und 8 Millionen Eggen. (Jugov, die Volkswirtschaft der Sowjetunion, S. 111.)

Die Ernteerträge in Rußland pro Bodeneinheit standen stets weit hinter denen Westeuropas zurück. Sie sind in der Sowjetrepublik noch gesunken. Der Ernteertrag pro Deßjatine an Brotkorn betrug 1913 62,2 Pud, 1928 nur 49,5 Pud.

Bei der extensiven Wirtschaft sind auch Mißernten sehr häufig:

„In den 10 Jahren des Bestehens der Sowjetherrschaft gab es nur drei Jahre mit guter Ernte, fünf mit schlechter Ernte, zwei direkte Hungerjahre. Und während die Ernte in Westeuropa bei schlechter Ernte um 7—10 Prozent zurückgeht, beträgt der Ernteausfall in Rußland in den Mißerntejahren 20—30 Proz., in den Hungerjahren sogar 50 Prozent.“ (Jugov, a. a. O. S. 110.)

Zu der Unwissenheit und dem Mangel an Geräten, Dünger, Vieh gesellte sich noch die Launenhaftigkeit der Sowjetherrschaft, die durch nichts eingeschränkt, wohl aber durch die wachsende Not zu den verrücktesten, gegensätzlichsten Experimenten gedrängt wird, die Arbeitsfreude des Bauern aufs äußerste herabdrückt, sein Streben nach Verbesserung des Betriebs völlig ertötet. Wurde doch jeder, der mehr erntete, als er unbedingt brauchte, als „Kulak“ bestraft! Daher ging auch die Aussaatfläche zurück.

So konnte die Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer an die Bauern in Rußland seit 1918 keineswegs jene günstigen Wirkungen zeitigen, wie der Umsturz des Feudalismus in Frankreich nach 1789. Die bäuerliche Wirtschaft ging immer mehr zurück. Das der wichtigste Grund des wahnwitzigen Kolchosenexperiments, von dessen Betrachtung wir ausgingen, das den Bauern zu Gunsten des Großbetriebs expropriiert.

Und nun die Frage: Was von alledem ist als Revolution zu betrachten, die vor der Gegenrevolution zu retten ist?

Die Bodenverteilung unter die Bauern hatte sich nicht in sehr zweckmäßigen Formen vollzogen, aber in einer

spontanen Erhebung unorganisierter Volksmassen vollzieht sich nicht alles methodisch und geordnet. Das Endergebnis war ein gewaltiger Fortschritt. Hier haben wir eine wirklich bedeutende soziale Revolution vor uns. Sollte sich irgend eine Klasse oder Partei in Rußland anschicken, diese Errungenschaft zunichte zu machen und den Zustand vor der Revolution wieder einzuführen, müßte sich die internationale Sozialdemokratie gewiß entschieden dagegen wehren.

Wo ist aber dieser gegenrevolutionäre Faktor zu finden? Sicher nicht in der Bauernschaft selbst. Wohl ersteht in dieser eine stets wachsende Opposition gegen das Sowjetregime, aber nicht gegen die Zuteilung des Herrenbodens an die Bauern: wo diese Zuteilung vom Bolschewismus verteidigt wurde, konnte er der begeisterten Zustimmung der Bauern versichert sein. Ihr verdankt er zum guten Teil seine politische Macht in den Anfängen seiner Herrschaft.

Aber alles, was der Sowjetstaat seitdem zu jener sozialen Revolution hinzugefügt hat und was auf die massenhaften Expropriierungen und die Versklavung von Bauern hinausläuft, ist im Verein mit der Hemmung der Industrie und der Verkümmerung des Schulwesens dazu angetan, die soziale Revolution auf dem flachen Lande entweder zu hemmen oder sie direkt aufzuheben und in ihr Gegenteil zu verdrehen. Wenn die Anfänge des Sowjetregimes auf dem flachen Land eine Revolution bedeuten, dann muß sein weiteres Wirken dort immer mehr geradezu als eine Gegenrevolution betrachtet werden.

Diese Konterrevolution ist es, gegen die sich die Bauern erheben.

Auf welche Seite haben wir uns nun in Rußland zu stellen, wenn wir die bedrohte Revolution retten, die Gegenrevolution abwehren wollen?

## 2. Die soziale Revolution in der Industrie.

### a) Die sozialpolitische Revolution.

Wir konnten eben feststellen, daß im Gegensatz zur französischen Revolution von 1789 die russische Revolution nach 1918 nicht einen Aufstieg, sondern fortschreitenden Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft brachte, was zu dem Kolchosenirrsinn führte.

Die wirkliche Rettung der Landwirtschaft liegt für Rußland in der Hebung der Leistungsfähigkeit seiner Industrie, die allein die Mittel für eine intensivere Bodenbebauung liefern kann.

Hier liegt die Wurzel des Übels. Wie aber sie ausrotten?

Betrachten wir die Eigenart der Industrie Sowjetrußlands.

Der Weltkrieg hat zu dem Zusammenbruch nicht bloß des Zarismus, sondern aller drei großen Militärmonarchien des östlichen Europa geführt. Überall endete er mit einer politischen Revolution, die proletarische Parteien ans Staatsruder brachte. Durch sie gewann die Lohnarbeiterschaft gewaltige Verbesserungen ihrer Lage: den Achtstundentag, den Anfang einer Betriebsdemokratie durch die Einsetzung von Betriebsräten sowie die Arbeitslosenversicherung. Jede dieser Neuerungen förderte sehr die Gewerkschaften, anderseits machte sie zum Teil selbst wieder starke Gewerkschaften nötig, sollte sie ihre volle Durchführung finden.

Es gibt manchen Proletarier, namentlich unter den Kommunisten, dem diese Errungenschaften zu geringfügig erscheinen, als daß man sie zu revolutionären zählen

dürfte. Aber sie gehören dazu, einmal, weil sie das Werk eines politischen Umsturzes waren, dann, weil sie nicht, wie gewöhnliche Sozialreformen, allmählich, Schritt für Schritt, sondern mit einem Male errungen wurden. Und wer sie nicht mit dem Idealbild des Zukunftsstaates vergleicht, den wir anstreben, sondern mit dem Zustand, der vorher war, wird unmöglich die Bedeutung dieser Ergebnisse der Revolution unterschätzen. Sie verbesserten die Lage der Lohnarbeiterschaft kaum in geringerem Grade, als es etwa durch die Aufhebung des Zunftzwangs in der französischen Revolution geschah.

In Rußland hat die Revolution den Arbeitern dieselben Errungenschaften gebracht, von denen wir hier handeln. Sollte dort ein politischer Umsturz eine Partei ans Ruder kommen lassen, die den Arbeitern diese Früchte der Revolution verkümmern möchte, so bedeutete das sicher eine Gegenrevolution, zu deren Abwehr wir aufrufen müßten. Doch zurzeit ist dort niemand zu sehen, der eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter betreiben würde, ausgenommen die Sowjetgewaltigen. Die arbeiten schon seit langem daran.

Aber ist das nicht böswillige Verleumdung? Haben sie nicht vielmehr an Stelle des Achtstundentags den Siebenstundentag gesetzt? Ist das nicht ein gewaltiger Fortschritt über das in den kapitalistischen Staaten erreichte Maß hinaus?

Das wäre es allerdings, wenn an Stelle des Achtstundentags wirklich der Siebenstundentag getreten wäre. Aber das ist keineswegs der Fall. Nicht der siebenstündige Arbeitstag wurde eingeführt, sondern die siebenstündige Arbeitsschicht. Das ist jedoch ganz etwas anderes.

Auf die Bedenklichkeit siebenstündiger Nachtarbeit als dauernde Einrichtung habe ich schon hingewiesen. Aber das ist das Schlimmste bei der in Rußland vollzogenen Neuerung nicht. Allgemein wurde erwartet, jede Schicht werde von einer besonderen Belegschaft

besetzt werden. Wo bisher etwa zwei Schichten je acht Stunden arbeiteten, werde künftighin, zur Besetzung der dritten siebenstündigen Schicht, die Arbeiterzahl um ein Drittel vermehrt werden. In Wirklichkeit ist davon keine Rede. Wie es gemacht wurde, dafür ist nur eines von vielen Beispielen, die Spinnerei und Weberei Naro-Fomin:

> „Die Werke hatten vor dem Übergang zum Siebenstundentag 6577 Arbeiter, nach der Einführung des Siebenstundentages wurden 1169 Arbeiter neu eingestellt und am 1. Oktober 1928 betrug die Gesamtbelegschaft 8046 Personen. Am 1. Oktober 1929 waren es aber nur noch 7363 Arbeiter und im November nur noch 6558, das heißt, etwas weniger, als vor dem Übergang zum Siebenstundentag."

Diese und ähnliche Fälle teilte das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats ‚Sa Industrialisaziju' (31. Januar 1930) mit (abgedruckt in der R.S.D., 6. Februar d. J.).

Also man hatte gefunden, daß man bei der Siebenstundenschicht nicht mehr Arbeiter brauche als bisher und hat die Neuaufgenommenen abgebaut. In anderen Fabriken, die später zur Siebenstundenschicht übergingen, benutzte man diese Erfahrungen und vermehrte von vornherein nicht die Arbeiterzahl.

Das Ergebnis ist, daß dieselbe Gesamtzahl Arbeiter jetzt binnen 24 Stunden 21 statt 16 Stunden zu schuften hat, jeder einzelne 10½ statt 8 Stunden. Ihre Arbeitsqual ist vermehrt, nicht vermindert.

Es gibt noch andere Methoden, aus den Arbeitern mehr geleistete Arbeitsstunden herauszupressen, doch würde das Vorbringen weiterer Details darüber zu weit führen.

Die Siebenstundenschicht war begrüßt worden als ein Mittel, der entsetzlichen Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Sie hat diese nicht im geringsten eingeschränkt. Der Arbeitsmangel ist eine Geißel des Proletariats im Sowjetstaat ebenso wie in den kapitalistischen Staaten.

Aber werden diese nicht wenigstens durch die Arbeitslosenversicherung Rußlands beschämt? Sehen wir zu:

Im letzten Berichtsjahr 1928/29 wurde die durchschnittliche Monatsunterstützung eines Arbeitslosen auf 14.84 Rubel (samt Familienunterstützung) angegeben, bei einem Durchschnittsverdienst eines Industriearbeiters von 74.33 Rubel. Also der unterstützte Arbeitslose erhielt 20 Prozent eines Durchschnittslohnes. (Vgl. darüber den Artikel „Die Komintern, die Sowjetunion und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ von S. Schwarz in der R.S.D., 13. Februar 1930.)

Eine Summe von 15 Rubel macht nominell 30 Mark aus, in Wirklichkeit weit weniger, da infolge der Inflationspolitik der letzten Jahre die Kaufkraft des Rubels in Rußland sehr gesunken ist. Der unterstützte Arbeitslose erhielt dort also im vergangenen Jahr für einen Monat weniger, als ein solcher in Deutschland für eine Woche.

Weit werden die Arbeitslosen mit solchen Summen nicht kommen. Und doch glücklich derjenige, der ihrer teilhaftig wird. Keineswegs hat jeder Arbeitslose ein Anrecht auf Unterstützung. Es wird berechnet, daß 1928/29 713 500 Arbeitslose unterstützt wurden.

Offiziell wird deren Zahl höher angegeben, auf 853 700, doch S. Schwarz weist in der bereits zitierten Arbeit nach, daß es viel weniger waren. Doch auch die offiziell angegebene Zahl der Unterstützten ist weit geringer, als die der registrierten Arbeitslosen, denn als solche wurden offiziell im Jahresdurchschnitt 1928/29 1 223 700 gezählt. Von diesen wurden also nach der offiziellen Rechnung bloß 70 Prozent unterstützt, in Wirklichkeit noch erheblich weniger.

Für das laufende Jahr wird aber diese Ziffer noch herabgedrückt. Mit den dafür ausgeworfenen Geldmitteln können nur noch 541 600 Arbeitslose unterstützt werden!

Und dabei werden keineswegs alle Arbeitslosen registriert. Ungemein viele werden von den Arbeitsnachweisen zurückgewiesen, und da sie nicht in den Akten stehen, existieren sie einfach nicht für die Sozialpolitik Sowjetrußlands.

„Ohne Mitgliedsbuch der Gewerkschaft kann man hier (in Sowjetrußland) keine Arbeit finden. Aber anderseits ist es dem Arbeitslosen fast unmöglich, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Es hängt von der Gewerkschaft ab, dem Arbeitslosen ein Mitgliedsbuch oder Arbeit zu geben, oder ihn Hungers sterben zu lassen." (Th. Dan, „Sowjet-Rußland, wie es ist," Prag, 1926, S. 81.)

In einem Artikel des in Prag russisch herausgegebenen „Ökonomischen Bulletin" (wiedergegeben in der „Russie opprimé", 24. Mai 1930) über die Arbeitslosigkeit, wird die Zahl der Arbeitslosen Rußlands im Jahr 1928/29 auf 2912800, also fast 3 Millionen berechnet, bei 12 Millionen Lohnarbeitern.

Danach wäre fast ein Viertel arbeitslos gewesen. Im letzten Jahre soll die Arbeitslosigkeit zurückgegangen sein. Für wie lange?

Aber so verzweifelt auch die Lage der Arbeitslosen im jetzigen Rußland sein mag, viel schlimmer als in manchem kapitalistischen Staat Europas, und so sehr sie sich von Jahr zu Jahr verschlechtern mag, sind nicht die in Arbeit befindlichen Menschen wenigstens besser dran? Allerdings nicht in Beziehung auf Arbeitszeit, das haben wir gesehen. Aber beherrschen nicht die Arbeiterräte den Produktionsprozeß und sind die Gewerkschaften in Sowjetrußland nicht gewaltiger, als irgendwo in der Welt?

In der Tat ist so ziemlich jeder Arbeiter Mitglied seiner Gewerkschaft, schon aus dem eben angeführten Grunde, weil er nur als ihr Mitglied Arbeit bekommt. Doch die sowjetrussische Gewerkschaft hat mit denen anderer Länder nur den Namen gemein.

Die Märzrevolution von 1917 brachte den Arbeitern Rußlands die volle Demokratie und damit die Möglichkeit, große Gewerkschaften zu bilden. Gleichzeitig erstanden auch die Arbeiterräte ebenso als politische wie als ökonomische Machtfaktoren. Sie wurden es durch die demokratische Revolution, bestanden als solche vor dem Aufkommen des Bolschewismus. Nicht diesem verdankten sie ihre Macht, sondern umgekehrt, sie waren es, deren Macht neben der der Soldaten und Matrosen in

Petrograd — damals noch nicht Leningrad — erst dem Bolschewismus in den Sattel half.

Als der sich aber einmal in seiner neuen Position sicher fühlte, wurde ihm jede freie Organisation im Staate unangenehm, die er nicht bürokratisch dirigieren konnte. Diejenigen, die er nicht brauchen konnte oder die sich widersetzten, wurden zertrümmert. Diejenigen, die er brauchte, weil er auf ihren Schultern emporgekommen war, suchte er sich gefügig zu machen. Gelang ihm das, dann durften sie weiter existieren.

Das gilt von den Gewerkschaften, den Genossenschaften, den Arbeiterräten. Sie bestehen und wirken bis heute, spielen eine große Rolle im Leben Rußlands. Aber wer sich durch das Fortbestehen der Namen nicht irre machen läßt und näher zusieht, findet, daß alle diese Einrichtungen heute das Gegenteil dessen sind, was sie bei ihrem Ursprung waren: nicht mehr selbständige Organisationen zur Wahrung der Interessen freier Arbeiter, sondern unterwürfige Werkzeuge der staatlichen Bürokratie und der herrschenden kommunistischen Partei, die ihre Leiter einsetzt und das Ergebnis ihrer Verhandlungen vorschreibt. Wer gegen das herrschende System in irgend einer der Versammlungen spricht oder gar als Kandidat der Opposition bei irgend einer Wahl auftritt, hört auf ein freier Mann zu sein. Am nächsten Tag hat ihn die politische Polizei am Kragen und er kann von Glück sagen, wenn er nur nach den Solowjetzky-Inseln im Eismeer verschickt und nicht gleich an die Wand gestellt wird.

Gewerkschaften und Arbeiterräte sind nur noch gefügige Handlanger der Regierung, ihre Funktion besteht nicht mehr darin, den Fabrikbetrieb möglichst dem Interesse der Arbeiter anzupassen, sondern sie müssen im Gegenteil immer mehr jede Verschlechterung des Betriebs, Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit, Lohnabzüge und dergleichen den Arbeitern aufdisputieren und aufdrängen.

Das ist aus den sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution geworden. Und da dürfen wir wieder fragen: wo ist auf diesem Gebiet die Revolution zu finden und wo die Gegenrevolution? Welche Gegenrevolution ist es, von der die Revolution bedroht wird, vor wem haben wir diese zu retten?

### b) Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Aber wer wird denn viel Aufhebens von den Ergebnissen der Sozialpolitik machen? Das sind doch nur jämmerliche Reformen. Nicht auf diesem Gebiete wetteiferte Sowjetrußland mit den kapitalistischen Staaten, sondern auf dem einer wahrhaft sozialen Revolution. Da weist es Leistungen auf, an die kein anderer Staat sich herangewagt hat. Und auch die „bürgerliche“ russische Revolution von 1917 schreckte vor ihnen zurück. Sie sind einzig und allein das Werk des Bolschewismus.

Die demokratische Revolution hätte allerdings ebenso wie die bolschewistische den großen Grundbesitz expropriiert. Dagegen die Expropriation des Kapitals, jeglichen Kapitals, mit einigen wenigen Schlägen, das wagte bloß die siegreiche Kommunistische Partei. Und die demokratische Revolution gab den Proletariern wohl die Freiheit, sich in machtvollen Gewerkschaften und Arbeiterräten zusammenzuschließen. Aber die Allmacht im Staate verlieh ihnen erst der siegreiche Bolschewismus. Das ist die eigentliche soziale Revolution, die er vollzogen hat. Sie ist es, die von der Gegenrevolution bedroht wird, wenn er fällt. So sagen die Bolschewiks.

Nun fragt es sich, ist das die Revolution, die auch wir Sozialdemokraten gegen die Konterrevolution zu verteidigen haben?

Das Manifest der S.A.I. erklärt:

„Ein Sieg der Konterrevolution wäre eine ungeheuere Katastrophe nicht nur für die Völker der Sowjetunion, die um die Früchte ihrer großen Revolution betrogen würden, nicht nur

für die Arbeiterklasse der Sowjetunion, deren heroischer Kampf ergebnislos gewesen wäre, sondern auch für die Arbeiterbewegung, für die Demokratie und für den Frieden der Welt."

Sind wir jetzt endlich bei jenen „Früchten der großen Revolution" angelangt, die so unendlich wertvoll sind, daß ihre Beseitigung durch eine Konterrevolution eine ungeheure Katastrophe sogar für die Demokratie und den Frieden der Welt wäre?

Daran ist jedenfalls nicht zu zweifeln, daß die jetzt in Frage stehenden Gebiete den bolschewistischen Staat besonders kennzeichnen und daß das, was er auf ihnen geschaffen hat, bedroht wird, wenn die Allmacht des Kommunismus aufhört.

Er behauptet, das von Marx und Engels aufgestellte Programm auszuführen, das verlangte: Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wenigstens derjenigen, die heute kapitalistisches Privateigentum sind.

Beides ist auch das Ziel der Sozialdemokratie.

Mit der Methode, die der Bolschewismus anwendete, konnten wir freilich nicht einverstanden sein. Mit wenigen Schlägen überführte er sämtliche industrielle Produktionsstätten Rußlands, außer den ganz kleinen, in den Besitz des Staates.

Nun ist es sicher möglich, eine bloße Eigentumsveränderung mit einem Schlage zu vollziehen. Aber doch nur dann, wenn im Betrieb selbst nichts geändert wird, alles beim alten bleibt. Wenn mit der Sozialisierung nichts geändert würde, als daß an Stelle des bisherigen Besitzers der Staat als solcher genannt wird, so könnte das sicher für alle Fabriken sogleich ohne alle Schwierigkeit vollzogen werden.

Doch stellt sich eine solche schon dort ein, wo der bisherige Besitzer auch der Leiter des Unternehmens war, wie das bis zum Aufkommen der Aktiengesellschaften die Regel bildete. Bereits die Verwandlung eines privaten Betriebs in einen Aktienbetrieb stellt sich nicht immer als vorteilhaft heraus, ist an bestimmte Voraus-

setzungen geknüpft und muß stets sorgfältig vorbereitet werden.

Dasselbe gilt von der Verstaatlichung eines Betriebs. Besitzverhältnisse kann man mit einem Schlage ändern, nicht aber Betriebsverhältnisse. Deren unvorbereitete gründliche und plötzliche Änderung bringt auf jeden Fall tiefgehende Störungen hervor, kann oft den Betrieb zu Grunde richten.

Das gilt in besonders hohem Maße für jene Wandlung der Funktionen eines Betriebs, die mit seiner Sozialisierung verbunden ist. Er soll nicht mehr, wie in kapitalistischer Hand, der Gewinnung von Profit dienen, sondern der möglichst besten Deckung des Bedarfs der Konsumenten und der Wohlfahrt seiner Arbeiter. Seine Ergebnisse brauchen nicht mehr die Kapitalisten zu befriedigen, wohl aber die Konsumenten und die Arbeiter. Das bedeutet tiefgehende Veränderungen in der Lage der Arbeiter und ihrer Teilnahme an der Betriebsleitung, aber auch in der Absatzpolitik des Betriebs.

Alles will gut vorbereitet sein. Es ist auch keineswegs eine derartige Änderung für jeden Produktionszweig, jeden Betrieb, jede Arbeiterschaft möglich. Kann ein Teil der Betriebe sofort sozialisiert werden, so müssen andere einstweilen kapitalistisch weiter produzieren. Das werden deren Besitzer jedoch nicht tun, wenn sie Gefahr laufen, daß ihre Unternehmungen eines schönen Tages konfisziert werden.

Um es zu ermöglichen, daß der Produktionsprozeß ungestört vor sich geht, trotz eingeleiteter Sozialisierung, ist es dringend nötig, sie sorgfältig vorzubereiten, nur staffelweise vorzunehmen und die ihrer Produktionsmittel enteigneten Kapitalisten dafür zu entschädigen, nicht ihnen zuliebe, sondern aus dem Grund, weil ein völliges Stocken des Produktionsprozesses das furchtbarste Elend, in der Regel für die Arbeiter noch mehr als für die Kapitalisten bedeutet.

Die Führer des Bolschewismus zeigten sich so bar jeder ökonomischen Einsicht, daß sie dafür blind waren. Sie dürfen nicht sagen, daß wir Sozialdemokraten erst später, auf Grund ihrer Erfahrungen, das erkannten. Ich habe davon schon vor fast 30 Jahren, 1902, in meinem Büchlein über „Die soziale Revolution“ in dem Kapitel über „Konfiskation oder Ablösung“ gehandelt. (S. 75—78.)

Möglich, daß die Methode der sofortigen allgemeinen Konfiskation aller Fabriken in den ersten Monaten des bolschewistischen Regimes ebenso unvermeidlich war, wie das entsprechende Vorgehen gegenüber dem Großgrundbesitz. Vielleicht waren die durch den Zusammenbruch des Zarismus entfesselten Proletarier wirklich so undiszipliniert und unwissend, daß sie für zweckmäßigere Formen der Sozialisierung nicht zu gewinnen waren. Sicher ist es, daß die Bolschewisten ihren damaligen Aufstieg zur Macht dem Umstand verdankten, daß sie zu allem Ja und Amen sagten, was die Massen wollten, mochte es vernünftig sein oder nicht. Doch aus Lenins Schriften kann man auch ersehn, daß er ganz ahnungslos der Größe der Aufgaben gegenüberstand, die sich vor ihm auftaten, und daß er glaubte, die schwierigsten Probleme ließen sich spielend bewältigen.

So kam es zur Nationalisierung aller Arbeitsstätten außerhalb der Landwirtschaft.

Die Methode war sicher eine ganz barbarische, primitive, die bereits die Unreife der Verhältnisse dartut. Unvermeidlich mochte die Methode sein, keineswegs aber waren die Erwartungen unvermeidlich, die von den Bolschewiks an sie geknüpft und als ihre Großtat gepriesen wurden. Dafür sind sie ausschließlich selbst verantwortlich.

So sehr aber der höher entwickelte Sozialismus diese Methoden ablehnen muß, so braucht doch dasselbe nicht vom Resultat zu gelten. Die Verstaatlichung des gesamten industriellen Produktionsapparats — mit geringfügigen Ausnahmen — ist einmal in Rußland vollzogen. Hat es

damit auf der Bahn zum Sozialismus nicht alle anderen Länder weit überflügelt? Liegt hier nicht jene Revolution vor, die gegen jede Konterrevolution zu verteidigen die heutige Aufgabe des ganzen sozialistischen Proletariats ist, aller seiner Organisationen, welcher Schule immer sie angehören mögen?

Hier liegt ein arges Mißverständnis vor, dem Engels schon 1878, vor mehr als einem halben Jahrhundert, entgegentrat und das trotzdem bei nur oberflächlich geschulten Sozialisten sich immer wieder gern einschleicht: die Meinung, jede Verstaatlichung einer Industrie sei gleichbedeutend mit Sozialismus.

In seinem Buche über „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" sagt er (3. Auflage. S. 299):

> „Es ist neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser, falscher Sozialismus aufgetreten und hie und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der j e d e Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter die Gründer des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlicht, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommenquelle zu verschaffen, so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt."

Erst die Art der Anwendung der staatlichen Betriebe entscheidet darüber, ob die Verstaatlichung im Sinne des Sozialismus liegt oder nicht. Dieser will Wohlstand und Freiheit für das arbeitende Volk. Wo dieses Ziel durch eine Verstaatlichung gefördert wird, müssen wir dafür eintreten. Eine Verstaatlichung, die von diesem Ziel wegführt, müssen wir ablehnen.

Nun waren die Verstaatlichungsaktionen in Sowjetrußland sicher von denen Bismarcks fundamental verschieden und von vornherein insofern sozialistisch, als

sie vom Proletariat ausgingen und in der Absicht vorgenommen wurden, seine Wohlfahrt und Freiheit zu erhöhen. Es fragt sich bloß, ob es gelungen ist, diese Absicht zu verwirklichen und was tatsächlich dabei herauskam.

An Freiheit fehlte es zunächst den Arbeitern in den verstaatlichten Unternehmungen Rußlands nicht. Lenin und seine Leute hatten den Lohnarbeitern zugerufen: Bemächtigt euch der Fabriken und Bergwerke! Betreibt sie nach eurem Belieben. Ihr habt Grütze genug im Kopf, um das zu verstehen. Es ist gar nicht so schwer!

Das war im Grunde eine echt Bakuninsche Idee. Das bißchen Marxismus, das ihr Lenin beimengte, verbesserte die Sache nicht. Nach anarchistischer Auffassung sollten die Fabriken jenen Arbeitern gehören, die in ihnen tätig waren. Das wollte Lenin nicht. Sie sollten Staatseigentum sein, aber von den Arbeitern völlig frei betrieben werden. Das heißt, diese erhielten zur anarchistischen völligen Freiheit noch die Erwartung hinzu, daß der Staat ihnen ihre Löhne zahlen werde. Das war noch schöner, als der Anarchismus, unter dem es keinen Staat gab, der für die Löhne sorgte.

> „Die Putilovsche Fabrik erhielt für eine bestimmte Zeit 96 Millionen Rubel Staatsunterstützung; davon wurden 66 Millionen als Arbeitslohn verbraucht, während der Gesamtwert der Produktion noch nicht die Summe von 15 Millionen erreichte." (Dr. Gawronsky, die Bilanz des russischen Bolschewismus, Berlin 1919. S. 68.)

Die Arbeiter fanden in der Tat die Aufgabe, eine Fabrik in Gang zu halten, sei die einfachste Sache der Welt. Die Bolschewiks hatten ihre Agitation, um sie recht populär zu gestalten, ungeheuer primitiv und roh betrieben, das Evangelium der schwieligen Arbeiterfaust gepredigt, das dem rückständigen Teil der russischen Arbeiterschaft — und der bildete ihre große Mehrzahl — ohnehin sehr nahe lag. Nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Angestellten wurden als lästige „Herren" und überflüssige Drohnen betrachtet, verjagt, wenn nicht gleich totgeschlagen.

Es fehlte den Massen der russischen Arbeiter jedes Wissen, aber auch jede freiwillige Disziplin, die unerläßlich ist, soll ein Großbetrieb ohne kapitalistischen Druck erfolgreich weiter produzieren. Das beste Mittel, den Massen der Arbeiter diese Schulung und Disziplin beizubringen, bilden die Gewerkschaften, die darin in der Regel den sozialistischen Parteien über sind, denen es meist nicht in so hohem Maße gelingt, die große Mehrheit der Arbeiter zu erfassen. Die Gewerkschaften haben nicht bloß Gegenwartsaufgaben. Eine jahrzehntelange intensive Gewerkschaftsbewegung bildet auch die unentbehrliche Bedingung zur Bildung jenes Menschenmaterials, das allein imstande sein wird, in freiwilliger Disziplin seine Schuldigkeit im Produktionsprozeß zu tun.

Der Zarismus hatte eine starke Gewerkschaftsbewegung in Rußland nicht aufkommen lassen. Daher fehlten den meisten Lohnarbeitern dort vollständig jene Vorbedingungen, ohne die ein erfolgreicher freier Großbetrieb unmöglich ist.

Doch auch die größte gewerkschaftliche Disziplin wird nie die Notwendigkeit einer Leitung des Betriebs aufheben. Und diese Leitung ist noch mehr für den Zirkulationsprozeß nötig, wie für den Produktionsprozeß. Mit der Technik im Betrieb würde der Arbeiter zur Not fertig. Aber er kann nicht weiter produzieren ohne stete Zufuhr von Rohmaterialien und Hilfsstoffen, sowie neuer Werkzeuge und Maschinen, soweit solche abgenutzt sind. Und die Arbeiter des Großbetriebs können nicht von dessen Produkten leben. Sie müssen diese absetzen gegen Lebensmittel, die sie brauchen, oder gegen Geld, um solche Lebensmittel zu kaufen.

Man redete viel von Planwirtschaft, um alle diese Vorgänge zu regeln. Aber da die Nationalisierung chaotisch, ohne Vorbereitung, ohne Plan geschah, und da gleichzeitig gerade jene Elemente aus den Unternehmungen verjagt wurden, die allein imstande gewesen wären, etwas Plan in Zufuhr und Absatz hineinzubringen,

geriet bald der ganze Produktionsapparat in schauderhafte Unordnung. Er drohte völlig zu versagen.

Jugov gibt in seinem schon mehrfach zitierten Werk über die „Volkswirtschaft der Sowjetunion" nach amtlichen Angaben folgende Zahlen der Bruttoproduktion der russischen Großindustrie (in Vorkriegspreisen gerechnet) an. Sie betrug

| | Rubel | in Prozenten von 1913 |
|---|---|---|
| 1913 .......... | 5 621 000 000 | 100 |
| 1916 .......... | 6 831 000 000 | 121 |
| 1917 .......... | 4 344 000 000 | 77 |
| 1920/21 ........ | 981 000 000 | 17 |

Jugov fügt hinzu:

„In einzelnen Industriezweigen war die Produktion fast völlig zum Stillstand gekommen. So war die Kupferverhüttung auf 0,001 Prozent, die Erzgewinnung auf 1,7 Prozent, die Produktion von Gußeisen auf 2,4 Prozent, die Produktion von Baustoffen auf 2—3 Prozent gebracht." (S. 37.)

Als Ursachen dieser Desorganisation der Industrie bezeichnet Jugov den „Krieg, die Revolution, den Bürgerkrieg und die gewaltsame Verstaatlichung". Eine katastrophale Beeinträchtigung der Ausdehnung der Produktion durch den Krieg geht aus den Zahlen nicht hervor.

Eine Revolution bedeutet natürlich immer eine Produktionsstörung, doch zeigte auch die demokratische Revolution — wenn die Ziffern zutreffen — noch keinen katastrophalen Rückgang der Industrie. Er trat ein in der Periode des Bürgerkriegs und der „gewaltsamen", das heißt eben der überstürzten, chaotischen, anarchischen Verstaatlichung.

Die Industrie drohte zu völligem Stillstand zu kommen und zwar in kürzester Zeit, wenn ihrem anarchischen Zustand nicht energisch ein Ende gemacht wurde. Die Bolschewiki hatten durch die Sprengung der konstituierenden Nationalversammlung den Bürgerkrieg herbeigeführt und waren dabei Sieger geblieben. Sie hatten

früher die politische Macht nicht zum wenigsten dadurch erobert, daß sie die durch den erfolglosen langjährigen Krieg bereits tief erschütterte Armee vollends zu völliger Auflösung, zum Auseinanderlaufen brachten. Jetzt im Bürgerkrieg aber gelang es ihnen, eine neue, stramm disziplinierte Armee zu schaffen, die mit den Banden der gegenrevolutionären „weißgardistischen“ Generale fertig wurde. Die Masse der Bauern und Arbeiter stellte sich dabei auf Seite der Bolschewiks, da in den Reihen der Weißgardisten die Elemente überwogen, die nicht bloß den Bolschewismus, sondern die ganze Revolution seit dem März 1917 beseitigen wollten.

Die Aufstellung dieser Armee ist eine der erstaunlichsten Leistungen der Weltgeschichte, umso erstaunlicher, als ihr treibender Geist nicht ein militärischer Fachmann war, sondern ein Zivilist und nicht einmal einer, der in seinem Beruf praktische Organisationsarbeit zu verrichten hatte, sondern ein Stubenliterat, T r o t z k i. Allerdings ließ er sich dabei von zaristischen Generälen helfen, wie Garvy in seiner Schrift über den roten Militarismus dartut.

Der Bolschewismus war seit jeher eine Verschwörung nach blanquistischem Muster gewesen, aufgebaut auf blindem Gehorsam der Mitglieder gegenüber ihren autokratischen Führern. Darin begegnet sich der Bolschewismus mit dem Militarismus. Darum liegen alle seine Erfolge auf Gebieten, auf denen militaristische Methoden anwendbar sind.

Nachdem er die militärische Anarchie durch Schaffung einer Armee mit eiserner Disziplin überwunden hatte, machte sich der Bolschewismus daran, mit den gleichen Mitteln auch die Anarchie in der verstaatlichten Industrie zu überwinden.

Wie vorher schon einigemal und seitdem so oft, sprang auch diesmal der Bolschewismus unvermittelt von einem Extrem ins andere über. Von schrankenloser Freiheit in der Fabrik ging er zur strengsten Disziplinierung über, ja vielfach zu einer förmlichen Militarisierung.

Soweit, wie Trotzki das wollte, ging Lenin wohl nicht. Immerhin wurde den Arbeitern eine weitgehende Disziplin auferlegt und zwar, und das ist das Entscheidende, eine Unterordnung unter nicht von ihnen gewählte oder mindestens beeinflußte, sondern von oben, von den Inhabern der Staatsgewalt ernannte Beamte.

Dieser Prozeß geht seitdem immer weiter, immer mehr werden alle von den Arbeitern erwählten Vertrauensmänner, die in den Betrieb etwas dreinreden könnten, durch von der Staatsgewalt entweder direkt ernannte oder den Arbeitern aufgedrängte leitende Persönlichkeiten ersetzt. Daß sich das selbst auf Gewerkschaften und Genossenschaften erstreckt, haben wir gesehen.

Staatsbeamte leiten nun die Produktion. Doch sind es vielfach Leute, die nicht das Vertrauen der Staatsgewalt besitzen. Die Revolution hat den früheren Angestellten zu arg mitgespielt, als daß sie sich für sie hätten begeistern können. Und selbst diejenigen, die sich in das Unvermeidliche fügten, wurden mit Mißtrauen angesehen. Trotzdem hatte man keine Wahl. Ohne sie konnte man nicht produzieren. Man mußte ihnen leitende Stellungen geben.

So viel als möglich suchte man natürlich neben diesen aus der alten Gesellschaft übernommenen Elementen, Kommunisten mit der Leitung zu betrauen. Aber würden die sich freihalten von jeder Korruption und Überhebung, zu der ihre Funktionen verführen konnten?

Eine starke Demokratie im Betrieb und im politischen Leben konnte dies verhindern, konnte bewirken, daß keine Verfehlung verborgen blieb, jede geahndet wurde. Doch der Bolschewismus geriet in immer stärkeren Gegensatz zur Demokratie. Er strebte nach Allmacht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Das war unvereinbar mit der Demokratie, das erheischte dieselben Mittel, die sich schon der monarchische Absolutismus geschaffen hatte: eine Armee und eine Bürokratie, die der strammsten Disziplin unterworfen wurden. Durch diese

beiden Mittel wird die ganze Bevölkerung unterworfen und gegängelt.

Ein erzwungenes völliges Stillschweigen des Volkes macht es schwer möglich, Verfehlungen leitender Stellen an den Tag zu bringen. Ein autokratisches Regiment sieht sich daher stets gezwungen, an Stelle der Kontrolle durch die Öffentlichkeit besondere Kontrollorgane zu setzen, die ihrerseits auch wieder kontrolliert werden müssen. Das ergibt ewiges Mißtrauen und ständige Spionage, geleitet von einer politischen Polizei, die mit dem lieben Gott die Eigenschaften der Allgegenwärtigkeit und Allmacht teilt, nur nicht die der Allbarmherzigkeit und Allweisheit.

Das Sowjetsystem, das die Methoden des monarchischen Absolutismus aus der Politik auch noch auf die Industrie überträgt, vermehrt immer mehr die Befugnisse der Betriebsleiter gegenüber den Arbeitern, unterwirft aber dabei dieselben Leiter auch immer mehr einer steten Überwachung und Einengung durch politische und ökonomische Instanzen, die ihnen jede Initiative, jeden selbständigen Schritt unmöglich machen. Auch die kleinsten Änderungen im Betrieb erheischen einen unendlichen Schriftwechsel mit übergeordneten Stellen. Ein ungeheurer bürokratischer Apparat wird aufgebaut zu dem Zwecke, die im Produktionsapparat mit leitenden Funktionen betrauten Personen zu überwachen. Tatsächlich aber ist das Ergebnis nur die völlige Lähmung dieser Personen und des gesamten Apparats.

Dieses neue System des bürokratischen Absolutismus der Staatsgewalt in der Industrie erweist sich nicht so rasch als unheilvoll wie das frühere der Anarchie. Es ergibt bessere Resultate bei dem gegebenen Stand der proletarischen „Seele" Rußlands. Aber die besseren Resultate sind nur weniger schlechte, keine guten. Sie wirken nicht so rasch zerstörend. Doch, wenn auch langsamer und auf andere Weise, ruinieren sie die russische Industrie nicht minder unaufhaltsam. Sie desorganisieren

sie nicht, aber sie ersticken sie in eiserner Umklammerung.

Während in allen kapitalistischen Ländern die Verwüstungen des Krieges längst wett gemacht sind und die Produktivität der Industrie stark gewachsen ist, hat trotz des Aufhörens von Krieg und Bürgerkrieg, trotz der zehn Jahre Frieden, die Sowjetrußland genoß, seine Industrie das Vorkriegsstadium erst in letzter Zeit überschritten. Und wenn es ihr gelang, durch außerordentliche Antriebe, wie die des Fünfjahresplans, ihre Produktion zahlenmäßig zu steigern, geschah es meist auf Kosten der Qualität, wie wir schon gesehen haben.

Statistisch läßt es sich natürlich nicht erfassen, wie weit die Vermehrung der produzierten Quantität durch die Verschlechterung der Qualität wett gemacht wird. Sicher aber ist eines: die Ausdehnung der Produktion wird nur erreicht durch Methoden, die den Arbeitswillen und die Arbeitsfähigkeit der Arbeit immer mehr herabsetzen, die also den wichtigsten Faktor der Produktion, die Arbeitskraft, ruinieren. Daran ändern die schillernden Zahlen der Statistik Stalins gar nichts.

Das bedeutet aber angesichts des raschen Anwachsens der Bevölkerung eine zunehmende Unfähigkeit der russischen Industrie, den Bedürfnissen des Landes zu genügen. Es bedeutet seine zunehmende Verarmung.

Auf diese Verarmung, nicht auf mangelnden guten Willen, ist es zurückzuführen, wenn nichts von dem ausgeführt wurde, was die Sowjetgewaltigen in Aussicht gestellt haben. Mit gewaltigen Plänen machten sie sich ans Werk, als sie 1917 überraschend zur Macht kamen. Sie waren erfüllt von dem ganzen sozialdemokratischen Programm, das sie mit uns gemein hatten. Wenn die Sozialdemokraten Westeuropas es noch nicht erfüllt hatten, schoben die Bolschewiks das auf deren Verräterei und Feigheit, wo nicht gar auf Liebedienerei vor der Bourgeoisie. Sie selbst wollten jetzt der Welt zeigen, was eine soziale Revolution bedeute, welche Wunder sie zu wirken vermöge.

Sie hatten die besten Absichten, hatten großartige Pläne. Aber alles scheiterte an dem Unvermögen der verstaatlichten Industrie. Dies ist in letzter Linie die Ursache nicht nur der erbärmlichen Wirklichkeit in Rußland, sondern auch des unruhigen Zickzackkurses seiner Beherrscher, die immer in den kürzesten Zwischenräumen plötzliche politische und ökonomische Wendungen vornehmen, den bisherigen Kurs für falsch erklären und ihn nach der entgegengesetzten Richtung einschlagen, ohne jemals aus dem Elend herauszukommen, sondern um immer noch tiefer zu sinken. Es geht Sowjetrußland wie einem Fieberkranken, der, von unerträglicher Pein befallen, sich ruhelos auf seinem Lager hin- und herwälzt. Welche Lage er auch einnehmen mag, mag er sich auf die rechte Seite legen oder die linke, die Krankheit wird dadurch nicht behoben. Sie fährt fort ihn zu zerstören. Welche von den verschiedenen bolschewistischen Arten, die verstaatlichte Industrie zu betreiben, ist aber nun die wahrhaft revolutionäre, das Proletariat befreiende und hebende?

Keine dieser Arten hat etwas gemein mit unserem sozialdemokratischen Ziel. Dies fordert nicht unbedingt die Verstaatlichung, sondern, wie Marx und Engels schon sagten, die Vergesellschaftlichung der Industrie, was nicht nur durch Verstaatlichung, sondern auch durch Kommunalisierung und Genossenschaftlichkeit vor sich gehen kann. Ferner aber fordert unser Programm die Vergesellschaftung auf demokratischem Wege. Der demokratische Staat mit voller demokratischer Kontrolle und unter voller politischer Bewegungsfreiheit aller seiner Bürger soll die Vergesellschaftung planmäßig vorbereiten und durchführen auf Grund der Demokratie auch im Betrieb, das heißt, auf Grund demokratischer Regelung des Betriebs durch seine Arbeiter einerseits und seine Konsumenten anderseits.

Das ist ein Ziel, grundverschieden sowohl von der Regellosigkeit und Disziplinlosigkeit der anarchischen Anfänge der Sowjetindustrie, wie von der bürokratischen

Einschnürung der Industrie, die das zweite Stadium ihres staatlichen Betriebs bezeichnet.

Sollen wir nun diese bolschewistischen Arten der Verstaatlichung als soziale Revolution auffassen, obwohl wir überzeugt sind, daß sie die Sache des Proletariats und seiner Revolution ruinieren und ruinieren müssen? Wenn wir uns zu solchem Widersinn verstiegen, so müßte doch wenigstens entschieden werden, wann in Rußland die wahre soziale Revolution begann? War es die anarchische oder die des bürokratischen Zwangs? Die beiden sind mit einander unvereinbar, die eine das gerade Gegenteil der andern. Welche davon ist wirklich die Revolution, welche die Gegenrevolution?

Oder sollen wir annehmen, daß alles, was die Bolschewiks tun, von uns als Revolution anzusehen und zu retten ist, so lange die Bolschewiks daran festhalten, mag es nach rechts gehen oder nach links, bloß deswegen, weil die Bolschewiks es im Namen der Revolution vollführen?

Man sieht, in Sowjetrußland ist die Frage was Revolution ist und was Gegenrevolution, recht verwickelt geworden.

### c) Die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse.

Ebenso sehr wie durch die allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel glauben die Bolschewiks das Programm des Marxismus durch die Stellung zu verwirklichen, die sie dem Proletariat, der Lohnarbeiterschaft, im Staate, in der Produktion, in der Gesellschaft zuweisen. Sie erheben es zur herrschenden Klasse, sprechen von der Diktatur des Proletariats.

Was war es, was Marx und Engels am Proletariat interessierte? Wie die andern Sozialisten wurden auch sie zu ihren sozialistischen Anschauungen durch das Elend gebracht, das sie um sich herum erblickten und das sie

empörte. Jegliches Elend, jegliche Knechtschaft wirkte revoltierend auf sie, nicht bloß die jammervollen Zustände der Lohnarbeiterschaft. Diese traten allerdings in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts besonders kraß in die Erscheinung und lenkten umsomehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, als sie wegen ihrer Neuheit noch überraschend wirkten.

Doch waren es nicht allein die Verhältnisse der Lohnarbeiter, die Marx und Engels beschäftigten. Der erste große Notstand, zu dessen Bekämpfung Marx das Wort ergriff (1843), war der der bäuerlichen Winzer an der Mosel. Die erste Kundgebung der „Internationale", die Marx nach der Inauguraladresse 1864 verfaßte, war eine Beglückwünschung Lincolns wegen der Befreiung der Negersklaven.

Wenn das Interesse unserer Meister trotzdem überwiegend dem industriellen Lohnproletariat galt, so geschah es wegen seiner historischen Rolle, die sie entdeckten.

Bei keiner andern ausgebeuteten, geknechteten, entrechteten Klasse, die sie beobachteten, konnten sie eine Fähigkeit bemerken, sich selbst durch eine soziale Umwälzung zu befreien. Weder das Lumpenproletariat ist dazu imstande, noch die Sklaven. Auch den Leibeigenen und sonstigen geknechteten Bauern mußte die Freiheit erst aus den Städten gebracht werden. Die Bauernkriege sind alle gescheitert.

Ganz anderer Art ist die städtische industrielle Lohnarbeiterschaft. Sie wächst bei der kapitalistischen Produktion nicht nur weit rascher als die übrigen arbeitenden Klassen und Schichten, sie findet auch bessere Bedingungen vor, sich zu organisieren und zu bilden. Sie wird durch das Kapital aus den bisherigen Verhältnissen, in denen seine Vorfahren lebten, herausgerissen, wird weniger von traditionellen Vorstellungen beherrscht, ist freier von Vorurteilen, leichter imstande, neue Ideen zu begreifen.

Schon vor neun Jahrzehnten erkannten Marx und Engels im industriellen Proletariat nicht nur sein gegenwärtiges Elend, sondern auch seine künftige Größe. Sie sahen damals schon die Fähigkeit und die Kraft, die es im Laufe seiner Klassenkämpfe dank dem steten Wachsen der Großindustrie erwerben werde, um den Staat zu beherrschen und mit Hilfe der Staatsgewalt den ganzen Produktionsprozeß den Bedürfnissen der Arbeiterschaft anzupassen.

Doch noch mehr entdeckten unsere Meister im industriellen Proletariat. Schon vor ihm sind einzelne Klassen aus Niedrigkeit und Knechtung zur Freiheit und zur Beherrschung des Staates aufgestiegen. Indes bedeutete das bisher nicht eine Minderung des sozialen Elends, sondern nur einen Wechsel der Personen, die unter ihm litten. Das Proletariat aber ist die unterste aller Klassen. Marx und Engels meinten, es könne die politische Macht nicht dazu benutzen, sich selbst als eine neue herrschende Klasse über andere emporzuschwingen und diese niederzudrücken, sondern nur dazu, aller Klassenherrschaft, aller Knechtung ein Ende zu machen.

Diese große historische Aufgabe ist es, die dem Marxisten das industrielle Proletariat besonders wertvoll macht. Sie ist es auch, die es moralisch und intellektuell über alle andern arbeitenden Klassen, und moralisch erst recht über die ausbeutenden Klassen erhebt. Mitunter überragt es diese sogar intellektuell durch seine Fähigkeit, neue Ideen aufzufassen. Es wächst der Mensch mit seinen größeren Zwecken.

Aber er wächst eben nur, soweit er sich größere Zwecke setzt oder gesetzt erhält. Zunächst wird das Proletariat als unterste der arbeitenden Klassen in so unmenschliche, entwürdigende Verhältnisse herabgedrückt, daß es den unwissendsten, rohesten Teil der Bevölkerung bildet. Erst im Laufe seiner Klassenkämpfe, aber vor allem durch seine hohen Ziele der Befreiung der gesamten Menschheit, erhebt es sich aus dem Schlamm, in dem es ver-

sunken ist, um die höchsten Gipfel menschlichen Idealismus zu ersteigen.

Marx und Engels waren keine blinden Bewunderer des Proletariats an sich. Niemand hat erschütternder als sie die tiefe Verkommenheit geschildert, in die es kapitalistische Ausbeutungswut versenkte. Aber auch niemand hat deutlicher die Größe gesehen, zu der sich die Proletarier erheben können als einzige Klasse, die in der kapitalistischen Gesellschaft noch große Ideale hat.

Ihr Interesse galt sowohl dem aufs tiefste herabgedrückten, entmenschten, wie dem vom sozialistischen Ideal hochgehobenen Proletarier. Dagegen hatten sie nichts übrig für Lohnarbeiter, denen es gelang, sich aus dem Elend herauszuarbeiten, die dabei aber nur an sich dachten, nicht bestrebt, die Kraft, die sie errungen, zu benützen, um die unter ihnen stehenden Menschen zu sich emporzuheben, sondern um sich als privilegierte Aristokratie der Arbeit eine bessere Sonderstellung auf Kosten der Schlechtergestellten zu sichern. Und noch weniger galt ihr Interesse einem Proletarier, der bloß nach persönlichem Augenblicksgewinn trachtete, wie immer er ihn zu gewinnen suchen mochte, sei es durch Erkaufung der Gunst einzelner Besitzenden, sei es durch deren Plünderung.

Alle derartigen selbstsüchtigen Betätigungen mußten dem Proletariat das große Ziel nehmen, das es aus seiner ursprünglichen rohen Versumpftheit heraushob, mußten es moralisch und intellektuell degradieren, mußten einzelne seiner Teile aus Werkzeugen allgemeiner Befreiung in Werkzeuge der Unterdrückung verwandeln und damit einen Zustand schaffen, der wieder die Niederdrückung des Proletariats selbst als Klasse ermöglichte.

So großen Wert Marx und Engels schon frühzeitig, vor allen anderen Sozialisten, auf die Gewerkschaften gelegt hatten, sahen sie es doch mit Unmut, als einige von diesen in England anfingen, sich abzuschließen, den Zugang neuer Mitglieder zu erschweren, um eine Arbeiteraristokratie zu bilden.

So müssen wir auch heute die Politik einzelner Gewerkschaften in Amerika verurteilen, Neger nicht zuzulassen oder die Einwanderung zu beschränken. Oder die Politik weißer Arbeiter in Südafrika, den farbigen Arbeitern politische und ökonomische Gleichberechtigung vorzuenthalten.

Auf der anderen Seite können unsere Sympathien auch nicht jenen, leider noch zu zahlreichen Arbeitern gehören, die sich gelben Gewerkschaften anschließen oder sich an faschistische Organisationen verkaufen.

Nicht für das Proletariat als solches, sondern für das „klassenbewußte", das heißt, für das zur Erkenntnis seiner großen historischen Aufgabe gelangte Proletariat, erstreben wir die politische Herrschaft. Wir erstreben sie durch das Gewicht der Mehrheit in der Demokratie. Diese Mehrheit muß ihm zufallen teils durch die ökonomische Entwicklung, die den Großbetrieb immer mehr zur vorherrschenden Betriebsform macht, anderseits durch das Vertrauen, das die Partei des klassenbewußten Proletariats bei allen Bedrückten verschiedenster Klassen dadurch gewinnt, daß es mit seinen eigenen Klasseninteressen die Interessen der ganzen ausgebeuteten und geknechteten Menschheit verficht.

Wie verträgt sich mit dieser marxistischen Auffassung die Praxis der Bolschewisten in bezug auf das Proletariat?

Zunächst beseitigten sie die gesamte private Ausbeutung, die von Kapitalisten und Großgrundbesitzern betrieben wurde, durch deren radikale Expropriierung. So sehr die Methoden zu bemängeln sind, die dabei angewandt wurden, das Ergebnis scheint schließlich dasselbe zu sein, das auch der westeuropäische Sozialismus erstrebt. In der Tat ist von nicht wenigen Genossen behauptet worden, nur in der Methode, nicht im Ziel unterschieden wir uns von den Kommunisten.

Daß dies für die Verstaatlichung nicht gilt, haben wir schon gesehen. Es gilt aber auch nicht von der Aufhebung

der Klassenunterschiede, wenn man die Dinge näher betrachtet.

Bei der Expropriation wurde von Anfang an zu weit gegangen. So erheischt z. B. die Aufhebung der Klassenunterschiede auf dem Lande bei bäuerlicher Wirtschaftsweise, daß jeder genügend Land für einen bäuerlichen Betrieb erhält. Nach diesem Grundsatz wurde auch in Georgien verfahren. Dort verwandelte man den Großgrundbesitzer in einen Bauern. Keine Familie durfte mehr als 15 Deßjatinen Ackerland behalten (eine Deßjatine = etwas über ein Hektar).

Anders in Rußland. Dort wurde den Großgrundbesitzern einfach alles genommen. Ihr gesamter Boden und das ganze Inventar, so daß es ihnen unmöglich gemacht wurde, auch nur die kleinste bäuerliche Wirtschaft zu betreiben. Und darüber hinaus noch ihre Wohnungen, alles Geld, sogar das für das Leben unentbehrlichste, Kleider, Wäsche.

Man verwandelte sie nicht in Bauern, sondern in Bettler, die unter der Bauernschaft standen.

Das entsprach gerade nicht dem Marxschen Programm, das die Aufhebung des Privateigentums bloß an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln, nicht an den Mitteln persönlichen Konsums fordert.

In gleicher Weise wie die Großgrundbesitzer wurden die Kapitalisten expropriiert, nicht bloß ihre Produktionsmittel, sondern auch ihre Konsumtionsmittel mit Beschlag belegt.

Nun mag man einwenden, in Revolutionszeiten, wenn die Massen entfesselt seien, könne man nicht so genau nach dem Programm vorgehen. Darauf ist zu entgegnen, daß während des 19. Jahrhunderts in keiner revolutionären Bewegung des industriellen Proletariats in Westeuropa Plünderungen vorkamen. Im Gegenteil, gerade die Proletarier betrachteten ein derartiges Vorgehen als ihrer unwürdig. Sie lehnten es nicht nur ab, sondern

hinderten auch das Lumpenproletariat, sich auf diese Weise gütlich zu tun. Wenn das russische Proletariat sich anders verhielt, so bezeugt das entweder, daß es noch nicht die Höhe erreicht hatte, auf der das französische schon vor hundert Jahren stand, oder daß die bolschewistische Partei seine Bedenken beschwichtigte und seine zügellosesten Elemente an die Spitze stellte.

Das trifft auch bis heute zu. Die „Stoßtrupps", die von den Bolschewiks aufs flache Land geschickt werden, um es zu „entkulakisieren", plündern heute, zehn Jahre nach dem Stadium des Bürgerkrieges, die Bauern ebenso, wie es zur Zeit des „Kriegskommunismus" den Großgrundbesitzern und Kapitalisten geschah.

Es ist aber nicht etwa so, daß eine bürgerliche Lebenshaltung in Rußland nicht mehr geduldet würde. Nur ist sie auf die Kommunistische Partei beschränkt.

Was aber die „Bourgeois" anbelangt, so begnügte man sich nicht damit, ihnen die Verfügung über ihre Produktionsmittel abzunehmen und sie alles Luxus zu berauben, was immerhin, wenn rationell und ohne überflüssige Härte geschehen, einen revolutionären Sinn hätte erlangen können. Man begnügte sich auch nicht damit, ihnen darüber hinaus auch alle Kulturmittel, Bücher, Musikinstrumente, Kunstgegenstände, wegzunehmen oder zu zerstören. Sehr oft wurden sie sogar vom Notwendigsten entblößt, soweit man sie nicht einfach totschlug.

Aber selbst die Herabstoßung ins dürftigste Lumpenproletariat genügte nicht.

Die Befreiung des Proletariats verlangte offenbar mehr. Die ehemaligen Bourgeois wurden nicht bloß ins äußerste Elend gestoßen, sondern auch völlig rechtlos gemacht, nicht nur aller politischen, sondern auch aller Bürgerrechte beraubt, schutzlos jeder Willkür ausgeliefert.

Und das wurde nicht etwa bloß als Strafe über ehemalige Leuteschinder verhängt. Nicht bloß Kapitalisten

und Großgrundbesitzer wurden davon betroffen, sondern jeder, den man als „Bourgeois“ betrachtete.

Die Bourgeoisie ist aber eine soziale Schicht, keine ökonomische Kategorie. Der Kapitalist oder der Großgrundbesitzer sind genau bezeichnete Erscheinungen mit bestimmten ökonomischen Funktionen. Der Begriff des Bourgeois ist viel unbestimmter. Man beschränkt ihn mitunter nur auf den des Kapitalisten, im Gegensatz zum Grundbesitzer, wenn dieser ein Adeliger ist. Anderseits versteht man oft darunter jeden Menschen, der sich einer „bürgerlichen“ Lebenshaltung erfreut, woher immer sein Einkommen rühren mag, ob aus Kapitalbesitz oder Grundbesitz oder aus eigener Arbeit als Intellektueller, als Arzt, Ingenieur, Lehrer, Künstler, Beamter, Angestellter. In diesem Sinne gilt jeder als Bourgeois, der sich nicht einer schwieligen Arbeiterfaust erfreut.

Alle „Bourgeois“ dieser Art wurden zur Strafe für ihre bisherige Lebensstellung, die sie über das Proletariat erhob, entrechtet und mißhandelt, mochten sie auch noch so nützliche Arbeit für die Gesellschaft geleistet haben und leisten. Nicht nur Besitz, sondern auch Bildung wurden Verbrechen — wenn sie bei Nichtkommunisten gefunden wurden. Und sie galten als Verbrechen nicht bloß in den aufgeregten Tagen des Bürgerkrieges. Nein, es sind Verbrechen, die nie verjähren, heute noch rechtlos machen.

Brauchte man, wie es häufig vorkam, Zwangsarbeiter, um widerliche Arbeiten zu verrichten, dann wurden dazu nur frühere Bourgeois ausgesucht, auch alte, schwache, kranke. Zeigt sich Mangel an Nahrung, werden Nahrungsmittel rationiert und nur auf Karten ausgegeben, so erhalten wohl die Lohnarbeiter solche, nicht aber die ehemaligen Bourgeois, sie mögen vor Hunger verrecken. Wer wird sich um solche Verbrecher kümmern?

Und alle diese von der Sowjetgesellschaft Ausgestoßenen sind g e b o r e n e Verbrecher, von denen man an-

nimmt, daß sie ihre verbrecherische Natur weiter vererben. Die Kinder von Kapitalisten oder Intellektuellen bleiben ebenso rechtlos wie ihre Eltern.

Ist in einer Schule Mangel an Platz, und das kommt in Sowjetrußland nur zu oft vor, da ihre Zahl ganz unzureichend ist, dann müssen die Kinder der „Bourgeois" hinaus, sofern sie überhaupt Zutritt fanden.

Doch sind daran nicht die Bourgeois selbst schuld? Warum gehen sie nicht als Lohnarbeiter in Fabriken? Daß Arbeit dieser Art für einen Gelehrten oder einen Schriftsteller nicht leicht zu vollziehen ist, liegt klar zutage. Doch viele unter ihnen würden mit Freuden zu solcher Arbeit übergehen, wenn sie nur dürften!

Die Lohnarbeit ist in Sowjetrußland ein privilegierter Beruf geworden, der seine Privilegien wie jede bevorzugte Schicht dadurch schützt, daß er Zuzug fern hält. Wer als Lohnarbeiter tätig sein will, muß in einer Gewerkschaft aufgenommen werden. Welche wird einen Bourgeois aufnehmen? Proletarier mag er werden, aber er muß ein arbeitsloser, von allen proletarischen Rechten, von jeder Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossener Proletarier sein!

Die Erhebung des Proletariats im Sowjetstaat geschah also dadurch, daß dieser unter ihm eine Schicht von Parias oder Heloten schuf — eine in den Städten nicht kleine Schicht. Und sie nimmt jetzt auch in den Dörfern große Dimensionen an, seitdem dort das „Kulakentum liquidiert" wird, in derselben Weise, in der ein Jahrzehnt vorher in den Städten die „Bourgeoisie liquidiert" wurde.

Gibt es irgend einen wirklichen Sozialisten, den nicht das Bestehen einer solchen Schicht des krassesten Elends und tiefster Verzweiflung aufs äußerste empören muß? Und muß er sich nicht mit besonderem Abscheu gegen ein Regime wenden, das ein derartiges Elend und eine derartige Verzweiflung künstlich, mit Vorbedacht, schafft? Sollen wir diese freche Verhöhnung jedes sozia-

len Empfindens deswegen gutheißen, weil dadurch Lohnarbeiter in eine begünstigte Stellung kommen?

Dabei erweist sich diese begünstigte Stellung für das Proletariat noch als eine sehr fragliche. Ökonomisch hat sich die Stellung des russischen Arbeiters in den letzten Jahren entschieden verschlechtert, sicher im Vergleich zu der Lage der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, für manche sogar im Vergleich zu der Vorkriegszeit in Rußland selbst. Und die Lage des Proletariats muß sich immer mehr verschlechtern, je mehr die bürokratisch eingeschnürte Staatsindustrie versagt.

Nur sozial ist es insofern gestiegen, als die Angehörigen der Klassen und Schichten, die bis zum bolschewistischen Umsturz gesellschaftlich über ihm standen, nun unter ihm stehen, soweit sie überhaupt noch existieren. Dazu kam es aber nicht dadurch, daß es sich rascher erhob als sie, sondern nur deshalb, weil deren Lage sich noch ungeheuer mehr verschlechtert hat als die seine.

Ihnen gegenüber fühlt sich der Proletarier gehoben und das mag ihm eine gewisse Genugtuung gewähren, ihn sogar an das Sowjetregime ketten, dem er diese merkwürdige Art der Erhebung dankt. Freilich muß auch der verbohrteste Proletarier schließlich einsehen, daß bei der fortschreitenden Verarmung Sowjetrußlands seine aristokratische Stellung sehr fragwürdiger Natur ist und ihn von jeder wirklichen Hebung ausschließt.

Der Lohnarbeiter bildet in Sowjetrußland eine Art Adel, das heißt, dessen niedrigste Stufe, den Kleinadel. Ein solcher führt in vielen feudalen Ländern ein trauriges Dasein und ist dort oft gezwungen, das Knurren des leeren Magens durch aristokratisches Hochgefühl zu übertäuben.

Über ihm steht, wie in den Feudalländern, so in Sowjetrußland, ein Hochadel. Er wird im Sowjetstaat gebildet durch die Kommunistische Partei, die den Staat

regiert. Ihre Mitglieder dürfen sich freier bewegen als die „Untertanen“, sie dürfen Zeitungen herausgeben, Vermögen ansammeln, eine bürgerliche Lebenshaltung annehmen. Diese ist in Rußland nicht prinzipiell verpönt, sondern nur für die alte Bourgeoisie und deren Nachkommenschaft. Die Kommunisten sind die Herrenklasse, die über den Rest der Bevölkerung nach Belieben verfügt, von der sie nicht viel mehr als ein Prozent ausmacht.

Natürlich wacht sie über diese ungeheuren Privilegien noch weit eifersüchtiger, als das arbeitende Proletariat über seine bevorzugte Stellung.

In anderen Ländern wird in eine Gewerkschaft oder eine Partei jeder aufgenommen, der gewillt ist, ihre Beschlüsse anzuerkennen und auszuführen. In Rußland finden ehemalige Bauern oder Bourgeois nur schwer Aufnahme in eine Gewerkschaft. Noch weit mehr ist die Aufnahme in die Kommunistische Partei erschwert und die Mitgliedschaft in ihr nie gesichert. Ununterbrochen finden „Säuberungen“ statt.

Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen der Sowjetaristokratie und der Feudalaristokratie. Diese war erblich und verlieh dem Staatsoberhaupt gegenüber bedeutende Rechte, die ihre Opposition oft recht wirksam machten, ihr Stolz und Selbständigkeit nicht bloß gegenüber der Volksmasse, sondern auch gegenüber dem Monarchen verliehen.

In Sowjetrußland hat niemand ein Recht auf die Stellung, in der er sich befindet. Doch nicht vom Vertrauen der Bevölkerung und ihrer freien Wahl, wie in der Demokratie, sondern allein von dem Vertrauen und der Gunst der Spitzen des Staates hängt seine Position ab. Nicht eine erbliche Dynastie bildet diese Spitze, sondern ein Klüngel, der sich des ganzen Sowjetapparates bemächtigt hat, seiner Armee, seiner Bürokratie, der politischen Polizei, und mit dessen Hilfe nicht bloß die Gewerkschaften und die Sowjets, sondern auch die Kom-

munistische Partei diktatorisch, das heißt mit unumschränkter Willkür beherrscht.

In welcher Weise, das hat erst kürzlich das Schicksal Trotzkis gezeigt, des nach Lenin wohl bedeutendsten unter den Führern des Bolschewismus, der mit jenem am meisten zum Siege dieser Partei beigetragen hat.

Die schrankenlose Willkür, sie ist unter den entsetzlichen Erscheinungen Sowjetrußlands wohl die fürchterlichste, diejenige, die seine ganze Bevölkerung am meisten degradiert.

Die sittliche Größe des Proletariats geht hervor aus der Größe seiner historischen Aufgabe, aller Knechtschaft und Ausbeutung ein Ende zu bereiten. Es verliert diese Größe, wird engherzig, hart und roh, wo es aus einem Kämpfer für die Befreiung der Menschheit zu einem Herrn über andere, zu einem Verfechter eigener Privilegien wird.

Diese Wirkungen werden bereits im russischen Proletariat bemerkbar. Durch seine historische Situation unter dem Zarismus wurden seine kampffähigen Teile gedrängt, sich besonders hohe Ziele zu setzen. Das machte aus den russischen Kämpfern geradezu vorbildliche Erscheinungen für die gesamte sozialistische Internationale. Der bolschewistische Umsturz hat das Proletariat Rußlands in eine Lage versetzt, die seine tatkräftige Sympathie für alle Enterbten und Bedrängten in brutale Schadenfreude und Rachsucht gegenüber schwer leidenden Menschen verwandelte, die es selbst zu Parias und Heloten herabgedrückt hat.

Seitdem ändert sich die Psyche der russischen Arbeiter. Die Presse Sowjetrußlands selbst berichtet besorgt immer öfter über zunehmende Roheit und wachsenden Stumpfsinn im Proletariat des Landes, über zunehmende Trunksucht, Mißhandlung jüdischer Kollegen, Mißachtung der Frauen.

Noch schlimmer allerdings ist der Wandel in dem Charakter der Kommunistischen Partei. Ehedem standen

die Bolschewiks auf gleicher sittlicher und kultureller Höhe mit allen anderen Sozialisten Rußlands. Einzelne unter ihnen zu Freunden zu gewinnen, erweckte große Freude, hohe Befriedigung.

Von diesen alten Bolschewiks, die ja nur eine Handvoll ausmachten, sind nicht mehr viele in der Kommunistischen Partei tätig. Viele sind gestorben, viele andere haben erkannt, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Manche haben sich enttäuscht zurückgezogen oder sie wurden kaltgestellt. Höchstens als Paradepferde an Stellen, wo sie keine politische oder ökonomische Wirkung üben können, werden einige dieser kritischen Gesellen noch geduldet. Wer sich mit einer so passiven Rolle nicht zufrieden gibt, in der Opposition tätig wirken will, wird entweder verjagt oder einfach um die Ecke gebracht, wenn das ohne Aufsehen geht. Wer sich derartigen Eventualitäten nicht aussetzen will und doch zu viel Tatendrang verspürt, um untätig zu bleiben, dem bleibt nichts anderes übrig, als seine wirkliche Gesinnung zu verleugnen, offen zu bekennen, daß er diese Gesinnung verurteile und bereue.

So wird der Kommunismus zu einer wahren Schule der Gesinnungslosigkeit.

Dazu gesellte sich noch die Unbedenklichkeit in der Wahl der Kampfmittel, die Lenin frühzeitig schon gepredigt hatte, namentlich das Belügen auch der eigenen Genossen. Je schlimmer sich die wirkliche Situation Sowjetrußlands gestaltete, desto unentbehrlicher wurde für den Kommunismus die Verlogenheit, um sich zu behaupten.

Wurden von diesen Einflüssen viele der alten Bolschewiks, soweit sie in der Partei tätig blieben, immer mehr moralisch und intellektuell herabgedrückt, so gilt das erst recht von der viel größeren Zahl der Neu-Kommunisten. Unter ihnen befinden sich zweifellos manche ehrliche Elemente, die alle Worte ihrer Führer ernst nehmen. Aber die große und stets wachsende Mehrheit

unter ihnen sind Streber, die ihre Laufbahn in der Partei gleich auf dem tiefen Niveau beginnen, auf das ihre älteren Genossen erst nach langem, schmerzlichen Ringen heruntergekommen sind.

Weit weniger Hemmungen unterworfen, mit weit mehr Machtbefugnissen ausgestattet, als die Masse der Lohnarbeiter, entwickeln die Kommunisten die Fehler eines verkommenden Proletariats in noch verstärktem Maße. Sie fügen ihnen noch die Verlogenheit hinzu, sowie hündische Kriecherei vor den Vorgesetzten, von deren Wohlwollen ja ihre Existenz in weit höherem Maße abhängt, als die der einfachen „parteilosen" Arbeiter.

Dieser ganze trübselige Abstieg von stolzer Höhe ist eine unvermeidliche Wirkung der sozialen Bedingungen, die der Sieg des Bolschewismus geschaffen hat. Was in diesem Abstieg und der sozialen Schichtung Sowjetrußlands, die ihn erzeugt, dürfen wir als eine soziale Revolution betrachten, die wir anzuerkennen und zu verteidigen haben?

## 3. Die politische Revolution.

### a) Die Revolution von 1917.

Eine soziale Revolution geht hervor aus einer politischen Revolution. Diese wirkt dann aber wieder auf jene zurück. Der politische und der soziale Zustand eines Staates stehen in engster Wechselwirkung miteinander. Dabei liegt aber der politische Zustand klarer zutage, ist leichter zu erfassen, als der soziale, da seine Grundlagen in kurzen Gesetzen oder Dekreten zusammengefaßt sind.

Die Veränderungen in der politischen Verfassung Rußlands zeigen am deutlichsten den Wandel seiner gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die zweite Revolution Rußlands brach am 13. März (nach damaliger russischer Zeitrechnung 28. Februar) 1917 aus, mitten im Weltkrieg, eine Folge des furchtbaren Elends, das er hervorrief, sowie der Auflösung der Disziplin im Heer, das des erfolglosen Krieges müde war und sich mit der Masse der Arbeiter und Bauern im Ruf nach Frieden vereinigte.

Das Versagen der Armee im Kampf gegen den „inneren Feind" brachte den Zarismus zum Zusammenbruch. Was die erste russische Revolution 1905 nur unvollkommen erreicht hatte, gelang nun mit einem Male in radikalster Weise: der Sieg einer weitgehenden politischen Demokratie. Diese begründete eine demokratische Republik, deren Verfassung die konstituierende Nationalversammlung ausarbeiten sollte, die im Januar 1918 zusammentrat, nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht erwählt. Die sozialistischen Parteien hatten in ihr die übergroße Mehrheit erlangt. Von 36 Millionen abge-

gebener Stimmen entfielen auf die Sozialrevolutionäre fast 21 Millionen, auf die Bolschewiks 9 Millionen, die Menschewiks nicht ganz 2 Millionen, der Rest, über 4 Millionen, auf verschiedene bürgerliche Parteien.

Eine ausgesprochen arbeiter- und bauernfreundliche Demokratie mußte aus den Arbeiten dieser Nationalversammlung hervorgehen.

Doch sie kam nie dazu, eine Tätigkeit zu entfalten. Sie wurde bei ihrem Beginn durch Militärfäuste gesprengt und damit war der demokratischen Revolution ein Ende bereitet.

Diese war zum Unglück Rußlands dort früher ausgebrochen, als in Deutschland und in den Gebieten Österreichs. In der Militärmonarchie der Habsburger und der der Hohenzollern fiel sie zusammen mit der Beendigung des Krieges. In Rußland wurde das Zarenregiment mitten im Kriege gestürzt. Die Frage der Stellung zum Kriege, die bereits die Sozialistische Internationale gespalten und funktionsunfähig gemacht hatte, erzeugte auch in der russischen Demokratie tiefgehende Differenzen, die keineswegs mit den Klassengegensätzen zusammenfielen. Auch die Sozialdemokratie und die Sozialrevolutionäre spalteten sich darob. Natürlich, den Frieden wollte jeder, aber wie zum Frieden gelangen und zu welchem Frieden? Das war die große Schwierigkeit, denn die leitenden Staatsmänner und Militärs in Deutschland und Österreich fühlten sich durch den militärischen Zusammenbruch des Zarismus ermutigt, ihre Kriegsziele zu erweitern, was den Westmächten um so dringlicher erscheinen ließ, durchzuhalten bis zur Niederringung der Zentralmächte. Wie da zu einem „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" kommen, den die Sozialisten forderten?

Einzig die Bolschewiks besaßen die Kühnheit, einfach zu verlangen, die Armee solle auseinanderlaufen und die russischen Grenzen den Armeen der Deutschen, der Österreicher und Türken preisgeben. Sie erwarteten, daß

die Antwort auf solche Verwegenheit das Auseinanderlaufen auch der anderen Armeen und die Weltrevolution sein werde. Hätten sie vorausgesehen, daß das Ergebnis ihrer Politik vielmehr der Friede von Brest-Litowsk (Februar 1918), der ungehinderte Vormarsch der Deutschen durch die Ukraine, ja bis nach Georgien sein werde, dann hätten sie die Auflösung der Armee im Sommer 1917 vielleicht etwas weniger energisch betrieben.

Nicht durch die Weltrevolution wurde damals das bolschewisierte Rußland gerettet, sondern durch den Sieg der Entente. Wohl wollte diese nur das gegenrevolutionäre Werk der Deutschen und Türken in Rußland fortsetzen, doch waren die Westmächte territorial von den russischen Gebieten zu weit entfernt und die Kriegsmüdigkeit in den eigenen Heeren zu groß, als daß sie es vermocht hätten, eine energische Offensive zu Zwecken zu entfalten, die auch nicht im entferntesten in eine Abwehr fremder Bedrohung umgedeutet werden konnten.

Immerhin bestand die Invasion fremder Armeen in Rußland fort und das, ebenso wie der Bürgerkrieg, zwang auch die Bolschewiks, die eben noch die Auflösung des eigenen Heeres betrieben hatten, selbst wieder an den Aufbau eines neuen Kriegswerkzeuges zu schreiten.

Zunächst aber hatte ihnen die Parole des sofortigen Auseinanderlaufens der Armee zu ungeheurer Popularität bei Arbeitern und Bauern verholfen und vor allem bei den Soldaten selbst.

Diese Popularität wuchs noch, als die Bolschewiks Arbeiter und Bauern ermunterten, sich ohne weiteres regellos alles Besitzes zu bemächtigen, dessen sie habhaft werden konnten, während die anderen sozialistischen Parteien wohl auch die Enteignung des Großgrundbesitzes und möglichst weitgehende Sozialisierung der kapitalistischen Industrien vornehmen wollten, aber nicht regellos, sondern wohl überlegt, nach bestimmtem Plane.

Indessen, so sehr dadurch auch die Popularität der Bolschewiks im Gegensatz zu den übrigen sozialistischen Parteien wuchs, so gewannen sie doch nicht die Mehrheit der Bauern, ja nicht einmal der Industriearbeiter. Wenigstens nicht im Lande überhaupt, sondern nur in einzelnen Städten.

Auf dem ersten Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (Juni 1917) bekannten sich von 770 Delegierten, die über ihre Parteizugehörigkeit Angaben machten, 285 als Sozialrevolutionäre, 248 als Menschewiks, 105 als Bolschewiks, 32 als Internationalisten (Menschewiks mit bolschewistischen Sympathien). Daneben gab es noch 73 Sozialisten, die keiner Fraktion angehörten.

Von den Stimmenzahlen bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung haben wir schon gesprochen. Sie zeigen ein ähnliches Bild, nur mit einem erheblich geringeren Anteil der Menschewiks an der Stimmenzahl. Diese waren nur eine Partei industrieller Arbeiter, nicht der Bauern (außer in Georgien).

Nicht einmal unter den Soldaten, die so dringend nach Hause verlangten, gewannen die Bolschewiks bei jenen Wahlen die Mehrheit, sondern bloß 1 800 000 von 4 500 000 Stimmen, 38 Prozent.

Aber sie verfügten über eines: eine Parteiorganisation, die schon vor dem Kriege als Verschwörerorganisation auf eiserner Disziplin ihrer Anhänger, willenloser Unterwerfung unter den Führer Lenin, aufgebaut war. Der Krieg desorganisierte den Staatsapparat und die Armee, aber auch die Parteien der revolutionären Demokratie. Wohl gewannen diese in der Revolution einen gewaltigen Anhang, doch mangelte es ihm völlig an festem Zusammenhang. Die sozialistischen Parteien selbst spalteten sich, namentlich wegen der Kriegsfrage, aber auch wegen der Teilnahme an Koalitionsregierungen, die bei dem Fehlen einer alle anderen an Zahl überragenden Partei unvermeidlich waren. Unter den Menschewiks bildeten

die Internationalisten eine gegen die Parteimehrheit frondierende Gruppe, unter den Sozialrevolutionären nahm dieselbe Haltung ihre Linke ein.

Nur die Bolschewiks verstanden es, ihren wachsenden Anhang zu disziplinieren und dadurch ein Übergewicht über die anderen sozialistischen Parteien zu gewinnen.

Doch hätte dieses nicht ausgereicht, ihnen auf der Grundlage der Demokratie bei parlamentarischen Methoden die Alleinherrschaft zu erringen. Aber als sie das merkten, hatten sie bereits eine andere Waffe parat, die sie zum Siege führen sollte.

Wie mit den Arbeitern und Bauern ging es damals mit den Soldaten: sie bildeten ebenso wie jene, ja eher noch mehr, eine chaotische Masse, mit der die anderen sozialistischen Parteien nicht viel anzufangen wußten. Die Bolschewiks erwiesen sich diesen auch hier überlegen.

Wohl hatten sie weniger als 40 Prozent der Stimmen des gesamten Heeres erhalten. „Indes über 60 Prozent der Stimmen an der Nordfront und fast 70 Prozent an der Westfront, das heißt, in Truppenteilen, die am nächsten zu den Hauptstädten lagen und bei den nachfolgenden Ereignissen den Ausschlag gaben". (W. Woytinsky, „Die Welt in Zahlen", VII., S. 27.)

Aus den ihnen anhängenden Soldaten wußten die Bolschewiks genug Freiwillige zu gewinnen, die trotz aller Kriegsmüdigkeit sich nichts daraus machten, weiter Krieg zu führen. Ihnen wieder von neuem Disziplin beizubringen, das wurde die entscheidende Leistung, die den Bolschewiks die Übermacht über die anderen sozialistischen Parteien und schließlich die Alleinherrschaft im Staate verschaffte.

Von vornherein beruhte diese nicht auf dem Vertrauen der Mehrheit der Bauern und Arbeiter zu ihnen, sondern auf der Verfügung über die stärkeren Bataillone.

Ende Oktober 1917 sollte der zweite Allrussische Räte-Kongreß zusammentreten. Inzwischen hatten die Bolschewiks sich jedoch militärisch bedeutend ver-

stärkt. Sie begannen in Petersburg die bewaffnete Erhebung gegen die provisorische Regierung und siegten dabei (7. November).

Nun erst vermochte der zweite Allrussische Sowjet-Kongreß zusammenzutreten. Da die den Menschewiks und den Sozialrevolutionären angehörenden Delegierten der Arbeiterräte es ablehnten, unter der Diktatur des bewaffneten Staatsstreichs zu tagen, hatten die Bolschewiks jetzt ihr Ziel erreicht: von 670 Delegierten, die am Kongreß teilnahmen, waren 390 Bolschewiks, daneben 179 linke Sozialrevolutionäre und 35 menschewistische Internationalisten, den Rest bildeten vereinzelte Eigenbrötler. Von den Internationalisten verließ ein Teil den Kongreß noch während der Verhandlungen, ein anderer Teil blieb „im Interesse der revolutionären Einheitsfront", stimmte jedoch gegen die Übergabe der Macht an die Sowjetregierung, die nun eingesetzt wurde — nicht von Gnaden der Sowjets, sondern der Soldaten, die von den Bolschewiks gewonnen waren.

Diese gestatteten noch die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung. Lenin konnte diese nicht gut verhindern, da er selbst sie am lautesten verlangt und die anderen Parteien beschuldigt hatte, daß sie der Ausschreibung der Wahl Schwierigkeiten in den Weg legten. Als aber sich die große Mehrheit der Wähler gegen die Bolschewiks aussprach, war damit das Todesurteil über die Nationalversammlung gesprochen. Sie wurde sofort nach ihrem Zusammentritt (18. Januar 1918) durch bolschewistische Matrosen und Soldaten auseinandergetrieben. Da jetzt die Bolschewiks den Regierungsapparat in der Hand hatten, verfügten die anderen Parteien über keine bewaffneten Kräfte mehr in der Hauptstadt.

Der Staatsstreich vom 7. November 1917 hatte noch einen blutigen Straßenkampf in Petrograd (damals noch nicht Leningrad)) zur Folge. Der Staatsstreich vom 18. Januar 1918 fand ebenso schwachen Widerstand, wie

ehedem der des Napoleon Bonaparte am 18. Brumaire (9. November 1799) in Frankreich.

Nicht jedermann hatte damals sofort die Bedeutung der Ersetzung des Direktoriums durch Napoleon für die Revolution begriffen. Noch sah man nicht deutlich, daß aus den Reihen der Revolutionäre heraus ein neues, gegen die bisherige Revolution gerichtetes Regime aufgerichtet wurde. Erst als es seine Vollendung im Kaiserreich Bonapartes fand (April 1804), wurde seine gegenrevolutionäre Bedeutung allenthalben klar erkannt. So verstanden auch wenige sofort die gegenrevolutionäre Bedeutung der Staatsstreiche vom November 1917 und Januar 1918. Es gibt bis heute noch Sozialisten, die völlig vergessen haben, daß es 1917 in Rußland eine Märzrevolution gab, durch die die demokratische Republik begründet wurde. Nicht wenige vermeinen sogar, mit den Staatsstreichen, die der demokratischen Republik den Garaus machten, habe die eigentliche Revolution erst begonnen.

Die demokratischen Parteien Rußlands — fast ausschließlich bäuerlicher und proletarischer Natur, — wurden in jenen Tagen um so mehr bedrängt, als sich gegen sie gleichzeitig Widersacher von links und rechts mit militärischer Gewalt wendeten.

War die Revolution vom März 1917 zum großen Teil auf die Rebellion einzelner Regimenter zurückzuführen und machte von da an die Auflösung der militärischen Disziplin rasche Fortschritte, so gab es doch noch Formationen, die ihren Befehlshabern zuverlässig erschienen.

Der Oberbefehlshaber der russischen Armee, General Korniloff, hatte schon im August 1917 solche Formationen zu benützen gesucht, um das damals noch demokratische Regime niederzuwerfen und nicht nur die Disziplin der Armee, sondern auch, soweit als möglich, den alten Staat wieder herzustellen. Am 26. August schlug er los. Doch brach der Aufstand bald zusammen. Er hatte

die Festigkeit der Truppen, die er kommandierte, gewaltig überschätzt. Sie wurden um so leichter erschüttert, als alle lebendigen Kräfte im Lande sich hinter die Regierung und das vom ersten Allrussischen Sowjet-Kongreß eingesetzte Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjets stellten, so daß Korniloffs Erhebung völlig isoliert wurde und rasch ein Ende fand:

„ein vollständiges historisches Vorbild des späteren Ausgangs des Kapp-Putsches in Deutschland.“ (El. Hurwiz, Geschichte der jüngsten russischen Revolution. S. 122.)

Doch blieb der Putsch nicht ohne Folgen. Er hatte gezeigt, welche Gefahr der Revolution durch die Offiziere und ihren Anhang drohte. Das drängte viele der entschlossensten Revolutionäre in das Lager des Bolschewismus. Nicht deshalb, weil sie seine Anschauungen teilten, sondern weil sie in seinen militärischen Organisationen die einzige solide Stütze der Revolution sahen. Was auch die Sozialdemokraten in Deutschland und Österreich erst später begriffen, was in Rußland im Gegensatz zu den Bolschewiks die Menschewiks und Sozialrevolutionäre 1917 noch nicht klar erfaßten, das war eine Anschauung, die das internationale Proletariat bis dahin wenig beschäftigt hatte: Gibt es keine feste disziplinierte Armee mehr und bewaffnen sich die Parteien, dann müssen auch die demokratischen Sozialisten ihre Schutztruppen fest organisieren, so sehr ihnen die Austragung politischer Differenzen mit bewaffneter Faust widerstrebt. Nur die Menschewiks in Georgien erkannten früh, was die damalige Situation erheischte. Schon am 5. September 1917 begründeten sie in Tiflis die Arbeitergarde, zusammengesetzt aus erprobten, organisierten Genossen.

Ihre Wehrlosigkeit im übrigen Rußland hatten die demokratischen Sozialisten schwer zu büßen. Dagegen wirkte die Wehrhaftigkeit der Bolschewiks auf viele Revolutionäre verschiedener Richtungen, namentlich auf die linken Sozialrevolutionäre, sehr anziehend.

Nach der Sprengung der Konstituante nahm der Kampf der Parteien im russischen Staate vollends die Gestalt eines Bürgerkriegs an. Von neuem erhoben sich Generäle, „Weißgardisten“, und warben Banden zum Kampf gegen die Revolution. Ohne Parlament, ohne Freiheit der Presse und der Rede, der Versammlungen und Vereine wurde es unmöglich, anders gegen die Staatsgewalt zu opponieren als mit der Waffe in der Faust. Die Bolschewiks selbst priesen den Bürgerkrieg als die höchste Form der Neubildung der Gesellschaft.

Wie in Deutschland und Österreich und noch anderen Staaten hatte die endlose Dauer des Krieges auch in Rußland nicht nur eine furchtbare Kriegsmüdigkeit gezeitigt, sondern auch vielen jungen Leuten jegliche Lust zu friedlicher Arbeit genommen. Auf der einen Seite finden wir in breiten Massen den tiefsten Abscheu vor dem Waffenhandwerk, daneben aber vereinzelte und trotzdem zahlreiche Elemente, teils Phantasten, teils Tagdiebe, die zu richtigen Landsknechtnaturen werden, nur auf Raufen und Plündern ausgehen und jedem Bandenführer zulaufen, der Kräfte dieser Art wirbt.

Die bewaffneten Kämpfe der Parteien hätten wohl ein rascheres Ende genommen, wenn jede von ihnen bloß auf selbstlose, überzeugte Parteigenossen angewiesen geblieben wäre. Der Zustrom der Landsknechtnaturen, die der Krieg übrig gelassen hatte, verlängerte den Bürgerkrieg. Nun wurde auch das Innere Rußlands verheert, das von der feindlichen Invasion verschont geblieben war.

Die Zahl der Kämpfenden vermehrte sich noch dadurch, daß man hüben wie drüben an die Gefangenen des Weltkrieges appellierte. Nicht wenige der Tschechen unter den Kriegsgefangenen, die Rußland im Kriege gemacht hatte, hatten sich als „Legionäre“ zum Kampf gegen Österreich anwerben lassen. Nun machten sie Front gegen den Bolschewismus. Dafür tat sich dieser als Freund der deutschen Kriegsgefangenen auf, von denen viele für den Dienst in der „Roten Armee“ der

Bolschewiks teils freiwillig geworben, teils gepreßt wurden.

Die Situation der Sozialdemokraten und auch der anderen nichtbolschewistischen Sozialisten in den Kämpfen der damaligen Zeit war qualvoll. Es war ihnen unmöglich, sich für die Bolschewiks einzusetzen, die eben die Konstituante gesprengt hatten, jede Freiheit im Staate aufhoben, jeden Weg zum moralischen, intellektuellen, ökonomischen Aufstieg des Proletariats verrammelten, jeden Sozialisten, der sich nicht willenlos ihrer Führung unterwarf, gleich einem tollen Hund über den Haufen schossen.

Aber konnten sie sich der Gegenseite anschließen? Wohl proklamierten die Bekämpfer des Bolschewismus oft als ihr Ziel die Wiederherstellung der Demokratie und der konstituierenden Nationalversammlung. Aber in den Kämpfen der Waffen dominierten nicht die Politiker, sondern die Offiziere. Das alte Offizierscorps mit seinen zaristischen, aristokratischen, kapitalistischen Neigungen wurde der bestimmende Faktor in allen den Erhebungen, die in der Zeit von 1918 bis 1920 gegen die Bolschewiks ausbrachen. Hohe Offiziere der alten Armee kommandierten sie, den Generälen Korniloff und dessen Nachfolger Alexejeff folgten bald der General Denikin, der Admiral Koltschak und schließlich General Wrangel. Wo immer diese Herren Erfolg hatten, zeigten sie sofort den reaktionären Pferdefuß. Wo immer Sozialisten und Demokraten sich durch freiheitliche Worte dieser Generäle verleiten ließen, auf ihre Seite zu treten, endete es mit einer bitteren Enttäuschung und oft bitterem Haß.

Eine große Anzahl der Demokraten und Sozialisten konnten sich in diesen Bürgerkriegen mit gutem Gewissen weder auf die eine, noch die andere Seite schlagen. Anders, als mit der Waffe in der Hand konnte man sich aber damals in Rußland politisch schwer betätigen. So wurden die Sozialdemokraten und die anderen ihnen nahestehenden Parteien in jenen Kämpfen auf der poli-

tischen Bühne zurückgedrängt. Ein Hüben und ein Drüben nur gab es.

Dabei aber drohte der Sieg der Offiziere von Korniloff bis Wrangel mit der Wiederkehr des alten Regimes. Die Bolschewiks dagegen hatten die Konsequenzen ihrer Staatsstreiche noch nicht entwickelt. Sie erschienen als die Verfechter des neuen bäuerlichen Eigentums, soweit sich dieses eben durch Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer gebildet hatte. Sie erschienen als die Schützer der Arbeiterräte, die den Lohnarbeitern Freiheit und politisch und sozial eine Erhebung über die Kapitalisten gebracht hatten. Alle die unheilvollen Seiten des Bolschewismus, sein Terror, seine Polizeiallmacht, seine Aufhebung der politischen Freiheiten sowie der ökonomische Verfall, sie schienen nur Wirkungen des Bürgerkriegs zu sein, die mit ihm verschwinden mochten.

Dazu kam, daß zur Unterstützung der dem Bolschewismus feindlichen Generäle kapitalistische fremde Regierungen ihre Truppen in Rußland einmarschieren ließen, Engländer, Franzosen, Italiener, Japaner, nachdem die deutsche Invasion verjagt worden war. Polnische Truppen überschritten die russische Grenze schon Ende 1919, im April 1920 kam es zu einem richtigen Krieg zwischen Rußland und Polen, der mit wechselndem Glück geführt wurde, in dem die bolschewistischen Herren zuerst große Erfolge erzielten, dann wieder empfindliche Rückschläge erlitten. Lenin beendete durch Nachgiebigkeit den Krieg, um die Hände gegen Wrangel frei zu bekommen, mit dem er nun rasch fertig wurde (November 1920).

Damals erschienen die Bolschewiks als die einzige Macht in Rußland, die imstande war, die Proletarier und Bauern gegen die Wiederkehr ihrer bisherigen kapitalistischen, aristokratischen, bürokratischen Bedränger und Ausbeuter zu verteidigen und die Invasionen des Auslands abzuwehren, Wenn jemals, so gewannen sie damals die Mehrheit der Bevölkerung des russischen

Reichs für sich. Sie behaupteten allerdings, daß dem stets so sei, doch hüteten sie sich wohlweislich, auch in den Tagen ihrer größten Popularität, die Probe darauf vornehmen zu lassen und freie Wahlen der Gesamtheit der Bevölkerung zu gestatten.

## b) Die Sowjetverfassung.

Durch den Staatsstreich vom Oktober-November 1917 hatten die Bolschewiks nach dem Austritt der Menschewiks und der rechten Sozialrevolutionäre einen Sowjetkongreß erreicht, auf dem nur sie sowie von ihnen geduldete Sozialisten vertreten waren, wie z. B. die linken Sozialrevolutionäre. Das Bündnis mit diesen hörte auf, als die Bolschewiks die „Dorfarmen" den übrigen Bauern entgegenstellten und gesondert organisierten und als die Regierung der Sowjets vor der des Deutschen Reichs kapitulierte. Die Opposition der linken Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiks nahm rasch ein klägliches Ende. Seitdem herrschen diese unumschränkt in den Sowjets (Juli 1918). Das kam zum Ausdruck in der Verfassung des russischen Sowjetstaates, die vom fünften Allrussischen Sowjetkongreß am 10. Juli 1918 angenommen wurde.

Anscheinend begründet sie allerdings nicht die Allmacht der kommunistischen Partei, sondern nur die Übermacht der Lohnarbeiterschaft.

Der Allrussische Sowjetkongreß wurde zur höchsten Instanz der Republik erhoben. Er besteht aus Vertretern der städtischen Arbeiter und der ländlichen Bevölkerung. Schon da wird ein Unterschied zu Ungunsten der Bauern gemacht. Allerdings verschleiert. In den Städten entfällt ein Abgeordneter auf 25 000 Wähler, auf dem flachen Lande auf 125 000 Einwohner. Warum wird die Zahl der Abgeordneten nicht hier wie dort nach Wählern oder nach Einwohnern festgesetzt? Es ist kein anderer Grund dafür einzusehen als der, die Benachteiligung der Bauern weniger deutlich erkennen zu lassen.

Das Wahlrecht wurde beiden Geschlechtern vom 18. Lebensjahr an verliehen. Da ihre erwachsenen Bewohner auf den Dörfern fast alle das Wahlrecht erhielten, kommen dort auf 125 000 Einwohner weit mehr als 25 000 Wähler. Es können ihrer an 70 000 werden. Also den städtischen Proletariern wird durch die Verfassung ein zwei- bis dreifach wirksameres Wahlrecht zugeteilt als den Bauern.

Unter den Lohnarbeitern und Bauern steht eine, statistisch nicht erfaßbare, doch keineswegs geringe Menge, die des Wahlrechts völlig beraubt ist. Indes bedeutet auch das Wahlprivileg der Lohnarbeiter nicht viel. Alle die Finten, die nach 1848 von der Reaktion ersonnen wurden, um die Stimme des Volkes zu ersticken und sie bei den Wahlen nicht zur Geltung kommen zu lassen, wenn man nicht wagte, das Wahlrecht offen abzuschaffen, sie wurden von den Bolschewiks getreulich abgeguckt, die sich wenigstens in dieser Beziehung als gelehrige Schüler der westlichen Zivilisation erwiesen, allerdings nur ihrer ausgesprochen gegenrevolutionären Seite.

Wie unter dem preußischen Dreiklassenwahlrecht ist die Wahl öffentlich und indirekt. Es wählen nicht die Arbeiter und Bauern direkt die Abgeordneten zum Allrussischen Sowjetkongreß, sondern indirekt. Und nicht einmal durch Wahlmänner. Sondern die Abgeordneten zum Allrussischen Kongreß werden von den Sowjets der größeren Städte auf der einen Seite und auf der anderen von den Sowjetkongressen der Gouvernements gewählt. Die Gouvernementskongresse werden ebenfalls von den Sowjets der größeren Städte beschickt, die dadurch ein verdoppeltes indirektes Wahlrecht zum Allrussischen Sowjet erhalten, und von den Sowjets der Kreise. Diese wieder gehen aus Wahlen der Sowjets der kleineren Städte und der Bezirke (Wolost) hervor. Die Wolostsowjets endlich werden von den Dorfsowjets gewählt.

Welche famosen Ergebnisse dieses so fein ausgetüftelte Wahlrecht ergibt, zeigen einige Ziffern, die wir der sehr

aufschlußreichen Studie darüber in dem schon zitierten 7. Band von Woytinsky „Welt in Zahlen“ (S. 26—33) entnehmen. Im Jahre 1924 zählte man in den Kreissowjets nicht weniger als 64 Prozent Staatsbeamte, dagegen nur 8 Prozent Arbeiter. An Mitgliedern der Kommunistischen Partei fand man in diesem Jahre in den Dorfsowjets 8 Prozent, in den Wolostsowjets 20 Prozent, den Kreissowjets 58 Prozent, den Gouvernementssowjets 68 Prozent. Im Allrussischen Kongreß bilden endlich die Nichtkommunisten — Parteilosen — eine verschwindende Größe. Er erst erwählt das Zentral-Exekutivkomitee mit 485 Mitgliedern.

Also welche komplizierte, für die Bauernvertreter mehrfache Siebung der Abgeordneten! Bei öffentlicher Wahl müßte das allein schon genügen, jederzeit alle offene Opposition gegen die Regierung in den Sowjets unmöglich zu machen. Nun aber gesellte sich dazu bald nach dem Novemberstaatsstreich die Vernichtung der ganzen nichtkommunistischen Presse, die Beseitigung aller freien Vereine, auch jener Genossenschaften und Gewerkschaften, die sich nicht zu blinden Werkzeugen des Kommunismus degradieren ließen, sowie die förmliche Schutzlosigkeit der Kandidaten und Abgeordneten, denen in keiner Weise Immunität zugesichert wird. Dafür wurde die Allmacht der politischen Polizei aufgerichtet und daneben wurden Revolutionstribunale geschaffen, die „in der Wahl ihrer Mittel gegen die Konterrevolution, Sabotage usw. durch keinerlei Bestimmungen begrenzt“ waren (Dekret des Zentral-Exekutivkomitees vom 17. Juni 1918).

Da man unter „Konterrevolution“ und „Sabotage“, namentlich aber unter „usw.“, alles mögliche verstehen kann, war damit die Vogelfreiheit jeder Opposition ausgesprochen.

Andere als kommunistische oder von der Kommunistischen Partei geduldete Kandidaten und Abgeordnete oder gar entschieden oppositionelle Redner wurden von

nun an ganz unmöglich. Das Wahlrecht ist eine Farce, wenn nicht Kandidaten verschiedener Richtungen vorhanden sind, zwischen denen man sich entscheiden kann. Die Gestaltung des Wahlrechts hat nur noch den Zweck, den Arbeitern den Glauben beizubringen, sie seien im Sowjetsystem die herrschende Klasse. Und diesen Zweck erfüllt das Sowjetwahlrecht auch, wenigstens bei naiven Seelen, unter denen gar mancher angesehene Dichter und Denker nicht nur in Rußland, sondern auch in der übrigen Welt zu finden ist.

Seinen Gipfel erreicht jenes famose Wahlrecht in den Bestimmungen, die es vollkommen in das Belieben der Sowjetgewaltigen stellen, wie und von wem gewählt werden darf.

Die Verfassung sagt darüber nur (§ 70):

> „Der genaue Wahlmodus, sowie die Teilnahme der Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen an den Wahlen wird von den lokalen Sowjets gemäß der Instruktion des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees festgesetzt."

Also die Regierung selbst bestimmt, wie gewählt wird, ganz nach ihrem Belieben.

Und sie kann jeden, der ihr nicht paßt, vermöge ihrer Befugnisse nicht nur von der Kandidatur, sondern auch vom aktiven Wahlrecht ausschließen. Denn klare, feste Bestimmungen enthält die Verfassung darüber nur in Bezug auf Personen, denen das aktive und passive Wahlrecht unter allen Umständen vorenthalten wird. Dazu gehören nicht bloß Kapitalisten, Mönche, frühere Polizisten, Irrsinnige, sondern auch Handelsleute, zu denen offenbar auch die armen Hausierer zählen.

Als wahlberechtigt werden aber nicht sehr klar diejenigen bezeichnet, „die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit bestreiten".

Wer nicht arbeitet, kann das Wahlrecht verlieren. Man braucht unbequeme Leute nur aus jeder Stellung zu bringen, und sie werden des Wahlrechts verlustig. Und was ist produktive und nützliche Arbeit?

Leisten die „Bourgeois“ solche? Notabene, Kapitalisten und Großgrundbesitzer gibt es in Rußland nicht mehr, sie sind ja alle enteignet. Aber unter Umständen können dort auch Ingenieure oder höhere Lehrer als unproduktive Arbeiter betrachtet werden.

Die Willkür, der diese Bestimmung Tür und Tor öffnet, tritt am auffallendsten gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung zutage. Es gab Zeiten, wo es den Herren im Kreml paßte, alle Bauern, auch die wohlhabenden, unter die produktiven und nützlichen Arbeiter einzureihen und ihnen das Wahlrecht zu verleihen. Meist aber wurde es den besser situierten vorenthalten. Mitunter schloß man sogar die Mittelbauern vom Wahlrecht aus, beschränkte es auf die „Dorfarmen“, das heißt auf diejenigen, denen Boden und Inventar fehlten, um auch nur so viel Lebensmittel zu produzieren, als sie selbst brauchten. Ja, die Kolchosenepidemie, von der wir eingangs gehandelt haben, führte sogar stellenweise dazu, daß „Dorfarme“ des Wahlrechts — und auch des Restes ihrer Habe — beraubt wurden, wenn sie den Kolchosen widerstrebten.

Hier tritt wohl am krassesten die vollständige Willkür der Kommunistischen Partei und ihrer Regierung zutage, der die ganze Bevölkerung Sowjetrußlands unterworfen ist.

Im übrigen haben die Sowjets und damit auch die Wahlen zu ihnen in letzter Zeit alle Bedeutung verloren. Politische Macht wird nicht von den Sowjets verliehen, sondern von der Kommunistischen Partei. Deren „Politbüro“ bildet die höchste Instanz für Gesetzgebung und Verwaltung des Staates. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets hat jede reale Bedeutung verloren. Die Sowjetverfassung ist nur noch eine Fiktion. Auf dem letzten kommunistischen Parteitag in Moskau erklärte Krylenko unverfroren: „Die Sowjetgesetze sind nichts anderes als die Weisungen der Partei.“

Auch hier wieder dürfen wir fragen, welche von allen diesen Bestimmungen wir als revolutionäre zu betrachten

haben, welche als gegenrevolutionäre? Wo steckt da die Revolution, die wir gegen die drohende Konterrevolution zu schützen haben?

### c) Die Demokratisierung der Sowjets.

Nicht wenige unter uns suchen das Revolutionäre der Sowjetverfassung in der bevorzugten Stellung, die sie den Arbeitern und ihren Räten einräumt. Sie sehen nicht, daß die politische ebenso wie die soziale Bevorzugung der Lohnarbeiter in Sowjetrußland sehr teuer erkauft wird mit ihrer moralischen, intellektuellen, ökonomischen Degradation und ihrer Unterwerfung unter die schrankenlose Willkür einer einzelnen Sektenorganisation, der Kommunisten.

Ich hoffe, im obigen gezeigt zu haben, daß diese Erscheinungen nicht etwa zufälligerweise miteinander zusammentreffen, sondern in notwendigem Zusammenhang unter einander stehen.

Darum müssen alle Versuche scheitern, die Sowjetverfassung dadurch zu erhalten, daß sie von ihren Flecken gereinigt wird. Einen solchen Versuch kann das Bestreben darstellen, diese Verfassung zu demokratisieren.

Eine dahingehende Parole wurde von einem bedeutenden Teil meiner menschewistischen Freunde schon bald nach der Sprengung der Konstituante ausgegeben. Paul Axelrod wendete sich sofort dagegen (vergleiche seine „Observations sur la tactique des socialistes dans la lutte contre le bolchevisme", Paris 1921). Was er gegen die „Demokratisation der Sowjets" sagte, behält heute noch seine Gültigkeit.

Trotzdem scheint dieses Streben noch nicht ganz aufgegeben zu sein. Der jüngste Aufruf der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale könnte sogar in diesem Sinne gedeutet werden. Es heißt dort:

> „Den Völkern der Sowjetunion muß die Freiheit wieder gegeben werden, die Arbeitern und Bauern ebenso unentbehrlich ist, wie Luft und Wasser."

Und dann werden verlangt:

„Freiheit des Wortes! Freiheit der Organisation! Freie und geheime Wahlen!“

Es berührt schon sonderbar, daß die Freiheit bloß für Arbeiter und Bauern unentbehrlich sein soll, nicht für alle Menschen. Und dann: warum werden bloß freie und geheime Wahlen verlangt, nicht auch das allgemeine, gleiche Wahlrecht?

Sogar das Programm der Bolschewiks verlangte noch zu der Zeit, als sie die Konstituante verjagten, das „allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht“.

Natürlich denkt niemand in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale daran, diese Forderung preiszugeben. Sollte es aber Genossen geben, die glauben, für Rußland eine Ausnahme machen zu müssen? Als ob dort nicht notwendigerweise ebenso sehr, wie überall, eine Klasse dadurch, daß sie besondere Privilegien erhält, notwendigerweise korrumpiert und von jenen Elementen abhängig würde, von denen diese Privilegien geschaffen und verteidigt wurden.

Der Begriff der Demokratisation der Sowjets ist ein Widersinn in sich. Er bedeutet Demokratisierung einer privilegierten Aristokratie. Oder meint man, die Sowjets umfaßten die Gesamtmasse der Bevölkerung? Wozu dann der Abscheu vor dem so einfachen allgemeinen Wahlrecht und die Vorliebe für das verkünstelte Sowjetsystem?

Fürchtet man die Stimmen der gewesenen Kapitalisten und Großgrundbesitzer? Aber diese übten bisher politischen Einfluß nicht durch die Stimmzettel aus, die sie selbst abgaben — deren Zahl mußte stets minimal sein —, sondern durch die Macht ihres Geldes. Das und nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht verleiht ihnen ihre politische Macht.

Doppelt unsinnig ist es, Kapitalisten und Grundbesitzer durch Entziehung des Wahlrechts dort politisch unschädlich machen zu wollen, wo sie expropriiert sind, also als

Klasse nicht mehr existieren und als Personen alle Mittel verloren haben, die Bevölkerung zu beeinflussen.

Aber freilich, zur Bourgeoisie rechnet man auch Leute mit höherem Wissen. Dieses kann man nicht konfiszieren. Und der besser Gebildete gewinnt sich leicht einen großen Einfluß auf den schlechter Unterrichteten. Gegen die Gebildeten vor allem richtet sich das Sowjetsystem, weil es die Möglichkeit gibt, sie alle mundtot zu machen und von der Berührung mit dem Proletariat fernzuhalten — soweit sie nicht kommunistisch denken oder sich von den Kommunisten gebrauchen lassen.

Zur Demokratisierung gehört auch die genaue Feststellung der Rechte der Persönlichkeit gegenüber den Besitzern und Vertretern der Staatsgewalt. In der Autokratie und der Aristokratie gelten die Gesetze nur für die unteren Klassen und Stände, die oberen sind dadurch nicht gebunden. In der Demokratie setzen die Gesetze für die Behörden nicht bloß Rechte, für die Bürger nicht bloß Pflichten fest. Sie geben dem Bürger genau bestimmte Rechte, die er gegen jede Anmaßung von oben behaupten kann.

Mit diesem gesetzlichen Schutz der Persönlichkeit gegen jede behördliche Willkür ist das Sowjetsystem unvereinbar. Schon 1919 erklärte Lenin in seiner Streitschrift gegen mich („Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky“, S. 5):

> „Die Diktatur ist eine unmittelbar auf Gewalt begründete Herrschaft, die an keine Gesetze gebunden ist.“

Diese Willkür wird im Sowjetsystem der Herrenklasse zuteil, den Kommunisten, gegenüber der Volksmasse. Noch größere Willkür wird den obersten Herren im Zentral-Exekutivkomitee gegenüber dem Volk und den Kommunisten verliehen.

Die Demokratisation der Sowjets muß mit einem bestimmten, eindeutigen Wahlgesetz für die Sowjets beginnen. Soll dies nicht ganz unsinnig sein, wird es der gesamten arbeitenden oder arbeitswilligen Bevölkerung

das Wahlrecht geben. Dieses würde dadurch tatsächlich unter den gegebenen Bedingungen Rußlands zu einem allgemeinen und gleichen.

Und ebenso muß jeder weitere Versuch, den Arbeitern und Bauern größere Freiheit zu geben, darauf hinauslaufen, solche Freiheit dem ganzen Volke zu verleihen. Will man Pressefreiheit nur für Arbeiter und arme Bauern geben? Soll niemand außer ihnen eine Zeitung schreiben und lesen dürfen?

Die Demokratisierung der Sowjets ist eine widersinnige Vorstellung, die unsere Forderung der Demokratie für alle nicht ersetzen kann.

Trotzdem vermag sie noch historische Bedeutung zu gewinnen. Es wäre möglich, daß diese Forderung bei fortschreitendem Versagen des kommunistischen Systems einen Teil der russischen Proletarier früher und leichter ergreift, als die des allgemeinen Wahlrechts. Der Mensch ist einmal von Natur aus konservativ und liebt es, selbst wenn er revolutionär vorgeht, sobald er nicht bloß zerstören, sondern neues schaffen will, an das Bestehende anzuknüpfen, um es umzuwandeln.

So kann die Forderung der Demokratisierung der Sowjets einer der Ansatzpunkte werden, um der kommunistischen Herrschaft ein Ende zu bereiten. Wo eine solche Forderung spontan auftritt, kann es von Nutzen sein, sie zu unterstützen. Doch werden wir gut tun, uns dabei dessen bewußt zu bleiben, daß diese Demokratisierung nicht zu einer Verbesserung des Sowjetsystems führen kann. Ihre Bedeutung besteht darin, daß sie gerade wegen ihrer Widersinnigkeit über sich hinaus zur völligen reinen Demokratie treibt.

Und wir haben alle Ursache, stets zu betonen, daß eine solche Demokratie unser politisches Ziel ist.

Wir dürfen nicht vergessen, daß das Proletariat die großen historischen Aufgaben, die ihm durch seine gesellschaftliche Stellung auferlegt werden, nicht lösen kann ohne Mitwirkung der Intellektuellen: die Wissen-

schaft und die Arbeiter, wie es Lassalle formulierte. Nur das Proletariat kann der sozialistischen Bewegung jene gesellschaftliche Kraft verleihen, ohne die sie nicht zu siegen vermag. Nur höher Gebildete, die mit ihm und seinen Zielen sympathisieren, können jene tiefere Einsicht erwerben und verbreiten, die notwendig ist, soll die proletarische Bewegung nicht im Finstern vorwärtstappen, sondern klar und bestimmt vorwärtsmarschieren und ihre Siege voll ausschöpfen.

Die Intellektuellen sind, wie ich schon oft betonte, keine Klasse, sondern eine Schicht, die bisher überwiegend der Kapitalistenklasse anhing, aber durch kein Klasseninteresse an sie gebunden ist. Je höher das Proletariat steigt, desto anziehender wirkt es auf die Intellektuellen, desto größer die Zahl derjenigen aus ihren Reihen, die sich ihm anschließen. Diesen Prozeß zu fördern ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

In Rußland, wo die Intellektuellen durch die politische Rückständigkeit besonders intensiv oppositionell waren, anderseits das Kapital besonders rückständig und im Vergleich zu ihm das Proletariat in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg besonders hochstehend — dort war die Neigung der Intellektuellen zu der proletarischen Sache größer, als in den Staaten des Westens. Und gleichzeitig bedurfte ihrer das russische Proletariat noch mehr angesichts der furchtbaren Unbildung der arbeitenden Bevölkerung infolge des Mangels an Schulen und Zeitungen.

Nirgends ist ein enges Zusammenarbeiten breiter Schichten von Intellektuellen mit dem Proletariat so leicht möglich, so sehr nötig, nirgends kann es bessere Früchte tragen als in Rußland.

Die Revolution des März 1917 eröffnete dafür die besten Aussichten, sobald einmal der unglückselige Krieg liquidiert war. Die beiden bolschewistischen Staatsstreiche vom November 1917 und Januar 1918 haben

dieses Zusammenarbeiten brutal unterbrochen, das Proletariat mit Haß und Mißtrauen gegen jeden Intellektuellen erfüllt, der nicht auf die kommunistische Fahne schwor. Die Kommunisten stellten alle anderen Intellektuellen Verbrechern gleich.

Damit führten die Bolschewiks aus kurzsichtigem Fraktionsegoismus einen tiefen Zwiespalt zwischen den zwei fortgeschrittensten Elementen Rußlands herbei, deren Zusammenwirken allein aus der russischen Revolution jene Früchte hervorholen kann, die zu tragen sie der allgemeine Zustand Rußlands befähigt.

Eine der wichtigsten Aufgaben seiner wirklichen Revolutionäre besteht darin, dieser unglückseligen Hemmung und Verkümmerung der Revolution ein Ende zu machen. Das ist unmöglich auf Grund des Sowjetsystems, das jeden Intellektuellen entrechtet, der sich nicht zum gefügigen Werkzeug der Diktatur herabwürdigt. Nur die Herstellung völliger demokratischer Gleichheit kann den Gegensatz zwischen Intellektuellen und Proletariern überbrücken, der zum großen Schaden beider Teile durch bolschewistische Gewalttat aufgerissen wurde.

Darüber sollen wir keinen Zweifel lassen. Wir dürfen unter Umständen die Forderung der Demokratisierung der Sowjets als Übergang zur vollen Demokratie benutzen, wir dürfen sie nie als Ersatz für eine solche Demokratie akzeptieren.

## d) Jakobiner oder Bonapartisten.

Wir haben das Sowjetsystem von den verschiedensten Seiten beleuchtet, der ökonomischen, sozialen, politischen. Doch ist es uns nirgends gelungen, einen Fortschritt über das hinaus zu erblicken, was die russische Revolution seit dem März 1917 bis zu dem Staatsstreich der Bolschewiks entweder schon errungen oder angebahnt hatte und was zum Ausgangspunkt eines raschen Aufstiegs Rußlands und seiner arbeitenden Klassen geworden

wäre. Was die Bolschewiks seitdem hinzugefügt haben, war sicher in ihrer Absicht und noch mehr in ihrer Phraseologie etwas überwältigend Herrliches. In Wirklichkeit erwies es sich bloß als Hemmung, Verkümmerung, Lähmung alles dessen, was die Revolution bis zur Machtergreifung des Bolschewismus geleistet hatte.

Das wurde eine Zeitlang von manchen Revolutionären bestritten, sogar in unseren Reihen. Aber die Zahl derer, die noch den steten Niedergang Rußlands auf allen Gebieten unter dem Sowjetregime leugnen, mindert sich von Jahr zu Jahr. Die Tatsachen sprechen zu eindrucksvoll für jeden, der überhaupt ihrer Sprache zugänglich, kein verbohrter Illusionär ist.

Hat man aber unter diesen Umständen nicht das Recht, das Wirken der Bolschewiks als ein gegenrevolutionäres zu bezeichnen?

Die Freunde des Bolschewismus, die keine Tatsachen zu seinen Gunsten zu präsentieren wissen, helfen sich mit einem historischen Vergleich. Sie weisen auf die große französische Revolution hin. So wie damals sei es auch jetzt gegangen. Zunächst gab es nach 1789 neben den konstitutionellen Monarchisten, die Schwächlinge der Revolution, die Girondisten. Diesen letzteren entsprachen 1917 die Sozialrevolutionäre und die Menschewiks. Über diese Schwächlinge erhoben sich die wahren Revolutionäre, die allein genug Kraft und Energie aufwandten, die Revolution zum Siege zu führen, das waren von 1792 bis 1794 die Männer des Schreckens, die Jakobiner, die Bergpartei.

Niemand wird diese als Gegenrevolutionäre bezeichnen wollen. Nun, was damals die Jakobiner waren, das seien in unseren Tagen die Bolschewiks.

Dem ist entgegenzuhalten, daß ein Vergleich keinen Beweis bildet. Bei einem Vergleich zweier ähnlicher Vorgänge miteinander kann der eine wohl helleres Licht auf den anderen werfen. Der Vergleich kann jedoch auch sehr irreführen, wenn er ohne genügende Beachtung

nicht bloß des Gemeinsamen, sondern auch des Verschiedenen vorgenommen wird und man sich bloß an Äußerlichkeiten hält. Die Jakobiner unterschieden sich von den Bolschewiks schon dadurch, daß sie eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Partei waren, keine sozialistische. Eine solche fand am Ende des 18. Jahrhunderts noch keinen Boden.

Aber auch die Umstände, unter denen sie emporkamen, waren 1792 und 1793 ganz andere als diejenigen, die 1917 den Bolschewiks in den Sattel verhalfen. Wohl gab es beide Male Krieg. Doch 1792 entsprang er aus der Revolution, 1917 dagegen entsprang die Revolution aus dem Krieg. Die Schreckensmänner der großen französischen Revolution gewannen ihre Kraft dadurch, daß sie diejenigen waren, die in der Bedrängung durch den äußeren Feind am energischsten und rücksichtslosesten die Kriegführung betrieben.

Die Schreckensmänner von 1917 dagegen, die die Konstituante sprengten, gewannen ihre Kraft dadurch, daß sie am entschiedensten und rücksichtslosesten die Kapitulation vor dem Landesfeind nicht nur forderten, sondern herbeiführten.

Der Terror in der französischen Revolution war eine Wirkung nicht der Revolution, sondern des Krieges. Er hörte auf, sobald die Bedrängung Frankreichs durch den Landesfeind ein Ende nahm. Er dauerte nur zwei Jahre lang.

Man hätte erwarten dürfen, in gleicher Weise werde der Terror in Rußland aufhören, sobald die Ära der Bürgerkriege und des „Kriegskommunismus“ zu Ende sei. Der Frieden werde wirtschaftliche Erholung bringen, ein Nachlassen der Diktatur in Ökonomie und Politik. Das war die Zeit, in der die Idee der Demokratisierung der Sowjets auftauchte.

Aber wir wissen, daß es ganz anders kam. Der Terror ist im bolschewistischen System nicht eine bloße Kriegs-

maßregel. Er wurzelte sich vielmehr in den zehn Jahren des Friedens seit 1920 immer tiefer ein.

Einen Moment schien es nach der Niederschlagung der letzten weißen Armee, als trete ein Umschwung ein.

Der Bürgerkrieg und der ökonomische Ruin hatten solches Elend erzeugt, daß viele der Bolschewiks selbst irre an ihren Führern wurden und sich gegen sie empörten. Daher Ende Februar 1921 ein Generalstreik in Petersburg und Moskau und im Anschluß daran ein Aufstand der Kerntruppen des Bolschewismus, denen er am meisten seine Siege bis dahin verdankt hatte, der Matrosen, die sich in Kronstadt (bei Petrograd) empörten.

Die Fortdauer des Terrors, das heißt der gewalttätigen Willkürherrschaft der Kommunisten über das ganze arbeitende Volk erschien unerträglich.

Am 27. Februar zirkulierte unter den Streikenden eine Proklamation folgenden Inhalts:

„Eine gründliche Änderung der ganzen Politik der Regierung ist notwendig, und in erster Linie müssen die Arbeiter und Bauern die Freiheit haben. Sie wollen nicht der bolschewistischen Führung folgen, sie wollen selbst über ihr Schicksal entscheiden.

Ihr müßt dringend und in organisierter Weise folgendes verlangen: Die Befreiung aller verhafteten Sozialisten und parteilosen Arbeiter, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlungen aller arbeitenden Klassen. Freie Neuwahlen in die Fabrikkomitees, in die Gewerkschaftsverbände und in die Sowjets. Organisiert Versammlungen, verkündet Resolutionen, schickt zu den Behörden Eure Delegationen, bemüht Euch, Euren Willen durchzusetzen.“

Diese Proklamation war offenbar ein Werk jener menschewistischen Richtung, die sich auf die Demokratisierung der Sowjets beschränken wollte. Es steht in der Proklamation kein Wort von der Konstituante; keine allgemeine politische Amnestie wird gefordert, sondern nur die Freilassung der Sozialisten und der parteilosen Arbeiter. Die Freiheit des Wortes usw. wird auch nur für die Arbeiter verlangt. Endlich wurden die Arbeiter bloß aufgefordert zu demonstrieren und zu petitionieren.

Indes auch die Durchsetzung dieser Forderungen wäre ein gewaltiger Fortschritt gewesen. Die Kommunisten fühlten ihr Parteimonopol im Staate bedroht. Die „Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917" (Berlin, Willi Münzenberg, 1928), in der diese und noch eine andere Proklamation (wahrscheinlich eine sozialrevolutionäre) vom 28. Februar 1921 abgedruckt wird, bemerkt dazu:

„Es ist gar nicht erstaunlich, daß die Menschewiks und Sozialrevolutionäre ... derartige Flugblätter verbreiteten. Das geschah auch früher. Neu aber war, daß sie gelesen wurden und sogar Eindruck machten. Die Sowjetregierung verspürte in diesen neuen Erscheinungen eine große politische Gefahr, die das Werk der Arbeiterklasse zu bedrohen schien." (S. 559.)

Das „Werk der Arbeiterklasse", das bedeutet in kommunistischer Phraseologie das Werk der bolschewistischen Partei unter diktatorischer Führung.

Noch ernster wurde die Gefahr, als die Matrosen sich der Sache der Freiheit der Arbeiter und Bauern annahmen. Sie schickten nicht Delegierte zu den Behörden, sondern handelten so, wie Lenin und Trotzki es sie gelehrt hatten: sie griffen zu den Waffen.

Sie waren die Wortführer nicht der städtischen Arbeiter, sondern der Bauern. Das eben zitierte Werk sagt, sie waren „als Matrosen verkleidete Bauernburschen" (S. 560).

Aus den „Nachrichten des revolutionären Komitees", das die Ausständischen in Kronstadt herausgaben, wurden in der „Illustrierten Geschichte der russischen Revolution" eine Reihe von Äußerungen zitiert, die alle bezeugen, wie tiefgehend damals schon, kaum daß die weißgardistische Gefahr beseitigt schien, der Haß gegen die Kommunisten auf dem Dorfe war. Es ist bezeichnend, und für das Verständnis der heutigen Situation Sowjetrußlands wichtig, daß die Bauern besonders über die Einrichtung bevorzugter Großbetriebe auf dem Lande empört waren. Ein Matrose Kopteloff schrieb:

„Von ihren blutbesudelten Bühnenbrettern herab schreien sie, daß der Boden den Bauern und die Fabriken den Arbeitern gehören. Indessen haben die Kommunisten überall kommunistische Wirtschaften (Gutshöfe) eingerichtet, wobei sie die besten Grundstücke für diesen Zweck gewählt und sich den armen Bauern noch schwerer und schlimmer auf den Buckel gesetzt haben, als der Gutsbesitzer es früher getan hatte.“ (S. 561.)

Erwähnenswert ist noch folgender Satz:

„Es entstand eine neue kommunistische Leibeigenschaft. Der Bauer wurde in den Sowjetwirtschaften zum Knecht, der Arbeiter in den Fabriken zum Taglöhner. Die arbeitende Intelligenz ging zugrunde.“

So betrachteten die Bauern schon 1921 den Segen, den ihnen der Bolschewismus gebracht hatte.

Die Intelligenz mochte zugrunde gehen oder ein Helotendasein fristen. Und mit den Arbeitern glaubte Lenin schon fertig zu werden. Aber die Bauern und die Armee respektierte er. Wohl gelang es, den Kronstädter Aufstand blutig niederzuschlagen, aber seine Warnung war nicht in den Wind gesprochen. Als das einzige Mittel, auf die Bolschewiks einzuwirken, hat sich bisher der bewaffnete Aufstand oder die Drohung eines solchen erwiesen — der Aufstand der „als Matrosen“ oder Soldaten „verkleideten Bauernburschen“. Das galt im März 1921 für Lenin, das galt im März 1930 für Stalin.

Als Antwort auf den Aufstand verkündete Lenin die „neue ökonomische Politik“ (Nep). Sie lockerte die Zügel der Diktatur für die Warenproduktion und den Warenhandel in der Stadt wie auf dem Lande:

„Von nun an wurde der „Kommunismus“, der seine Praxis drei Jahre lang ausgeübt hatte, in dessen Namen Hunderttausende von Menschen in Gefängnisse, in Konzentrationslager, in die Keller der Tscheka und von dort in den Tod gegangen waren, nicht mehr als „sozialistische Aufbauarbeit“ bezeichnet, sondern als traurige Notwendigkeit, aufgedrängt durch den Bürgerkrieg, als Kriegskommunismus.“ (Th. Dan, „Sowjetrußland, wie es wirklich ist,“ Prag 1926, S. 33.)

Doch diejenigen irrten sehr, die meinten, daß nun eine neue Ära freier Bewegung der Arbeiter nicht nur im Produktionsprozeß, sondern auch in der Politik beginne.

Selbst auf dem Gebiete der Ökonomie war die neue Freiheit nicht weit her, und nicht lange dauernd, eine bloße „Atempause“. Wohl hätten die Bolschewiks gern dem fremden Kapital Konzessionen gemacht, um ihm Lust zu machen, nach Rußland zu strömen, denn sie bedurften seiner um so mehr, je mehr die eigene Industrie versagte. Doch auf ihr Willkürregiment wollten und konnten sie nicht verzichten, ohne ihre eigene Herrschaft zu untergraben. Ohne Sicherheit des Eigentums aber keine Akkumulation und Investition von Kapital.

Die Nep blieb eine vorübergehende Erscheinung und daher mußte auch die ökonomische Anregung, die sie brachte, nur sehr kurzlebig sein. Je mehr sie aber versagte und versiegte, je mehr die Notlage von neuem stieg, desto rapider folgen einander die wildesten Experimente in Stadt und Land, denen allen nur eines gemeinsam ist: die stete Steigerung des Drucks auf Arbeiter und Bauern, die Lohnkürzung, die Intensivierung der Arbeit, vielfach Verlängerung der Arbeitszeit, und die Plünderung der wohlhabenden Bauern, denen zuerst ihre Geräte, ihr Inventar, dann auch ihr Boden genommen werden, wobei die Grenzlinie, bei der man einen „Wohlstand“ beginnen läßt, immer tiefer herabgedrückt wird.

Dies die Folgen von Kronstadt nach der ökonomischen Seite.

Nach der politischen brachten sie aber nicht einmal vorübergehend eine Besserung, sondern vielmehr sofort eine Verschlechterung.

Mit Schrecken hatten die Bolschewiks gesehen, daß die Ideen der Menschewiks und Sozialrevolutionäre auf Arbeiter und Bauern wieder zu wirken begannen, sobald diese Klassen Gelegenheit bekamen, eine freiere Sprache zu hören. Das mußte um jeden Preis verhindert werden. Die hermetische Abschließung der Arbeiter und Bauern vor jedem freien Luftzug wurde nun noch ängstlicher und konsequenter durchgeführt als bisher. Auch die

geringste Möglichkeit, sich anders zu informieren, als durch die Presse und die Redner der Kommunistischen Partei, wurde ihnen genommen. Die Folgen dieser systematischen Abschließung und Irreführung wirken geistig verkümmernd nicht nur auf diejenigen, die niedergehalten werden, sondern auch auf die Herren selbst. Die Masse der Kommunisten in Rußland liest ja auch nur die kommunistische Presse und stellt sich die Welt so vor, wie sie dort geschildert wird. Wie können sie da eine vernünftige und zweckmäßige Politik betreiben?!

Die Massen dürfen nur erfahren, was den Herren paßt. Aber diesen selbst wird von ihren Untergebenen am liebsten das berichtet, was die hohen Herrschaften zu hören wünschen. Ein Autokrat, der nur durch seine Höflinge Informationen über die Welt bekam, wurde stets belogen. Das hat noch jedem derartig regierten Staat geschadet. Es gefährdet aber am meisten ein Regime, das, welches immer sein gegenwärtiger Charakter sein mag, doch revolutionären Ursprungs ist, das durch keine Tradition zusammengehalten wird und sich in einer Zeit wilder Stürme behaupten muß.

Je mehr seine Schwierigkeiten wachsen, desto mehr weiß es nur eine politische Methode, sich zu behaupten: die des Terrorismus. Was in der französischen Revolution nur eine Wirkung des Krieges in der Zeit der ärgsten Bedrohung durch den Landesfeind war, ist in Sowjetrußland eine Notwendigkeit für seine Herren geworden, die aus ihren Lebensbedingungen hervorgeht, und sich im Frieden nicht mindert, sondern immer noch steigert.

Die Rede, in der Lenin am 11. März 1921 die Neue Wirtschaftspolitik verkündete, schloß mit den Worten: „Die Sozialisten jedoch muß man in den Gefängnissen halten.“ (Th. Dan, „Sowjetrußland, wie es wirklich ist.“ S. 34.)

In den Anfängen ihrer Tätigkeit in der Revolution von 1917 mögen die Bolschewiks den Jakobinern ähnlich ge-

wesen sein, obwohl auch da schon sehr große Unterschiede obwalteten. Aber seit ihren Staatsstreichen entfernen sie sich immer mehr von ihrer ursprünglichen Basis, wie sie ja auch über Nacht ein ganz neues, dem bisherigen direkt entgegengesetztes Programm annahmen. Nie haben die Jakobiner einen solchen Wandel vollzogen. Die blieben der Idee des Parlaments und des allgemeinen, gleichen Wahlrechts treu.

Nicht die Jakobiner waren es, sondern eine ganz andere Partei, die, obwohl sie aus der Revolution und dem Jakobinertum hervorging, doch keine Bedenken trug, ihr ganzes Programm sofort über Bord zu werfen, sobald sich die Gelegenheit zeigte, dadurch an die Macht zu kommen und sich in ihr zu behaupten: diese Partei waren die Bonapartisten.

Will man schon zwischen der letzten russischen und der ersten französischen Revolution Vergleiche ziehen, dann muß man die Bolschewiks am ehesten nicht den Jakobinern, sondern den Bonapartisten gleichsetzen. Diese bildeten nicht wie jene eine kurzlebige Herrschaftsorganisation in einer vorübergehenden, abnormen Situation, sondern begründeten eine länger dauernde Staatsverfassung, die für die Zeit des Friedens ebenso galt, wie für die des Krieges.

In der großen französischen Revolution gab es zwei Arten von Gegenrevolutionären. Die primitivsten unter ihnen waren die vertriebenen Herren, Mitglieder der bourbonischen Dynastie, sowie Adelige und Geistliche, die wieder in ihre früheren Herrschafts- und Ausbeutungsstellen zurückwollten. Gegenrevolutionäre dieser Art finden sich in jeder Revolution.

Neben ihnen ersteht aber unter Umständen — und solche bildeten sich in Frankreich während der Revolutionskriege — ein gegenrevolutionäres Element aus der Revolution selbst. Sobald der Umsturz des alten Regimes vollzogen ist, das die verschiedenen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten niederhielt, geraten

diese in Kämpfe untereinander. Da kann es dahin kommen, daß eine der revolutionären Klassen oder Parteien so sehr die Übermacht über alle anderen gewinnt, daß sie die Früchte der Revolution für sich monopolisiert und die übrigen Revolutionäre insgesamt zu derselben Machtlosigkeit und Unbeweglichkeit verurteilt, zu der sie schon vor der Revolution gezwungen waren. Damit wird die Revolution für den größten Teil der revolutionären Klassen zunichte gemacht.

Bezeichnete man in der großen französischen Umwälzung die primitivste Art der Gegenrevolutionäre als Legitimisten, Anhänger der legitimen Monarchie, so die aus der Revolution selbst hervorgegangenen Gegenrevolutionäre als Bonapartisten, nach ihrem Chef, dem General Napoleon Bonaparte, den sie schließlich zum Kaiser machten.

Der Gegensatz der legitimistischen und der bonapartistischen Gegenrevolution wiederholte sich in Frankreich nach dem Niedergang der Revolution von 1848.

Unter anderem unterscheiden sich diese beiden Arten von Gegenrevolution dadurch, daß die primitive, wie sie z. B. in Österreich und Preußen 1849 eintrat, sich offen als solche kundgibt. Die bonapartistische Form behält dagegen das revolutionäre Gehaben möglichst bei, vielfach sind sich ihre Vertreter selbst ihrer gegenrevolutionären Funktionen nicht klar bewußt. Es dauerte Jahre, ehe der erste Napoleon so weit ging, sich zum Kaiser zu erheben — zum Kaiser von Volkes Gnaden, durch eine Volksabstimmung eingesetzt, die im Mai 1804 stattfand, worauf er sich im Dezember desselben Jahres die Krone aufsetzte. Ohne seine Eitelkeit hätte er die Würde des ersten Konsuls der Republik, die er am 18. Brumaire errungen, bis an sein Lebensende bekleiden können, mit den gleichen gegenrevolutionären Funktionen, die er als Kaiser ausübte, und doch wäre er vor der Welt als Revolutionär und nicht als Gegenrevolutionär dagestanden.

Die bonapartistische Form der Gegenrevolution ist also nicht so leicht herauszufinden, wie die primitive. Sie hat

in ihren Anfängen noch viel mit der echten Revolution gemein, kann als deren Fortsetzung, ja mitunter als deren Vervollkommnung gelten. Doch ist sie stets auf der Unterdrückung eines Teils der Revolutionäre und auf der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Massen aufgebaut und muß daher, je länger sie besteht, um so mehr ihren gegenrevolutionären Charakter enthüllen.

So ging es in Frankreich zur Zeit seiner großen Revolution. So geht es jetzt in Rußland seit 1917. Die Versuche einer primitiven Gegenrevolution traten frühzeitig auf, die Erhebungen der „Weißgardisten" Korniloff, Denikin, Koltschak, Wrangel. Aber ist das die einzige Art der Gegenrevolution, die auftrat? Das Manifest der Exekutive der S. A. I. vom Mai dieses Jahres spricht nur von „weißen Konterrevolutionären", vor denen man die russische Revolution zu schützen hat. Von einer bonapartistischen Gegenrevolution spricht es nicht.

Nun gibt es zahlreiche menschewistische Stimmen, die darauf hinweisen, daß der Bolschewismus zu einem neuen Bonapartismus zu entarten drohe. Aber droht diese Gefahr erst jetzt? Ist sie nicht schon früher eingetreten? Ist der Bolschewismus nicht schon längst zu einem wahrhaften Bonapartismus seit den Staatsstreichen vom November 1917 und Januar 1918 geworden? Und hat er seitdem nicht nach und nach alle Bewegungsfreiheit der Arbeiter und Bauern aufgehoben, nachdem er bei seinem Beginn bereits alle Intellektuellen vogelfrei gemacht hatte, die nicht in seinem Lager standen? Was soll denn Stalin noch leisten, um zum Bonapartismus zu kommen? Glaubt man, der sei erst dann erreicht, wenn Stalin sich zum Zaren krönen lasse? Seit dem Ausbruch der großen französischen Revolution sind fast anderthalb Jahrhunderte verflossen. Sie waren der Erbmonarchie nicht günstig. Fast keine der seitdem neu aufgerichteten Monarchien hatte Bestand, viele der alten sind verschwunden. Nicht einmal Mussolini hält es der Mühe wert, eine neue Dynastie zu begründen. Ist er deswegen nicht der eingefleischteste Vertreter der Gegenrevolution?

Der Faschismus ist aber nichts als das Gegenstück des Bolschewismus, Mussolini nur der Affe Lenins.

Der Ausgangspunkt war hier freilich ein ganz anderer als dort. Der Faschismus zeigt, daß die bolschewistischen Methoden der Diktatur zur Knebelung des Proletariats ebenso benutzt werden können, wie zur Knebelung seiner Gegner. Beim Vergleich beider finden wir aber auch, daß das, was beim Faschismus von vornherein Absicht ist, die Einschnürung aller proletarischen Bewegungsfreiheit, beim Bolschewismus unausbleibliches Resultat wird. Die bolschewistischen Methoden können nicht nur, sie müssen notwendigerweise zur Knebelung des Proletariats führen, wenigstens dort, wo die Industrie und Landwirtschaft verkommen und damit die Lage der arbeitenden Klassen in Stadt und Land unerträglich wird. Und dieser ökonomische Niedergang wieder ist eine unausbleibliche Folge jeder bolschewistisch-faschistischen Einschnürung des Produktionsapparates.

Die bonapartistische oder wenn man lieber will, die faschistische Entartung des Bolschewismus ist also nicht eine Gefahr, die in einer fernen Zukunft droht, sondern ein Zustand, in dem Rußland schon seit etwa einem Jahrzehnt steckt. Die Arbeiter- und Bauernfeindlichkeit, zu der die bolschewistischen Methoden naturgemäß führen, entwickelte sich allerdings erst allmählich, hat jedoch in den letzten Jahren so furchtbare Dimensionen erreicht, daß sie bereits, im Zusammenhang mit dem drohenden völligen Zusammenbruch der Landwirtschaft das bolschewistische System mit jener Katastrophe bedroht, von der wir schon eingangs gesprochen haben und die es notwendig macht, sich mit den russischen Zuständen mehr als je zu beschäftigen.

Die Kompliziertheit und Vieldeutigkeit, die der Begriff der Revolution in Rußland seit einem Dutzend Jahren erlangt hat, wird noch gesteigert dadurch, daß es dort zwei Arten der Gegenrevolution gibt, die primitive oder „weißgardistische", und die bonapartistische oder faschistisch-bolschewistische.

Wer auf dem Standpunkt des demokratischen Sozialismus steht, muß natürlich beide bekämpfen. Aber man sollte annehmen, daß man dabei in jedem Moment die vollste Kraft gegen jene Art der Gegenrevolution wendet, die gerade an der Macht ist, und nicht gegen jene, deren Kommen nur befürchtet wird, noch gar nicht feststeht. Es fiel den Republikanern Frankreichs unter Napoleon nicht ein, deshalb auf den Kampf gegen das Kaiserreich zu verzichten, weil dieses auch von den Legitimisten befehdet wurde.

Dabei macht man meist die Beobachtung, daß die aus der Revolution hervorgehende Gegenrevolution weit kraftvoller ist, von energischeren Schichten getragen wird, als die primitive Gegenrevolution, deren Träger schon vor dem Umsturz, der sie vertrieb, alle Lebenskraft eingebüßt hatten. Wie viel stärker war das Kaiserreich des ersten Napoleon als das Königtum Ludwig XVI. oder selbst als das höchst reaktionäre Königtum Ludwigs XVIII. und Karls X.! Um Napoleon zu stürzen, mußte sich ganz Europa gegen ihn verbinden. Die Bourbonen wurden vom Pariser Proletariat in einer Straßenschlacht von drei Tagen verjagt.

Allerdings, Stalin sitzt weit weniger sicher als ehedem Napoleon. Dieser hatte alle die Energien, über die er verfügte, dazu benutzt, die Feinde Frankreichs zu besiegen und zu plündern. Stalin benützt alle Mittel der Gewalt, die ihm zu Gebote stehen, nur noch dazu, um die Arbeiter und Bauern Rußlands zu bekriegen und zu plündern. Das vermindert sehr die Gefahr dieser Art Bonapartismus für das übrige Europa. Aber für Rußland wird sie zur schlimmsten, weil kräftigsten Erscheinungsform der Gegenrevolution.

## 4. Die möglichen Formen des russischen Umsturzes.

### a) Der Bauernaufstand.

Nachdem wir die jetzige Lage Sowjetrußlands und die Faktoren, aus denen sie hervorging, betrachtet haben, liegt uns noch ob, die Konsequenzen und Aufgaben zu untersuchen, die sich für Rußland und seine Sozialdemokratie, sowie für die Sozialistische Internationale daraus ergeben.

Natürlich werden für die Umgestaltung des Staates die in Rußland selbst wirkenden Kräfte entscheidend sein. Die russische Emigration wird vorläufig wenig dazu tun können. Und noch weniger die Internationale. Und nur solche Bewegungen können auf einen gewaltigen Koloß wie das russische Reich richtungsändernd wirken, die mit Elementargewalt aus der Volksmasse spontan hervorbrechen.

Entscheidend für unsere Haltung müssen die Erwartungen werden, die wir in bezug auf die aus den Völkern Sowjetrußlands selbst hervorgehenden Bewegungen hegen.

Leider können diese Bewegungen nicht sehr bestimmter Natur sein. Die Grundlagen aller kommenden politischen und sozialen Änderungen, die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung, lassen sich allerdings mit ziemlicher Genauigkeit voraussagen. Die darauf begründeten „marxistischen Prophezeiungen“ haben sich in der Regel als richtig erwiesen. Dagegen ist es ungemein schwer, wenn nicht ganz unmöglich, für kommende Er-

eignisse, die sich aus der allgemeinen ökonomischen Entwicklung ergeben, eine bestimmte Form und ein bestimmtes Datum ihres Eintretens vorauszusagen.

Das gilt in besonders hohem Grade für das heutige Rußland, dessen augenblickliche Lage ganz einzig ist, mit der keines anderen Landes in der Gegenwart oder der Vergangenheit vergleichbar. Und dabei ist kein Staat seit der Erschließung Japans und Chinas in der Mitte des vorigen Jahrhunderts so sehr von der Welt abgeschlossen und sind in keinem alle Informationsquellen von der Regierung so sehr monopolisiert, wie in Rußland. Überall ist es heute leichter, die inneren Verhältnisse kennen zu lernen wie dort.

Rußlands ökonomische Lage läßt sich freilich trotzdem einigermaßen feststellen. Es ist unmöglich, sie ganz zu verheimlichen. Aber die seelische Beschaffenheit der Massen, auf die die Ökonomie wirkt, ist schwer zu erkennen und schon das macht es unmöglich, mit Bestimmtheit vorauszusehen, wie sie auf den Niedergang der Landwirtschaft reagieren dürften.

Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß dieser Niedergang das bewirkt, was das Manifest der S. A. I. erwünscht: eine so hochgradige Einschüchterung der Bolschewiks, daß sie, wie das Manifest es sagt, „ob Kommunisten oder Parteilose“, sich „mit den Sozialisten verbinden“, den „Völkern der Sowjetunion die Freiheit wiedergeben“ und sie auf diese Weise „friedlich“ der „vollen Demokratie“ entgegenführen.

Kein Zweifel, diese Lösung wäre die erfreulichste unter den möglichen, diejenige, die Rußland am meisten das Elend und die Gefahren eines Bürgerkrieges ersparte.

Aber wenn wir nicht bloß Wünsche sprechen lassen, sondern auch die bisherigen Erfahrungen und die Natur der Dinge, dann müssen wir zugeben, daß diese Art der Lösung die unwahrscheinlichste von allen ist.

Eine Autokratie friedlich in die Demokratie überzuführen, ist bisher noch nirgends gelungen. In Deutschland und Österreich und selbst in Rußland waren vor dem Kriege weit mehr Anlässe dazu gegeben, als in der heutigen Sowjetrepublik, und trotzdem erklärte dort die Mehrheit der Sozialdemokraten diejenigen unter uns für Illusionäre, die an ein friedliches Hineinwachsen in die demokratische Republik glaubten. Wir haben heute keinen Grund zu größerer Gläubigkeit.

Es bedurfte eines gewaltigen Aufstandes im Frühjahr 1921, um Lenin zu Konzessionen zu veranlassen, und nicht minder waren es die Anfänge eines solchen Aufstandes, die vor wenigen Monaten Stalin bewogen, mit seinem Vorgehen einzuhalten. Und selbst in diesen Fällen wurden nur ökonomische Konzessionen gewährt, dagegen die Aufhebung der Demokratie nicht rückgängig gemacht, vielmehr ihre Konsequenzen verschärft.

Das trat am schärfsten zu Tage in der Rede Stalins auf dem 16. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands und in der erbärmlichen Behandlung, die man dort Rykov und Tomski zu Teil werden ließ.

Also eine Erwartung, die ernsthaft zu erwägen wäre, bildet die auf die friedliche Bekehrung der Kommunisten zur Demokratie nicht.

Eher müssen wir auf etwas anderes gefaßt sein: das Ausbleiben jeglicher Reaktion gegenüber einer Hungersnot, die Rußland nächstens bedroht, wenn nicht außergewöhnliche Wettergunst die Kolchosen und Sowchosen begünstigt. Wohl treibt der Hunger zur Verzweiflung, aber er schwächt auch und entnervt, lähmt alle Energien, drückt den Menschen zu stumpfer Resignation herab.

Vor kurzem verhungerten in einzelnen Gegenden Chinas Millionen von Menschen, ohne daß es zu irgend einer Empörung kam. Ohne sich zu rühren, duldeten sie schweigend, bis der Tod ihre Qualen beendete. Im zaristischen Rußland selbst gab es eine furchtbare

Hungersnot 1891/1892 und dann wieder 1898/1899. Und doch blieb das eine wie das andere Mal alles still.

Sollte es nicht auch diesmal so gehen? Ausgeschlossen ist es nicht. Das wäre unter den verschiedenen möglichen Konsequenzen des Bankerotts des Kolchosenexperimentes wohl die jammervollste, nicht bloß für das russische Volk, sondern auch für seine kommunistischen Herren, obwohl es derjenige Gang der Dinge ist, den sie am meisten wünschen, weil er ihre Herrschaftsstellung unangetastet läßt.

Aber eine Hungersnot dieser Art wäre nicht das Resultat ungünstiger Naturverhältnisse eines Sommers, etwa außergewöhnlicher Dürre. Derartige abnorme Bedingungen wiederholen sich nicht so leicht. Einer Mißernte folgt meist eine gute Ernte. Das Elend der Hungersnot überdauerte in solchen Fällen nicht ein Jahr.

Ganz anders müßte Mangel an Lebensmitteln wirken als Ergebnis sozialer und politischer Bedingungen, die sich nicht ändern, und die durch eine Hungersnot noch enorm verschlechtert werden müssen.

Und dabei produzierte die Landwirtschaft Rußlands während der letzten Jahre auch in den Gebieten, in denen die bäuerliche Wirtschaft unangetastet blieb, keine Überschüsse mehr, groß genug, das Defizit der Hungergebiete auszugleichen. Alle Versuche, den Bauern der besser situierten Landstriche vermehrte Lieferung von Produkten für die Defizitgebiete aufzuzwingen, müssen das Übel noch vermehren, den Niedergang der Landwirtschaft weiter verbreiten. Jene Gegenden, die noch Überschüsse der Landwirtschaft produzieren, reichen seit langem nicht einmal aus, die Städte zu ernähren, geschweige denn alle die vielen Strecken mit versagenden Kolchosen und ruinierten bäuerlichen Wirtschaften, die jetzt dazu noch in Betracht kommen werden.

Bleiben die Ursachen des jetzigen Notstandes unverändert, dann muß eine aus ihnen hervorgehende

Hungersnot die Produktivkräfte der Landwirtschaft immer weiter herabdrücken, so daß ihr Niedergang, der schon seit Jahren begonnen hat, von da an ein noch schnelleres Tempo einschlägt.

Das müßte natürlich zu rascher Einschränkung aller Kulturausgaben führen, namentlich für die jetzt schon jammervollen Schulen; zu fortschreitender Verschlechterung der heute schon unzureichenden Ernährung der Arbeiter, zu millionenweisem Verhungern der Massen in Stadt und Land.

Schließlich wird dieses Elend auch vor der Kommunistischen Partei und der roten Armee nicht Halt machen, für die bisher selbst das hungernde Rußland immer noch Mittel des Wohllebens bereit hatte.

Bekehren sich nicht die Kommunisten freiwillig zur Demokratie, was schwer zu erwarten ist; wird diese Demokratie nicht durch proletarische oder bäuerliche Bewegungen erzwungen, dann droht der Kommunistischen Partei das Schicksal, zu verfaulen — in einem verfaulenden Rußland.

Zum Glück ist diese Eventualität, wenn auch nicht ausgeschlossen, so doch keineswegs sicher, ja nicht einmal wahrscheinlich.

Versucht auch die Diktatur seit einem Dutzend Jahren alle Ansatzpunkte einer möglichen Opposition gründlich zu zerstören, so hat sie sich doch selbst dabei so sehr desorganisiert und kompromittiert, so viele Widersprüche geschaffen, solche Unstetigkeit hervorgerufen, daß vielleicht gar kein so heftiger Anstoß notwendig ist, sie den Boden unter den Füßen verlieren zu lassen.

Schon schwächere Bewegungen oppositioneller Elemente vermöchten das herbeizuführen.

Eine solche erfolgreiche oppositionelle Bewegung könnte am ehesten von der Bauernschaft ausgehen. Wohl ist die städtische Bevölkerung in der Regel mobiler. Aber in den Städten ist auch der ganze staatliche Unter-

drückungsapparat konzentriert, Armee und Polizei. Dagegen sind die Dörfer weiter vom Schuß.

Daher blieben in den letzten Jahren die Städte still, trotz wachsender Notlage, während von Unruhen auf den Dörfern oft berichtet wird. Noch öfter allerdings von Terrorakten gegen einzelne Kommunisten, von Ermordung kommunistischer Agenten auf dem flachen Lande.

Der Geist des Widerstandes scheint also unter den gegebenen Verhältnissen Rußlands auf dem flachen Lande stärker entwickelt oder eher in der Lage zu sein, sich Luft zu machen, als in den Städten.

Allerdings führten diese bäuerlichen Unruhen und Widerstandsakte bisher zu nichts, als zur Vermehrung des Regierungsterrors auch auf dem Lande, wo er sich in den Anfängen der Sowjetherrschaft weniger bemerkbar gemacht hatte. Die bäuerlichen Erhebungen konnten keinen Erfolg erzielen, solange sie lokaler Natur waren, jeweilig auf einzelne Dörfer beschränkt blieben, die sich gegen einen besonderen Mißstand, etwa einen besonders bösartigen Beamten wendeten. Solche Unruhen werden natürlich von den bewaffneten Kräften der Zentralregierung leicht unterdrückt, sobald diese einmal zur Stelle sind.

Aber anders gestalten sich die Dinge, wenn alle Dörfer mehrerer Provinzen sich gleichzeitig erheben. Dann reichen die bewaffneten Kräfte der Zentralregierung nicht aus, sie niederzuwerfen.

Besonders gefährlich für die Regierung gestaltet sich die Situation dann, wenn die Armee selbst oder doch einzelne ihrer Teile versagen, entweder sich weigern auf die Aufrührer zu schießen oder gar zu ihnen übergehen.

Derartiges liegt dort nahe, wo sich zu den lokalen, verschiedenartigen Beschwerden einzelner Dörfer ein Anlaß hinzugesellt, der sie alle gleichzeitig zu größter Verzweiflung treibt. Ein solcher Anlaß bleibt nicht ohne

Einwirkung auf die „als Soldaten verkleideten Bauernburschen". Eine lokale Beschwerde eines Dorfes kann sie nicht so sehr erregen, daß sie die Fesseln militärischer Disziplin sprengen. Wenn aber alle die Bauernburschen eines Regiments aus ihren Dörfern denselben Verzweiflungsschrei erfahren und sie dann aufgefordert werden, auf Vater und Mutter zu schießen, kann gemeinsame Entrüstung über die Bauernschinder ihnen wohl die Courage verleihen, sich gemeinsam diesen zu widersetzen.

Gewinnen aber erst einmal die Bauern, mit roten Soldaten vereint, irgendwo einen Sieg über die Streitkräfte der Regierung, dann gibt es bei der allgemeinen Spannung kein Halten mehr, die Lawine setzt sich in Bewegung und erdrückt alles, was sich ihr in den Weg stellt.

Welche Dimensionen und welche siegreiche Kraft ein Aufstand der ländlichen Bevölkerung unter solchen Umständen in Rußland gewinnen kann, zeigte schon die Erhebung Stenka Rasins, eines rebellischen Kosaken, der 1668 eine Räuberbande von mehreren tausend Mann um sich sammelte, mit der er förmlich Krieg führte und dessen militärische Erfolge bald auch Massen von Bauern und Proletariern in sein Lager führten. Sogar einzelne Regimenter des Zaren schlossen sich ihm an. Er war in der Lage, große Städte zu erobern, wie Astrachan, Samara, Saratoff.

„Aus einem bloßen Kosakenaufstand drohte eine allgemeine Revolution zu werden, die bereits weite Gebiete der unteren und mittleren Wolga erfaßt hatte." (S. F. Platonoff „Geschichte Rußlands," S. 211.)

Die Bewegung scheiterte daran, daß sie kein Programm hatte, sich nicht gegen die Macht des Zaren, sondern nur gegen Kaufleute und Grundbesitzer richtete, die sie plünderte. Auf dieser Grundlage ließ sich eine Neuordnung im Staate nicht aufbauen. Dazu waren die Vorbedingungen nicht gegeben. So brach die Bewegung

1671 zusammen, nachdem Rasin von einer Armee des Zaren geschlagen worden war.

Immerhin zeigte seine Erhebung, wie rasch eine rebellische Bewegung in Rußland große Bauernmassen ergreifen kann, wenn es ihren Urhebern gelingt, Erfolge gegen die Truppen der Staatsgewalt zu erzielen. In dieser Beziehung sind die Verhältnisse seit dem 17. Jahrhundert für einen Bauernaufstand nur noch günstiger geworden. Die ständige Unruhe in ganz Rußland seit 1917 muß die Bauern in ganz anderer Weise geistig beweglich gemacht haben, als es das Kriegsglück eines einzelnen Räuberhauptmannes unter den konservativen Bauern im 17. Jahrhundert zu bewirken vermochte.

In der Tat erregte das Kolchosenexperiment so hartnäckige Bauernunruhen, namentlich im Kaukasusgebiet, und eine so tiefgehende Gärung in der roten Armee, daß Stalin, wie wir gesehen, sich veranlaßt fand, in der Kolchosensache zu bremsen. Aber selbst wenn es ihm gelingen sollte, die so wuchtig begonnene Bewegung der Expropriierung der Bauern zum Stillstand zu bringen, was schwer möglich ist, so wird es ihm auf keinen Fall gelingen, das wirtschaftliche Unheil zu bannen, das diese Bewegung bereits heraufbeschworen hat. Es wird seinen unerbittlichen Gang nehmen. Das läßt aber erwarten, daß, sobald seine Konsequenzen zutage treten, die Bewegungen in der Bauernschaft und der roten Armee, die Stalin zum Rückzug veranlaßten, mit erneuter Kraft und in viel weiterer Ausdehnung ausbrechen.

Es ersteht die Möglichkeit eines siegreichen Bauernaufstandes gegen das bolschewistische Regime, nicht als Ergebnis einer Verschwörung, die entdeckt und unschädlich gemacht werden kann, sondern als das notwendige Ergebnis des Unheils, das aus dem Sowjetsystem selbst hervorgeht und das dieses durch keine Polizei und keinen Terror unwirksam machen kann.

### b) Bauern und Arbeiter.

Es wäre sehr wohl möglich, daß ein Bauernaufstand das Sowjetregime über den Haufen wirft. Was wird er aber an dessen Stelle setzen? Bauern allein waren niemals imstande, einen großen Staat aufzurichten. Sie vermögen das auch heute noch ebensowenig, wie zu Zeiten Stenka Rasins. Die Bauern können ein Joch abwerfen, die Elemente zu einer staatlichen Neubildung sind fast stets von den Städten ausgegangen. Daran hat sich ebenfalls nichts geändert. Rebellische Bauern vermochten große, dauernde Erfolge zu erzielen in Verbindung mit den Städten, nie ohne sie oder gar gegen sie.

In den Städten Rußlands ist heute die entscheidende Klasse die industrielle Lohnarbeiterschaft. Sollte es zu einem Bauernaufstand kommen, wird es von ihrer Haltung abhängen, ob er Rußland befreit und ihm den Weg zur Weiterentwicklung wieder eröffnet, den heute das Sowjetsystem versperrt, oder ob der Aufstand mit dem Ruin des ganzen Reiches endet.

Die erstere, glückliche Eventualität wird eintreten, wenn die Arbeiter sich mit den Bauern verbinden. Doch können auch Lohnarbeiter und Bauern für sich allein noch kein Staatswesen begründen ohne Intellektuelle.

Bauern, Arbeiter, Intellektuelle haben aber nur dann ein gemeinsames Interesse, wenn sie sich auf den Boden der Demokratie stellen. Das ist bei den Verhältnissen Sowjetrußlands selbstverständlich für die Intellektuellen wie für die Bauern, leider aber nicht für die Lohnarbeiter, die zu einer privilegierten Klasse erhoben sind.

Alles wird davon abhängen, ob die Proletarier den trügerischen Schein ihrer Privilegien durchschauen und ob sie erkennen, daß das Proletariat nicht für beherrschte Schichten eine Zuchtrute binden kann, ohne daß diese auch ihm selbst gegenüber zur Anwendung kommt, und daß es dauernde Freiheit für sich nur begründet, wenn es Freiheit für alle schafft. Das Proletariat in

Sowjetrußland kann nur gewinnen, wenn es auf seine Privilegien verzichtet, die wohl bewirken, daß es etwas weniger elend dran ist, als andere Volksteile im Lande, die aber verhindern, daß das Elend überhaupt aufhört, das durch das Sowjetsystem vielmehr stetig vermehrt wird. Gelangen die Proletarier zu dieser Einsicht, vereinigen sie sich mit Intellektuellen und Bauern zum Kampf um die Demokratie, das heißt vor allem um das allgemeine, gleiche Wahlrecht und um die parlamentarische Republik, mit vollster Bewegungsfreiheit aller ihrer Bewohner, dann dürfen wir erwarten, daß Rußland glücklicheren Zeiten entgegengeht und den Alp abschüttelt, der es bedrückt und zu ersticken droht.

Doch wehe dem Lande, wenn die Arbeiter glauben sollten, ihre privilegierte Stellung gegen Bauern und Intellektuelle behaupten und daher das Sowjetsystem gegen diese verteidigen zu müssen. Nicht minder unheilvoll wäre eine noch niedrigere, aber sehr naheliegende Erwägung. Der allgemeine Mangel an Lebensmitteln hat bisher schon häufig Arbeitertrupps veranlaßt, auf die Dörfer zu ziehen, um den Bauern ihre Vorräte wegzunehmen. Würde solches Vorgehen allgemein, dann müßte es allein schon genügen, einen Bauernaufstand zu entzünden. Praktizierte man es während eines solchen, so würde es dessen Intensität steigern. Auf jeden Fall müßte dann der Bauernaufstand zu einem Kampf gegen das Proletariat werden.

Dieselben greuelvollen Konsequenzen, die sich aus eventueller stumpfsinniger Apathie während eines Hungerjahres allmählich in Rußland bilden müßten, würden aus einem Kampf zwischen Proletariat und Bauernschaft rapid hervorgehen. Es ist fraglich, wer dabei militärisch siegen würde, ob Proletarier oder Bauern, sowie es sehr fraglich ist, was bei einem solchen Siege herauskäme, ob die Kommunisten durch den Sieg der Arbeiter ihre Macht neu befestigen oder die Bauern durch ihren Sieg allen möglichen reaktionären Quack-

salbern das Tor öffnen würden. Doch alle diese Fragen werden bedeutungslos gegenüber der Größe des Unheils, das daraus erstehen muß, daß bei solchem Kampf die Industrie wie die Landwirtschaft vollständig niedergetrampelt werden und Rußland dann einen Anblick gewähren wird, als wären eben die Scharen Tamerlans über das Land gebraust.

Kein Zweifel, jeder Freund Rußlands, jeder Freund der Menschheit, muß wünschen, daß uns dieses Gräßliche erspart bleibt. Das wird aber um so eher geschehen, je mehr die Arbeiter sich mit Bauern und Intellektuellen zum Kampf um die Demokratie gegen das Sowjetsystem vereinigen. Die Gefahr des Bürgerkrieges entspringt aus diesem System. Sie wird um so größer, je länger es dauert. Durch die Erhaltung des Systems mag man die Gefahr etwas hinausschieben, nie aber bannen. Sie muß sich um so gräßlicher entladen, je länger das Sowjetregime Gelegenheit hat, Unheil zu stiften. Man mag den Aufstand verwünschen. Aber ist er einmal da, dann heißt es, zu ihm Stellung zu nehmen.

Unter den Faktoren, die auf die Gestaltung der kommenden Bewegungen Rußlands einwirken werden, wird natürlich die Haltung der Kommunistischen Partei einer der wichtigsten sein. Es ist sehr wohl möglich, daß sie sich in dieser Situation spaltet, ehe sie vollständig zugrunde geht. Wenn bisher ein autokratisches System von einer Revolution bedroht war, pflegte sich seiner Anhänger in der Regel eine große Nervosität zu bemächtigen. Sie sahen ein, daß es nicht mehr weiter so gehe, wie es bisher gegangen war, wollten aber doch auch nichts Wesentliches von den bisherigen Grundlagen ihrer Existenz opfern. Die verschiedensten, widerspruchsvollsten Pläne wurden entworfen, um den dreckig gewordenen Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Diese Pläne kann man in zwei Gruppen teilen: die einen suchen die Elemente der Opposition durch Konzessionen zu beruhigen und milder zu stimmen, die anderen suchen sie durch vermehrte Gewaltmaßregeln einzuschüchtern.

So wird es auch bei den Kommunisten gehen, ja, so geht es bei ihnen schon seit geraumer Zeit.

Konzessionen untergehender Autokratien waren bisher stets nur fahrige Versuche, die ohne Entschiedenheit unternommen und bald wieder aufgegeben wurden. Ebenso ging es bisher im bolschewistischen Rußland selbst, wie schon das Schicksal der Nep zeigt. Sehr gut kann man das Schicksal solcher Konzessionen studieren an den Reformbestrebungen der Regierungen Ludwigs XVI., die der großen Revolution vorausgingen, ohne sie hindern zu können.

Beide Richtungen, sowohl die der Konzessionen wie die der verstärkten Repressionen haben Recht mit der Kritik, die sie aneinander üben. Die Repressionen vermehren nur die Verzweiflung und die Wut der Gegner des bedrohten Regimes, ohne die bestehenden Zustände zu bessern. Konzessionen aber werden nur so zaghaft gewährt, daß sie auch nichts bessern. Sie bewirken nur eine Ermutigung der Gegner der Regierung und geben ihnen vermehrte Möglichkeiten der Agitation. Die Regierung kann sich in einer solchen Situation eben drehen und wenden, wie sie will, alles was sie tut, ist falsch, mag es nach links gerichtet sein oder nach rechts. Alles muß ihr mißglücken, sobald einmal das System, auf dem sie beruht und das sie um keinen Preis aufgeben will, offenkundig zur Ursache des Niederganges oder gar des Unterganges des Gemeinwesens geworden ist.

Da nichts gründlich hilft, so zeichnen sich die Regierungen solcher Perioden durch wachsende Unstetigkeit aus. Man macht einige dürftige Konzessionen, sieht aber bald, selbst wenn sie vorübergehend die Regierung populär machen sollten, daß sie von der Opposition um so mehr für sich ausgenutzt werden, je weniger sie für sich allein das Elend zu bannen vermögen. Da gewinnt wieder in der Regierung die entgegengesetzte Strömung die Oberhand, man nimmt die Konzessionen zurück, sucht sie durch neue Gewaltmaßregeln wett zu machen. Dieser

Zickzackkurs erbittert noch weit mehr, als bloßes Verbleiben beim Alten und beschleunigt den schließlichen Zusammenbruch.

Sollte wirklich in den kommunistischen Reihen die Parole der Demokratisierung der Sowjets auftauchen und Befürworter finden, so wäre es sicher verkehrt, diese nicht beim Worte zu nehmen und zu unterstützen. Als ein Anzeichen des Wankens der Diktatur und ein Mittel, sie noch weiter zu erschüttern, könnte die Parole Bedeutung gewinnen. Aber sie wäre nie das Ergebnis einer klaren, gradlinigen bewußten Politik der Sowjetregierung, sondern nur eines der vielen widerspruchsvollen Ergebnisse ihres Zickzackkurses und der wachsenden Spaltungen, die den Untergang der Kommunistischen Partei ankündigen.

Es ist unmöglich vorauszusehen, welche Formen der kommende Umsturz in Rußland annehmen wird. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist aber zu erwarten, daß er nicht nur eine, sondern mehrere, ja vielleicht alle der hier betrachteten Formen annehmen wird und am Ende noch manche, von denen wir uns nichts träumen lassen. Die Geschichte bringt immer einige Überraschungen. Es scheint ausgeschlossen zu sein, daß ein so riesiges Land wie Rußland in allen seinen Teilen genau die gleichen Erscheinungen zeitigen wird. Es mag Gebiete geben, deren Bevölkerung durch den Hunger und die ewigen Mißhandlungen ganz apathisch und völlig handlungsunfähig geworden ist. In anderen wieder mögen die Bauern noch Kraft genug besitzen, um sich gegen ihre Expropriateure energisch zur Wehr zu setzen. Aber dann kann es wieder einzelne Städte geben, deren Lohnarbeiter sich gegen die Bauern wenden, um sie niederzuwerfen und zu plündern. Und wieder andere Städte, deren Arbeiter sich mit den Bauern und dem demokratischen Teil der Intellektuellen verbinden, um eine neue demokratische Republik zu begründen.

Dabei mag auch die Einheit der Kommunistischen Partei aus dem Leim gehen, sie mag hier die Sowjets

demokratisieren, etwas Presse- und Redefreiheit gestatten, und dort den Terrorismus und die Allmacht der politischen Polizei zu den blutigsten Ausschweifungen steigern.

Ein Reich von fast 150 Millionen Einwohnern, die noch nie in der Geschichte auch nur ein einziges Jahr lang Gelegenheit hatten, sich frei in großen, den Staat umfassenden Vereinigungen zu organisieren, noch nie längere Zeit hindurch Gelegenheit hatten, durch eine freie Presse informiert zu werden, noch nie Gelegenheit, große Parteien in einer Reichsvertretung ihre Programme darlegen und anwenden zu sehen: ein Reich dieser Art muß, wenn seine Massen einmal in Bewegung kommen, notwendigerweise zunächst der Schauplatz eines anscheinend unentwirrbaren Chaos werden. Das ist sicher zu bedauern, aber unvermeidlich. Die Hauptsache wird sein, dem Chaos raschest ein Ende zu machen. Das kann nicht erzielt werden durch Versuche, an Stelle der stürzenden eine neue Diktatur aufzurichten. Das heißt den Bürgerkrieg verewigen.

Nur eine Aussicht bietet sich, das Chaos rasch zu beendigen und den nach Sicherheit ebenso wie nach Freiheit lechzenden russischen Massen bald Ruhe und Sicherheit zu bringen: die Vereinigung der Arbeiter der Städte mit den demokratisch und sozialistisch gesinnten Intellektuellen sowie mit den Bauern zur Herbeiführung der Neuwahl einer Nationalversammlung, die eine Verfassung für die demokratische parlamentarische Republik auszuarbeiten hätte.

## 5. Was tun?

### a) Die Weißgardisten in der Emigration.

Was tun? Das war die Frage, die der große russische Sozialist Nikolaj Gawrilowitsch Tschernyschewskij 1863 in seinem gleichnamigen Roman der nach neuen Formen des Staates und des Lebens ringenden revolutionären Jugend Rußlands stellte. Diese rekrutierte sich fast ausschließlich aus den Kreisen der Intellektuellen, die ihrerseits wieder vielfach aus dem Adel stammten. Zwei Menschenalter sind seitdem verflossen. Das industrielle Proletariat, das damals als selbstbewußte Klasse in Rußland noch gar nicht bestand, ist seitdem zu solcher Bedeutung gelangt, daß es zwar noch nicht selbst den Staat beherrschen, aber doch eine Organisation an die politische Macht bringen konnte, die sie im Namen des Proletariats, jedoch autokratisch, ausübt, ihm selbst eine privilegierte Stellung einräumt, dabei aber ihm wie jeder anderen Klasse und Schicht jegliche Bewegungsfreiheit raubt. Diese eigenartige Gestaltung des Staatswesens war jedoch nur einem Zusammentreffen ganz abnormer Zustände zuzuschreiben, die aus den Ungeheuerlichkeiten des Weltkriegs hervorgingen. Eine solche Abnormität konnte nicht lange dauern, sie geht jetzt ihrem Ende entgegen. Da erhebt sich wieder, wie 1863, die Frage für die Sozialisten Rußlands: Was tun, um das russische Volk aus dem Elend der Autokratie zu höheren Formen zu erheben?

Allerdings bedeutet diese Frage heute nicht mehr dasselbe wie damals, einmal deswegen, weil die Autokratie, die zu bekämpfen, heute eine ganz andere ist; aber auch

deshalb, weil die Klassen, die kämpfend in die politische und soziale Entwicklung eingreifen, sich gar sehr von denen von 1863 unterscheiden. Vor allem aber deswegen, weil die Frage heute nicht mehr eine theoretische ist, sondern eine praktische. Theoretisch ist unsere Auffassung gegenüber dem Bolschewismus längst festgelegt. Heute handelt es sich um die praktische Frage: was sollen wir tun, wenn er ins Wanken gerät, ein Aufstand ihn bedroht?

Daß das heute keine müßige Frage ist, beweist eindringlich der hier schon öfter erwähnte Aufruf der Exekutive der SAI. an die Arbeiter Rußlands, der aus der Erkenntnis dieses drohenden Umsturzes herausgeboren wurde. Diese Frage zu diskutieren ist umso dringender notwendig geworden, als leider die Sozialisten Rußlands selbst nicht einig sind über die Antwort, die sie zu geben haben.

Es handelt sich dabei vornehmlich um die Sozialisten der Emigration. Es gibt wohl auch noch nichtbolschewistische Sozialisten in Rußland, ausgezeichnete Genossen, doch leben viele von ihnen im Gefängnis oder in der Verbannung. Es ist ganz unmöglich, abzuschätzen, wie viele sich noch auf freiem Fuße befinden, denn nur strengste Geheimhaltung ihrer Anschauungen sichert sie vor der politischen Polizei. Eine freie Diskussion mit ihnen ist ganz unmöglich.

Dagegen besteht kein Grund, eine solche Diskussion nicht innerhalb der Emigration zu pflegen, der fast alle Russen angehören, die als ausgesprochene Sozialisten bekannt wurden und als solche noch unter den Lebenden weilen.

Neben der Emigration der Demokraten und Sozialisten Rußlands — zwei Begriffe, die sich fast decken — gibt es noch eine Emigration gleicher Elemente aus Italien.

Die beiden Emigrationen haben viel Gemeinsames, in einem aber unterscheiden sie sich. Die italienische

Emigration besteht ausschließlich aus Sozialisten und bürgerlichen Demokraten. Bei den Russen dagegen gibt es neben der Emigration dieser Art noch eine andere, von ihr grundverschiedene: eine Emigration von Reaktionären, von Mitgliedern der russischen Dynastie, Großgrundbesitzern, Kapitalisten, Bürokraten, Offizieren des alten Regimes. Ein Teil von ihnen hat sich gewiß in sein Schicksal ergeben, vielleicht sogar sich eine bequeme Existenz eingerichtet und denkt gar nicht daran, sich neuen Gefahren und einer ungewissen Zukunft durch Teilnahme an einer revolutionären Erhebung auszusetzen.

Ein anderer Teil aber hat es entweder nicht so gut getroffen oder sich noch genug Energie bewahrt, um in neue Kämpfe einzugreifen oder ein neues Risiko auf sich zu nehmen. Dieser Teil rechnet noch damit, daß es ihm einmal möglich sein wird, nach Rußland zurückzukehren. Aber auch dieser Teil bildet keine einheitliche Masse. Nicht wenige in seinen Reihen bewegt bloß Heimweh nach dem Vaterland. Sie verstehen die eingetretenen Wandlungen genügend, um eine Wiederkehr der früheren Verhältnisse nicht mehr für möglich zu halten. Sie wollen nur ökonomische Bewegungsfreiheit, um sich in der alten Heimat wieder eine Existenz gründen zu können.

Doch ein nicht unerheblicher Teil ist nicht so friedlich gestimmt. Sie wollen die Wiederkehr der alten Gesellschaft und der glänzenden Rolle, die sie in ihr spielten, und sie warten auf eine Gelegenheit, diese Reaktion herbeizuführen. Wie so viele andere Leute haben auch sie vergessen, daß es in Rußland eine große Revolution schon seit März 1917 gab, daß die russische Revolution keineswegs ein Werk der Bolschewiks ist, daß diese sie bloß in bestimmte Kanäle geleitet, für sich monopolisiert und schließlich ruiniert haben.

Diese Reaktionäre glauben, wenn die Bolschewiks wanken, wird damit die ganze Revolution in Frage gestellt. Wenn es zu Unruhen in Rußland kommt, werden sie Morgenluft wittern und hineilen, um die Taten der

Korniloff und Koltschak usw. zu wiederholen. Kein Zweifel, eine solche Gefahr, auf die das Manifest der SAI. hinweist, besteht. Aber die Illusionen der Weißgardisten dürfen wir nicht unbesehen von ihnen übernehmen.

Es gehört zu dem tragischen Schicksal einer Emigration, daß sie schwer die richtige Abschätzung für die neuen Verhältnisse des Heimatlandes gewinnt, die eintraten, seitdem sie es verließ. Der letzte Eindruck, den die Emigranten von ihm empfingen, als sie noch in ihm tätig waren, ist der nachhaltigste, er wirkt in der Emigration leicht stärker als Berichte in Briefen und Zeitungen.

So liegt es nahe, daß ein großer Teil der reaktionären Emigration zu dem Glauben neigt, wenn die Bolschewiks stürzten, kehrten einfach die Zeiten wieder, in denen die weißgardistischen Generäle zeitweise große Macht gewinnen konnten. Sie übersehen, daß seitdem die Weltgeschichte nicht stillgestanden ist. Ein Jahrzehnt ist vergangen, ein Jahrzehnt unerhörtester, tiefstgehender Neuerungen. Man mag über sie denken wie man will, eines ist sicher, die Menschen kommen aus ihnen völlig verändert heraus.

Das alte Rußland existiert nicht mehr und jeder Versuch, es wieder zu beleben, ist zum Mißerfolg verurteilt. Schon in den Jahren des Bürgerkriegs und des Kriegskommunismus scheiterten die Weißgardisten daran, daß sie als die Sachwalter des Großgrundbesitzes erschienen„ der von den Bauern seinen Besitz wiederverlangte. Sollten diese sich jetzt gegen die Bolschewiks erheben, würde es zur Verteidigung desselben Besitzes geschehen. Sie würden sich nicht gegen die Expropriierung durch die Kolchosen wehren, um der Expropriierung durch Großgrundbesitzer den Weg zu bahnen. Wer nur in den Verdacht solcher Bestrebungen käme, würde mit blutigem Kopf heimgeschickt.

Und seit 1917 haben die Bauern in Rußland an so vielen Umwälzungen teilgenommen, in so steter Unruhe gelebt, daß sie sich dabei aller Tradition entwöhnt haben, die ehedem eine gewaltige Kraft in dem monotonen Leben des Dorfes besaß, in dem ein Jahr dem anderen glich, abgesehen von den Wechselfällen der Ernten. Das Herkommen imponiert ihnen heute nicht mehr, am wenigsten ein Herkommen repräsentiert durch Herren, die plötzlich im Lande auftauchen, ihrer Heimat völlig fremd geworden sind und sich in ihr nicht mehr zurecht finden.

Und in der Zeit von 1917 bis 1920 wirkte immer noch die alte Heeresorganisation nach. Trotz ihrer weitgehenden Auflösung fanden sich noch Formationen, deren Reste einigermaßen zusammenhielten. Vor allem bildete das Offizierscorps noch einen zusammenhängenden Körper.

Von alledem ist heute nicht das mindeste mehr vorhanden. Woher sollten da die Weißgardisten neue Macht nehmen?

Mancher fürchtet, es könne so gehen wie in Ungarn nach dem Zusammenbruch der Räterepublik. Aber diese dauerte nur wenige Monate, konnte keine neue Organisation schaffen. Die Aufteilung des Landes des Großgrundbesitzes an die Bauern blieb bloße Erwartung, wurde nicht durchgeführt. Unter dem Schutz rumänischer Bajonette rückten der alte Adel und eine gegenrevolutionäre Armee, geführt vom alten Offizierscorps, rasch wieder in Ungarn ein und stellte den alten Zustand von neuem her.

Diese Verhältnisse sind mit denen des heutigen Rußland absolut nicht zu vergleichen.

Andere fürchten eine Ablösung der bolschewistischen durch eine faschistische Diktatur. Aber der Faschismus konnte in Italien nur aufkommen und seine Nachahmer in Deutschland und Österreich konnten nur größeren Anhang und einige Macht gewinnen durch die Geldmittel, die ihnen kapitalistische Kreise in reichem Maße zu-

kommen ließen, weil diese das erstarkende Proletariat fürchten und sich zur Abwehr seiner Angriffe eine Meute bissiger Fanghunde halten wollen. Ohne kapitalistische Unterstützung kein Faschismus — wenigstens so lange nicht, als er nicht die Staatskrippe erobert hat.

Wo aber gibt es im heutigen Rußland Kapitalisten, reich genug, um eine Privatarmee ausrüsten und besolden zu können? Schon vor der Revolution von 1917 war der heimische Kapitalismus in Rußland sehr schwach. Der größte Teil seiner Kapitalien stammte aus dem Ausland. Der Bolschewismus hat die Klasse der Kapitalisten völlig ausgerottet. Ein Bauernaufstand und auch die Gewinnung der Demokratie werden nicht gleich eine neue starke Kapitalistenklasse aus dem Boden stampfen. Woher sollen da die Geldmittel für die Bezahlung faschistischer Banden kommen?

Wohl wäre die Gewährung solcher Mittel durch auswärtige Kapitalisten möglich. Doch wie groß müßten diese Summen sein, sollten die mit ihnen gespeisten Banden eine herrschende Kraft im Riesenreiche werden! Warum aber sollten die Kapitalisten Westeuropas und Amerikas sich Opfer auferlegen, um der bäuerlichen Demokratie Rußlands in den Rücken zu fallen? Was hätten sie dabei zu gewinnen?

Natürlich würden die demokratischen Elemente die Weißgardisten gut überwachen müssen, die nach Rußland kommen, doch nicht von ihnen droht die größte Gefahr für die Demokratie und den Wiederaufstieg Rußlands, sondern von einem Konflikt zwischen Arbeitern und Bauern. Wird der vermieden, kommt es zu einer Verständigung der beiden Elemente, dann ist das beste zu erwarten. Sehr bedenklich würde sich die Sache, wie schon gesagt, gestalten, wenn diese beiden Klassen über einander herfielen. Blieben die Bauern auf sich allein angewiesen, erfüllte sie Erbitterung gegen alles, was aus den Städten kommt, dann könnten sie gewiß furchtbares Unheil anrichten und unter die Führung sehr sonder-

barer Querköpfe geraten. Doch werden diese neuen Führer gewiß nicht Verfechter des Großgrundbesitzes, des alten Offizierscorps, der alten Bürokratie und eines auf diesen Elementen beruhenden Zarismus sein können.

Wohl könnte die Bewegung religiösen Charakter annehmen, aber auch die dem Zaren dienende orthodoxe Kirche wird dabei nicht als solche führend werden können. Sie ist zu sehr desorganisiert, religiöse Sekten haben neben ihr zu großen Einfluß genommen.

Damit soll nicht verkannt werden, daß einzelne Popen zu führenden Persönlichkeiten werden können. Aber das wird nicht der Macht der Kirche zuzuschreiben sein. Die Zeit für Schwärmer und Propheten mag dann kommen, für Leute mit der Gesinnung Gapons, Tolstois, Gandhis. Und ebenso für soziale Quacksalber und Gaukler. Das asiatische und halbasiatische Bauerntum bietet für solche Persönlichkeiten einen fruchtbaren Boden. Sie mögen uns manche Überraschung bringen. Auf solche müssen wir gefaßt sein, nicht aber auf Wiederholungen der Generalserhebungen gleich nach dem Weltkrieg. Die sind vorbei und noch mehr die sozialen und politischen Verhältnisse vor der Revolution.

Die Formen kommender Ereignisse lassen sich schwer voraussehen. Aber eines kann man in der Regel mit Bestimmtheit voraussagen: sie werden anders aussehen als vergangene Ereignisse, auch wenn diese gleicher Art sein mögen. Marx hat sich schon in seinem 18. Brumaire über jene französischen Revolutionäre lustig gemacht, die 1848 und 1849 Wohlfahrtsausschuß nach dem Muster von 1793 spielen wollten. Und nicht minder verkehrt war die gleiche Wohlfahrtsspielerei unter der Pariser Kommune 1871. In gleicher Weise kann man sagen, es sei verkehrt, die kommende Erhebung gegen den Bolschewismus unter dem gleichen Gesichtswinkel zu betrachten wie die Erhebungen der weißgardistischen Offiziere in der Zeit von August 1917 bis Oktober 1920.

Wir sehen dabei vollständig von der Tatsache ab, daß der Bolschewismus damals noch ein gut Stück der Revolution verkörperte, während er heute völlig gegenrevolutionär geworden ist. Davon haben wir ja schon ausführlich gehandelt.

Gefährlich kann der reaktionäre Teil der Emigration kaum durch seine Tätigkeit in Rußland werden, eher durch seine Tätigkeit im Ausland. Er unterhält persönliche Beziehungen zu einflußreichen politischen Stellen in manchen Regierungen, sowie auch zu der reaktionären Presse und zu vielen Geldmenschen. Er kann diese bei ausbrechenden Unruhen in Rußland leicht zu gegenrevolutionären Äußerungen, Schritten, Unterstützungen veranlassen. Diese dürften freilich nicht sehr weit reichen. Eine militärische Intervention in Rußland plant sicher keine Großmacht, wahrscheinlich nicht einmal Polen. Aber immerhin könnte es Maßregeln, Äußerungen, Unterstützungen geben, die Verwirrung in Rußland stiften, die Sache der Demokratie dort kompromittieren, deren Kampf erschweren.

Wo solche Einwirkungen der reaktionären Emigration merkbar werden, ist es sicher unsere Aufgabe, ihnen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Doch wird die demokratische und sozialistische Emigration in dieser Beziehung nicht viel mehr tun können, als die Tätigkeit des anderen Teils der Emigration zu verfolgen und die Internationale darüber auf dem laufenden zu halten. Es wird vor allem die Aufgabe der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern sein, ihre Regierungen an ungebührlichem Eingreifen in die inneren Bewegungen Rußlands zu hindern und der reaktionären Presse auf die Finger zu schauen.

## b) Die demokratische Emigration.

Die Paralysierung der reaktionären Emigration dürfte die am wenigsten wichtige Aufgabe der demokratisch-

sozialistischen Emigration sein. Weit bedeutender sind die Aufgaben, die ihr innerhalb des russischen Reiches selbst erstehen.

Wie viel oder wenig verbreitet die bewußt demokratisch-sozialistischen Elemente in Rußland zurzeit sind, ist, wie bereits bemerkt, nicht abzusehen. Trotz aller Mißhandlung und physischer Vernichtung gibt es deren gewiß noch eine ganze Anzahl, teils Überreste der alten Parteien, teils neue Anhänger, die für die demokratisch-sozialistischen Ideen durch die Erkenntnis der Unhaltbarkeit und Schädlichkeit der Diktatur gewonnen wurden. Es ist zu erwarten, daß ihre Zahl sich als recht bedeutend herausstellt, sobald der Druck des bolschewistischen Terrors aufhört. Doch auf jeden Fall werden die Aufgaben, die ihnen zufallen, weit mehr Kräfte erheischen, als sie zunächst in Rußland selbst aufbringen können. Da wird die regste Mitarbeit der Emigration unerläßlich. Und sie allein verfügt über die vollen Kenntnisse des Auslandes und seiner Neuerungen seit dem Ende des Weltkriegs, die den Bewohnern des Sowjetreichs entweder ganz vorenthalten oder nur verzerrt mitgeteilt werden. Dafür wieder werden die in ihrer Heimat verbliebenen Genossen der Emigration an richtiger Einschätzung der Neigungen, Fähigkeiten, Kräfte der neuen Generation überlegen sein, die unter dem Sowjetregime heranwuchs.

Je reibungsloser sich das Aufeinanderwirken und Zusammenwirken der Emigration mit den bodenständigen Gesinnungsgenossen vollzieht, desto größer werden ihre Erfolge sein, desto eher werden sie die Führung der Bewegung erlangen und behaupten.

Dabei zeigt sich aber ein sehr störendes Hindernis: die demokratisch-sozialistische Emigration ist keine einheitliche geschlossene Masse. Sie zerfällt in eine Reihe von Organisationen und Gruppen, die teilweise sehr streng von einander geschieden sind. Daß es Meinungsverschiedenheiten gibt, namentlich taktischer und organisatorischer, mitunter auch prinzipieller Natur, kommt in

jeder Partei vor, ist unvermeidlich. Solche Verschiedenheiten treten am ehesten dort auf, wo der Boden, auf dem man zu handeln hat, unübersichtlich und unsicher ist. Man muß natürlich wünschen, daß die Meinungsverschiedenheiten aufhören, die die Aktion so sehr stören. Doch auch hier sind die Verhältnisse stärker als unsere Wünsche. Und aus den Verhältnissen, nicht aus persönlichen Launen entspringen die Meinungsverschiedenheiten.

Wohl aber kann und muß man nach einem trachten: danach, Bedingungen zu schaffen, die ein Zusammengehen der verschiedenen Richtungen und Gruppen trotz aller gelegentlichen Gegensätze ermöglichen, und ein solches Zusammengehen erleichtern.

Dazu gehört vor allem der Verzicht auf jede Diktatur der Leiter der einzelnen Gruppen gegenüber einer etwaigen Opposition in ihren Reihen.

Die Ausdehnung der sozialistischen Parteien Westeuropas zu Massenparteien wurde nur möglich durch den Verzicht auf eine sektiererische Unduldsamkeit, die jedem Parteimitglied verbot, andere Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern, als die des Führers. Die unerläßliche Einheit der Organisation und Aktion ist in einer Massenpartei nur aufrecht zu halten durch Gewährung aller Möglichkeiten für eine etwaige Opposition, vor der Öffentlichkeit alle ihre Argumente vorzubringen. Sicher sind Meinungsverschiedenheiten schlimm. Sie werden aber nicht aufgehoben, sondern verschlimmert, wenn man das Recht auf Propaganda für die Führer monopolisiert und die Opposition davon ausschließt. Dadurch wird diese verbittert und schließlich zur Spaltung getrieben.

Aber auch die Öffentlichkeit selbst hat ein Recht darauf, alles kennen zu lernen, was sich in einer sie berührenden Streitfrage vorbringen läßt. Nur dann wird sie imstande sein, eine möglichst zweckmäßige Lösung dieser Frage herauszufinden und zu akzeptieren.

Angesichts der Wichtigkeit der russischen Dinge für das gesamte internationale Proletariat darf dieses verlangen, daß alle Richtungen unter den russischen Sozialisten Gelegenheit erhalten, es über ihre taktischen und theoretischen Differenzen zu informieren.

Diese Differenzen werden dadurch sicher nicht verschärft, eher gemildert werden. Natürlich soll nicht an die SAI. als Schiedsrichter appelliert werden. Die Austragung der Differenzen muß Sache der beteiligten Organisationen bleiben. Doch glaube ich, daß die Vermittlung der allseitig informierten Organe der Internationale in vielen Fällen imstande sein wird, eine Verständigung herbeizuführen, ohne Sieger und Besiegte.

Freilich dürfte das nicht immer gelingen und schon gar nicht etwa eine Überwindung der durch eine jahrzehntelange Parteigeschichte überlieferten Grenzen zwischen den einzelnen Parteiorganisationen. Es ist zu hoffen, daß die Bedingungen dazu geschaffen werden, sobald in Rußland für seine arbeitenden Klassen die Möglichkeiten freier Massenorganisationen und Massenaktionen, namentlich freier Wahlkämpfe, erstehen. Auf dem Boden der Emigration fehlen die Bedingungen dafür vollständig.

Doch eine Verständigung unter ihnen über ein Programm gemeinsamer Aktionen sollte möglich sein. Unsere italienischen Genossen haben ein gutes Beispiel gegeben. Sie haben ihre Differenzen überwunden und sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen. Freilich, die von Rußland beeinflußten Elemente haben es abgelehnt, mitzutun. Doch sind das nur entweder volle Kommunisten oder halbkommunistische Eigenbrötler.

Unter den russischen Sozialisten sind die Bedingungen für einen Zusammenschluß der verschiedenen Richtungen nicht gerade günstig.

In der Geschichte des modernen Sozialismus können wir drei große Perioden unterscheiden, wenigstens für

das Festland Europas. Die eine reicht (abgesehen von Rußland) von den Anfängen des Sozialismus nach der großen französischen Revolution bis zum deutsch-französischen Krieg und der Pariser Kommune. Die ökonomischen und noch mehr die politischen Bedingungen waren damals dem Aufkommen proletarischer Massenparteien nicht günstig, machten sie zumeist vollständig unmöglich. Die sozialistische Bewegung blieb auf kleine Konventikel beschränkt, in deren jedem eine andere Persönlichkeit herrschte. Sektierertum, Zersplitterung der proletarischen Bewegung, Diktatur der Führer überwiegen.

Die Belebung der Demokratie in den sechziger Jahren sowie die Begründung des deutschen Reichs und der französischen Republik bilden erst günstige Vorbedingungen für Massenorganisationen. Die richtige theoretische Grundlage findet der Übergang von der Sekte zur Massenpartei im Marxismus dort, wo dieser nicht selbst beschränkt sektiererisch aufgefaßt wird.

Damit tritt die sozialistische Bewegung in ihre zweite Periode ein.

Diese Massenparteien sind revolutionär wie es die Sekten gewesen waren, nicht nur in sozialem Sinne, was selbstverständlich ist, sondern auch in politischem Sinne. Wenigstens gilt das für die Militärmonarchien.

Unversöhnliche Opposition ist die Aufgabe der proletarischen Parteien in dieser Periode; aber auch schroffer Gegensatz gegen die Parteien der bürgerlichen Opposition. Steht doch die Masse der Arbeiter noch in deren Lager und es gilt, sie von dort loszulösen.

Diese letztere Aufgabe war in den meisten Staaten Europas nahezu erreicht, als es zum Weltkrieg kam, nach ihm zum Umsturz der drei großen Militärmonarchien und damit zur dritten Periode in der Geschichte des modernen Sozialismus, der Periode, in der wir jetzt leben.

Die politischen Aufgaben der proletarischen Parteien werden durch den Umsturz und seine Folgen fundamental geändert. Der Staat, in dem sie leben, ist nicht mehr die Militärmonarchie, sondern die demokratische Republik, die von der Reaktion bedroht wird, ihren sicheren Schutz nur beim Proletariat findet. Die Republik, also den bestehenden Staat zu erhalten, nicht ihn umzustürzen, wird jetzt unsere Funktion. Insofern hört die Sozialdemokratie auf revolutionär zu sein und wird sie konservativ. Nicht dadurch, daß sie etwas von ihren Bestrebungen preisgibt, sondern dadurch, daß sie einen entscheidenden Teil davon verwirklicht hat. Nicht sie hat sich geändert, sondern der Staat. Der Gedanke der politischen Revolution, n a c h der politischen Revolution, verliert so jeden Sinn.

Doch wenn wir auch die demokratische Republik verteidigen, so hat sie doch — ganz abgesehen von der sozialistischen Gestaltung der Produktionsweise — noch lange nicht jene Formen erreicht, die wir anstreben. Sie bietet erst den Ausgangspunkt dazu. An der Fortentwicklung der Republik ist das Proletariat aufs lebhafteste interessiert. Es kann sie nicht den bürgerlichen Parteien allein überlassen. Es muß trachten, dabei positiv mitzuwirken.

Gleichzeitig aber hat das Proletariat auch eine solche Ausdehnung erreicht, solche Kraft gewonnen, daß es, wenn auch noch nicht zur Übermacht, so doch zur Ebenbürtigkeit mit den bürgerlichen Parteien gelangt. Eine sozialistische Partei kann noch nicht für sich allein regieren, sie braucht aber nicht mehr in unversöhnlicher Opposition zu jeder Regierung, zu jeder anderen Partei zu stehen. Umsoweniger, als schon im wesentlichen ihre Aufgabe erfüllt ist, das Proletariat von den bürgerlichen Parteien loszulösen und in einer Klassenpartei zu sammeln. Wo die Sozialisten noch nicht so weit sind, verharren sie allerdings leicht in unversöhnlichem Gegensatz zu den Radikalen.

Alle diese Gründe bewirken, daß seit den Revolutionen, die dem Weltkrieg folgten, die Sozialisten allenthalben genötigt sind, ihre grundsätzliche Abneigung gegen gelegentliche Koalitionen mit anderen Parteien aufzugeben, von der sie bis dahin geleitet wurden, mit Recht geleitet unter den damaligen Bedingungen und den daraus hervorgehenden politischen Aufgaben des Proletariats. Das vierte und letzte Stadium des Kampfes um den Sozialismus wird eintreten, sobald wir eine genügend große Mehrheit erlangt haben, allein eine starke Regierung zu bilden und der Gesetzgebung unseren Stempel aufzudrücken.

Rußland als der ökonomisch und politisch rückständigste Großstaat Europas befindet sich bis heute noch in jenem Stadium, in dem die Sektiererei des Sozialismus gedieh. Doch gilt das nur relativ. Gewiß ist die Revolution, die 1917 begann, noch vielfach unter Bedingungen vor sich gegangen, die an die Frankreichs von 1789 erinnern. Aber Rußland lebt nicht außerhalb der Welt. Es nimmt teil an ihren Fortschritten und ihren fortgeschrittensten Gestaltungen, und schon das macht es unmöglich, in der heutigen russischen Revolution eine bloße Wiederholung der Stadien der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts entdecken zu wollen. Primitivstes und Höchstentwickeltes paart sich in Rußland in eigenartiger Mischung. Anklänge an die bürgerliche Revolution des 18. Jahrhunderts werden gemischt mit Bewegungen eines großindustriellen Proletariats.

So haben es die Verhältnisse wohl mit sich gebracht, daß die russischen Sozialisten nach primitiv sozialistischer Art in verschiedene Gruppen getrennt, und fast jede Gruppe wieder in sich gespalten in die Revolution des März 1917 eintraten. Aber anderseits waren sie die ersten in den Revolutionen nach dem Weltkrieg, die sich auf Koalitionen einließen, nicht aus theoretischen Erwägungen, indes auch nicht aus „Verrat" — die Anwendung dieses Wortes zur Bezeichnung von Meinungs-

verschiedenheiten kennzeichnet den Sektierer — sondern unter dem Drang der Verhältnisse.

Doch die Verhältnisse erzwangen zwar die Bildung von Koalitionsregierungen, aber sie schufen leider nicht die Bedingungen für ihren Erfolg. In dem Chaos, das aus der Auflösung der Armee hervorging, setzte sich bei dem Fehlen geschlossener geschulter Massenparteien die Sektiererei leichter durch als die Koalition. Der Bolschewismus siegte.

Indes außerhalb Rußlands hat sich der Gedanke und die Praxis der Koalitionspolitik unter dem Drang der Ereignisse immer mehr durchgesetzt, trotz des Widerstrebens der revolutionären Traditionen, die sich in dem Jahrhundert sozialistischer Bestrebungen bis zum Ende des Weltkriegs gebildet hatten.

Ich bin überzeugt, wenn es zum Zusammenbruch des Bolschewismus in Rußland kommen sollte, wird keine der demokratischen und sozialistischen Parteien für sich allein stark genug sein, die Regierung zu führen. Soll sich die Demokratie durchsetzen, werden alle ihre verschiedenen Elemente vereint zusammenwirken müssen. Zum mindesten aber die verschiedenen sozialistischen Parteien und Richtungen.

Ob jetzt schon die psychologischen Bedingungen für einen demokratischen Block in der russischen Emigration gegeben sind, vermag ein Außenstehender nicht zu entscheiden. Man kann wünschen, daß er zustande käme. Aber es wäre töricht, ja geradezu schädlich, ihn vorzeitig herbeiführen zu wollen, ehe die Zeit dazu reif ist. Auf alle Fälle wird indes jede Schaffung von Berührungspunkten zwischen den verschiedenen Parteien von Vorteil sein.

### c) Demokratische Ziele in Rußland.

Ein Zusammenwirken der verschiedenen demokratischen und sozialistischen Parteien Rußlands wird umso

leichter möglich sein, je mehr ihre Ziele, wenigstens ihre nächsten, übereinstimmen. Man sollte meinen, daß sich darüber unschwer eine Übereinstimmung erzielen ließe.

Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß sie alle die gleiche Staatsform erstreben, die demokratische, parlamentarische Republik. Auch die Verfechter der Demokratisierung der Sowjets werden sie nicht fordern als Mittel, die Sowjetverfassung, die Privilegierung der Lohnarbeiter aufrecht zu erhalten und die volle Demokratie zu verhindern, sondern als ersten Schritt zu solcher Demokratie, weil sie der Meinung sind, ein Stück sei leichter zu erreichen als das Ganze, und wir stehen doch nicht auf dem Standpunkt: alles oder nichts.

Auch darüber dürfte Einigung zu erzielen sein, daß Rußland am besten als Föderativstaat gedeiht, nicht unter einem bürokratischen Zentralismus.

Wie über die Staatsform wird es über die Sozialpolitik kaum Differenzen geben. Die bürgerliche Demokratie ist in Rußland weniger kapitalistisch interessiert als in Westeuropa, schon aus dem Grunde, weil es eine starke einheimische Kapitalistenklasse dort nicht gab. Eine solche ist jetzt so gut wie ganz verschwunden und wird auch bei wirtschaftlicher Freiheit nicht so rasch wieder anwachsen.

Diejenigen Demokraten Rußlands, die keine Sozialisten sind, lehnen den Sozialismus kaum aus kapitalistischer Interessiertheit ab, sondern weil sie kein Vertrauen zu sozialistischer Produktion haben. Aber irgend eine Feindseligkeit gegen die Arbeiterschaft, ein Bedürfnis, diese niederzuhalten, verspüren sie nicht.

Auch sie werden geneigt sein, den Arbeitern so viel an sozialpolitischen Einrichtungen zu gewähren, wie die Sozialisten.

Sollte sich in Sowjetrußland eine sozialpolitische Einrichtung finden, die über das in Westeuropa auf diesem Gebiete Erreichte hinausgeht, so braucht es den Arbei-

tern durch die aufkommende Demokratie sicher nicht genommen oder verkürzt zu werden. Allerdings muß ich gestehen, daß mir eine Institution dieser Art nicht bekannt ist, es wäre denn nicht eine allgemeine Einrichtung, sondern eine, die bloß für ein paar Protektionskinder existiert.

Im allgemeinen steht die Sozialpolitik der kapitalistischen Länder über der Sowjetrußlands. Es wird dort eine der wichtigsten Aufgaben der siegreichen Demokratie sein, den Arbeitern alles das zu bringen, was ihre Brüder in einzelnen Ländern des Westens schon haben: weitgehender Arbeiterschutz, solide Wohnungsbauten, Unabhängigkeit der Betriebsräte gegenüber den Betriebsleitungen, volle Freiheit der Gewerkschaften, der Lohnhöhe entsprechende Versicherung für die Fälle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und hohen Alters.

Die Demokratie hat den Arbeitern Rußlands sehr viel zu bringen, was sie reichlich entschädigen wird für den Verlust der so jämmerlichen und wirkungslosen Privilegien, die ihnen die Sowjetverfassung einräumte.

Und nun die Bauern. Wenn sie sich gegen die Diktatur erheben sollten, wird es geschehen, um sich ihr Eigentum am Boden zu sichern, und überhaupt, um Sicherheit für ihre Person und ihre Habe zu gewinnen, die stündlich bedroht sind, was jedes ruhige Arbeiten ausschließt.

Die Durchführung des Programms der Demokratie bringt volle Sicherheit der Person gegen behördliche Willkür und Sicherheit für jede Art gesetzlich anerkannten Eigentums.

Die Bolschewiks haben, als sie zur Macht kamen, den ganzen Boden im Staate wohl den Bauern zur Verteilung unter sich überlassen, dabei aber den gleichen Boden zum Staatseigentum erklärt. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob es notwendig sei, daß diese Bestimmung von der siegreichen Demokratie aufgehoben werde.

Darauf ist zu antworten, daß es jedenfalls nicht notwendig ist, sich darüber zu erhitzen. Jeder Sozialist muß im Interesse der Gesellschaft fordern, daß alle die wichtigsten Produktionsmittel privater Willkür entzogen und der Verfügung der Gemeinschaft unterstellt werden. Das wichtigste Produktionsmittel ist der Grund und Boden. Prinzipiell müssen wir seine Nationalisierung oder Sozialisierung anstreben.

Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß das auf Grund der bäuerlichen Betriebsweise nie mehr sein wird, als eine leere Form, wie es auch in Sowjetrußland der Fall war. Ob diese Form aufrecht erhalten wird oder nicht, ist eine sehr unwichtige Frage.

Der Bauer eignet sich die Erde durch seine Arbeit an. Er entlockt ihr dadurch nicht bloß Ernten, sondern verbessert sie auch, wenn die nötigen ökonomischen und technischen Bedingungen dafür gegeben sind. Die Ergebnisse davon heimst er oft erst nach Jahren ein. Er fühlt sich um die Frucht seiner Arbeit betrogen, wenn ihm sein Grundstück ohne entsprechende Entschädigung genommen wird.

Jede Expropriation, ja, jede gewaltsame Enteignung, selbst gegen Entschädigung, ruft seinen energischsten Widerstand hervor. Am allerwenigsten wird die Demokratie einer so zahlreichen Bevölkerungsklasse die Verfügung über ihren Boden nehmen wollen.

Anders steht es mit dem Großgrundbesitzer. Dieser bildet überall, wo er vorkommt, nur eine verschwindend kleine Schicht der Bevölkerung. Und soweit er bloß Grundbesitzer, nicht auch tätiger Landwirt ist, verbindet ihn keine Arbeit mit dem Boden. Seine Enteignung wird für die Demokratie leicht möglich und unbedenklich.

Aber auch im genossenschaftlichen Großbetrieb ist der einzelne Arbeiter nicht durch seine Arbeit mit einem bestimmten Stück Boden verwachsen. Die Sowchosen und Kolchosen kann man also in gesellschaftlichen Besitz übernehmen. Ihnen gegenüber wird die Frage des ge-

sellschaftlichen Eigentums am Boden von Wichtigkeit. Jedoch nicht gegenüber der Bauernschaft.

Wie aber soll sich ein demokratisches Regime gegenüber den verstaatlichten industriellen Großbetrieben verhalten, die es im Sowjetstaat vorfinden wird? Fordert das demokratische Programm einfach ihre Übergabe an Kapitalisten, weil Rußland zu sozialistischer Produktion noch nicht reif ist?

Das wäre ein ebenso törichtes Vorgehen, wie der gegenteilige Vorgang, die rasche, schablonenhafte Verstaatlichung, die durch die Bolschewiks vorgenommen wurde.

Unerläßlich für jede Gesellschaft, wie immer sie beschaffen sein mag, ist die Kontinuität, der ungestörte Fortgang der Produktion. Jede größere, dauernde Störung bedeutet eine Krise, ein furchtbares Elend.

Wenn der Sowjetstaat zusammenbricht, werden dessen Nachfolger um so dringender die Aufgabe haben, für den ungestörten Fortgang der Produktion zu sorgen, je jammervoller voraussichtlich der ökonomische Zustand sein wird, den sie vorfinden.

Man kann ebensowenig staatliche Betriebe mit einem Schlage ohne Gefahr in kapitalistische verwandeln, wie umgekehrt. Man darf nicht nur, sondern soll die Staatsbetriebe weiter als solche arbeiten lassen.

Wir müssen fordern, daß die neue Nep sich ebenso wie die frühere Lenins, nur allerdings in stärkerem Maße, in der Weise äußert, daß die gewonnene Freiheit ökonomischer Betätigung n e b e n den Staatsbetrieben freie Betriebe aufkommen läßt, kapitalistische, genossenschaftliche, kommunale. Sollten diese erfolgreicher arbeiten, billigere oder bessere Produkte liefern, bessere Löhne zahlen u. dgl., dann sollen die staatlichen aufgegeben werden. Aber nicht früher. Also nur dann und dort soll der Übergang zu anderem, eventuell zu kapitalistischem Betrieb eintreten, wo er für Konsumenten und Arbeiter von Vorteil ist.

Am ehesten dürfte sich der private Betrieb, sobald er gestattet ist, im Handel wieder durchsetzen. Die meisten seiner Zweige vertragen schwer eine bürokratische Schablonisierung. Sozialistische Produktion braucht weniger eine Verstaatlichung des Warenhandels als vielmehr seine Ersetzung durch eine Organisierung des Warenumlaufs zwischen Vereinigungen von Produzenten und Konsumenten.

Das Warenhandelsmonopol gehört zu den Einrichtungen Sowjetrußlands, die am bedrückendsten wirken, am ehesten fallen müssen, um freiem Handel Platz zu machen.

Auf der anderen Seite gibt es natürliche Monopole, die aus staatlichem Monopol in private, kapitalistische Monopole umzuwandeln durch keinerlei demokratische Erwägungen geboten wird. Die siegreiche Demokratie wird allen Grund haben, den staatlichen Charakter der natürlichen Monopole zu erhalten. So vor allem bei den Eisenbahnen, aber auch bei den Waldungen und Bergwerken und sonstigen Arten der Gewinnung von mineralischen Produkten, etwa von Petroleum.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Lage für Betriebe anderer Art gestalten wird.

Zunächst dürfte sich nach Überwindung des Bolschewismus das Kapital, teils aus Schwäche, teils aus Mangel an Zuversicht, nur sehr schüchtern regen. Andererseits muß die gewonnene Freiheit der Bewegung in den Staatsbetrieben günstig wirken: die Freiheit der Gewerkschaften und Betriebsräte bei den Arbeitern; die Befreiung von der Spionage und den Bedrohungen durch die Kommunisten und die endlosen Instanzenzüge der Bürokratie bei den Betriebsleitern. Mehr Mut, mehr Wissen, mehr Selbstbewußtsein wird die in den Staatsbetrieben tätigen Menschen erfüllen, ihre Arbeitsfreude und ihr Arbeitsverständnis steigern. Unter diesen Umständen ist es sehr wohl möglich, daß es auch außerhalb des Bereiches der natürlichen Monopole nicht wenige

Produktionszweige geben wird, in denen sich die einmal gegebene staatliche Produktion, nach vollzogener Umbildung zu einer Wirtschaftsdemokratie, behauptet.

Ob und wie weit sich das verwirklichen wird, läßt sich natürlich im Vorhinein nicht sagen. Aber auf jeden Fall wäre es auch hier, ebenso wie in der Erwartung einer Wiederbelebung der Korniloffs, falsch, zu glauben, die Weiterentwicklung der Industrie nach dem Sturz des Bolschewismus werde einfach dort wieder anknüpfen, wo sie vor einem Dutzend Jahren stehen blieb.

Man mag das Treiben der Bolschewiks in diesem Zeitraum einschätzen, wie man will. Es hat eine neue Basis geschaffen, die man nicht ignorieren darf, auf der die Demokratie weiterbauen muß, sobald es ihr gelingt, die kommunistische Autokratie abzulösen.

Am ehesten werden die kommunistischen Großbetriebe in der Landwirtschaft zerfallen, die Kolchosen und Sowchosen, so weit sie nur äußerer Zwang, kein inneres Bedürfnis der Arbeitenden und keine materiellen Bedingungen zusammenhalten. Doch wird auch dieser Prozeß der Rückkehr zu bäuerlicher Wirtschaft ökonomisch um so fruchtbarer sein, je besser er vorbereitet wird. Daß man wieder, wie 1918, gewalttätig, planlos und rücksichtslos die Bauern gegen die Großbetriebe hetzt, um diese zu zerstören und aufzulösen, müßte ebenso wie damals große Werte unnütz vernichten, deren die Produktion dringend bedarf.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß einzelne der ländlichen Großbetriebe sich erhalten, entweder deshalb, weil sie technisch besonders gut ausgestattet wurden, oder weil sie über eine Elite von Arbeitern sowie eine hervorragende Leitung verfügen. Die gleichzeitig eintretende größere Bewegungsfreiheit der Bevölkerung wird auch die Arbeiter und Leiter solcher Betriebe zu höheren Leistungen aufsteigen lassen.

Also ausgeschlossen ist es nicht, daß manche Kolchosen sich erhalten, ja vielleicht sogar vorbildlich weiter wir-

ken. Es müssen nicht gerade die industriell vorgeschrittensten Länder sein, die am ehesten die Bedingungen eines sozialistischen Großbetriebes in der Landwirtschaft entwickeln. Die dazu erforderlichen materiellen Bedingungen können rückständige Länder von industriell höher stehenden beziehen: die Hauptsache sind dann die psychischen Vorbedingungen, entwickelte Solidaritätsgefühle und hohe Intelligenz.

Über die Aussichten solcher Betriebe, die zunächst nur vereinzelte Experimente sein können, läßt sich bestimmtes noch gar nicht sagen. Man mag ihnen skeptisch oder enthusiastisch gegenüberstehen. Die bisherigen Erfahrungen und die ganzen Verhältnisse Rußlands sprechen mehr für die skeptische Auffassung. Doch brauchen Differenzen darüber uns nicht sehr zu entzweien. Jeder Menschewik wird es freudig begrüßen, wenn Kolchosen und Sowchosen gedeihen und kein Sozialrevolutionär wird ihre zwangsweise Einführung nach bolschewistischer Methode gutheißen. Beide Teile werden darin übereinstimmen, daß der landwirtschaftlichen Bevölkerung vollste Freiheit in der Wahl der ihr am besten entsprechenden Betriebsarten zu lassen ist.

Wir handeln in diesem Kapitel nicht von den Verhältnissen, die sich in Rußland nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus bilden werden. Unsere Aufgabe geht hier dahin, zu untersuchen, ob nicht ein Aktionsprogramm möglich ist, das von allen Richtungen der Demokratie und des Sozialismus in Rußland akzeptiert werden kann; das vollkommen realistisch ist, auf der gegebenen Wirklichkeit beruht und doch von keiner den Verzicht auf eine ihrer besonderen Auffassungen fordert.

Differenzen in bezug auf Erwartungen der Zukunft, die nicht auf unsere Praxis in der Gegenwart zurückwirken, brauchen kein Scheidungsgrund zu sein.

So viel allerdings kann man heute schon sagen: gelingt die Erringung der sogenannten „formalen“ Demokratie,

dann muß sie allein schon den arbeitenden Klassen Rußlands in Stadt und Land nicht bloß politische Bewegungsfreiheit, sondern auch vermehrte Produktivität ihrer Arbeit und damit vermehrten Wohlstand um so mehr bringen, als die Arbeiter und Bauern dort wenigstens zunächst nur mit einer schwachen Kapitalistenklasse und gar keinem Grundbesitz zu tun haben werden, sondern nur mit Intellektuellen, die mit ihren Sympathien fast vollzählig auf Seiten der arbeitenden Klassen stehen werden. Nichts irriger, als die Meinung, das Ansehen des Proletariats in Rußland und damit in der Welt müsse sinken, wenn es seine bevorzugte Stellung in jenem Staate verliere.

Die Sache steht vielmehr umgekehrt. Aus der Sowjetverfassung kann nur Unheil hervorgehen und schroffster Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern. Bloß die Demokratie erlaubt es, daß der Staat wieder gedeiht, aber auch, daß Bauern und Arbeiter gemeinsame Interessen bekommen, wobei in der politischen Tätigkeit für das gemeinsame Wohl den Arbeitern — mit den Intellektuellen — die Führung zufallen muß. Daß diese in der Demokratie eine Führung wird, beruhend auf geistiger Überlegenheit, nicht auf politischer Polizei und bewaffneten „Stoßtrupps", muß das Ansehen des russischen Proletariats bedeutend steigern, das unter bolschewistischer Führung so tief gesunken ist.

Aber die Durchsetzung des eben entwickelten Programms der Demokratie muß nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa die gewaltigsten Verbesserungen nach sich ziehen.

So arm Rußland geworden ist, ganz von Mitteln wird es nicht entblößt sein. Sobald die Möglichkeit willkürlicher Konfiskationen aufhört, werden versteckte Ersparnisse zum Vorschein kommen. Der wohlhabende Teil der Emigration, der heimkehrt, wird weitere Mittel mit sich bringen, endlich muß der Kredit des Staates steigen, sobald parlamentarische Gesetzlichkeit die autokratische

Willkür ersetzt. Dies, sowie die unter den neuen Umständen wachsende Produktivität der Arbeit in Stadt und Land können die Bewohner Rußlands instand setzen, besser als bisher ihren Warenhunger zu stillen, aber auch dem Mangel an Produktionsmitteln abzuhelfen, was wieder die Produktivkraft und den Kredit der Industrie und der Landwirtschaft weiter steigern wird. Das bedeutet in ständiger Wechselwirkung auch eine stete Vermehrung der russischen Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Damit wird ein Prozeß eingeleitet, der endlich zur Überwindung der furchtbaren Krisis führen kann, die augenblicklich auf allen modernen Industriestaaten lastet.

Nicht zum wenigsten wurde sie dadurch herbeigeführt, daß die riesenhaften Agrargebiete des Ostens seit dem Weltkrieg durch innere Unruhen, durch Auflehnung, Boykott usw. der Industrie des Westens nur sehr eingeschränkte Absatzgebiete boten: Indien, China, Rußland. Das wußten auch die Staatsmänner Europas. Manche von ihnen versuchten, sich mit den Bolschewiks gut zu stellen, damit die Industrie ihres Landes auf dem russischen Markte zugelassen werde. Sie erhofften reiche Aufträge. Leider muß dieser Markt völlig bedeutungslos bleiben, solange der Bolschewismus herrscht.

Die Durchsetzung der Demokratie in Rußland eröffnet nicht nur dessen Markt der Industrie der Welt. Sie erweitert ihn auch rasch in ungeheurem Maße.

Das muß nicht bloß auf die Industrie, sondern auch auf die Arbeiterschaft Europas (und Amerikas) zurückwirken, ihr Selbstbewußtsein, ihre politische Kraft stärken, die Zahl ihrer durch Krieg und Arbeitslosigkeit verlumpten Elemente vermindern, die sich von den Kapitalisten kaufen lassen oder ihre Energien in sinnlosem Kleinkrieg gegen das Gesetz vergeuden. Die proletarische Demokratie muß an Kraft in den entscheidenden Staaten der Welt wachsen, das Stadium der durch das Gleichgewicht der Klassen erzeugten Lähmung überwinden und mit Entschiedenheit den Weg zu jenen

höheren Lebensformen einschlagen, die wir als Sozialismus bezeichnen.

Und noch mehr.

Kommt die Demokratie in Rußland oben auf, wird sie ein ganz verarmtes Land vorfinden.

Wohl bietet sie ihm die Gelegenheit, rasch ökonomisch emporzusteigen, aber nur dann, wenn es jede Verschwendung meidet, alle seine Mittel auf die Entwicklung der Produktivkräfte konzentriert.

Als Verschwendung bezeichnen wir natürlich nicht, wie die Kapitalisten, Aufwendungen für die Erhaltung und Hebung der Arbeitskraft. Bereitstellung von Mitteln für Schulen, für Kranke, für Arbeitslose sind für uns keine Luxusausgaben.

Wohl aber rechnen wir dazu alle Ausgaben zu Vernichtungszwecken, also alle Militärausgaben. Kein Land bedarf der Abrüstung mehr als Rußland. Aber es wird ihrer nicht froh werden, nicht sich ihrer Früchte in Ruhe erfreuen können, wenn es isoliert abrüstet, neben stark gewaffneten Nachbarn, die von einer tatendurstigen Soldateska regiert werden, wie Polen und die Türkei.

In das demokratische Programm für Rußland gehört natürlich der Beitritt zum Völkerbund, vor allem aber das Eintreten für allgemeine Abrüstung. In diesem Punkte wird es an die Seite Deutschlands und einer ganzen Reihe von Kleinstaaten treten, aber auch an die Englands, wenn dessen Arbeiterschaft am Ruder bleibt, und die Frankreichs, wenn diese dort an Macht gewinnt.

Es muß dann gelingen, den Faschismus Italiens „einzukreisen", auch ihm die Abrüstung aufzunötigen, was nur die Einleitung zu seiner Überwindung durch die Demokratie wäre.

Dieser ganzen segensreichen Entwicklung stemmt sich der Bolschewismus als hemmender Felsblock entgegen. Gelingt es, ihn beiseite zu schieben und durch die Demo-

kratie zu ersetzen, so wird der Weg frei zum Aufstieg nicht bloß Rußlands, sondern ganz Europas.

### c) Die Selbstbestimmung der Nationen.

Man sollte annehmen, ein Programm, wie das eben skizzierte, müßte, sobald es als gemeinsames anerkannt ist, etwaige noch bestehende theoretische und taktische Differenzen genügend in den Hintergrund drängen, um eine Verständigung zumindest der sozialistischen Parteien für gemeinsames Arbeiten nicht unmöglich erscheinen zu lassen.

Doch begegnet diese Verständigung noch einem Hindernis: nationalen Gegensätzen.

Rußland gehört zu den Staaten, deren Bevölkerung sich aus verschiedenen Nationen zusammensetzt, von denen jede ein besonderes Gebiet bewohnt. Ersteht in einem Staate dieser Art das Streben nach moderner Demokratie, dann gesellt sich zu den sonstigen demokratischen Forderungen auch noch die nach Selbständigkeit der einzelnen Nationalitäten. Jedes Volk will in der Sprache, die es versteht, verwaltet, unterrichtet und gerichtet werden.

Die nächstliegende und einfachste Form, die solches Streben annimmt, ist die des Verlangens nach der staatlichen Selbständigkeit jeder Nationalität, nach der Aufteilung des Nationalitätenstaates in Nationalstaaten.

Nun heißt es, die Kraft der Demokratie dort, wo sie erst um Anerkennung zu kämpfen hat, arg schmälern, wenn die Demokraten der verschiedenen Nationen, statt sich gemeinsam gegen das undemokratische Regime zu erheben, gegeneinander feindselig losgehen oder doch einander mißtrauisch fern bleiben.

Das hat wohl in Rußland nie so schlimme Formen angenommen, wie in Österreich, wo dessen Regierungen seit den Tagen Metternichs die Gefolgschaft einzelner

Nationen dadurch gewannen, daß sie ihnen Vorteile auf Kosten anderer Nationalitäten in Aussicht stellten.

Der Druck der Autokratie war in Rußland zu stark dazu. Dort stand jede Nation, die nach Selbständigkeit verlangte, dem Zarismus gleich feindlich gegenüber. Doch fehlte es auch dort nicht an nationalen Differenzen innerhalb der Demokratie.

Die Sozialisten und Demokraten zerfallen in Rußland nicht bloß in verschiedene Schulen, sondern fast jede Richtung zerfällt auch noch in verschiedene nationale Parteien. Will man einen Block oder doch eine Entente der Demokraten oder wenigstens der demokratischen Sozialisten herbeiführen, dann muß man nicht bloß die verschiedenen Richtungen, sondern auch die Sozialisten und Demokraten der verschiedenen Nationen in dem gemeinsamen Rahmen zusammenfassen.

Nun ist es klar, daß kaum eine der Nationen Sowjetrußlands für sich allein ihre Freiheit gewinnen oder doch behaupten kann, es wäre denn unter furchtbaren Kämpfen, in denen die ganze Nation zugrunde geht. Es mag wohl in einer der Nationen eine Erhebung gegen den Sowjetstaat beginnen. Aber sie wird aussichtslos, wenn sich nicht die anderen Nationen ihr anschließen. Nur im Zusammenhang mit den anderen Nationen des Reiches kann jede der Nationen ihre Freiheit gewinnen. Das wird um so leichter geschehen, je mehr die Sozialisten und Demokraten jeder Nation schon vor dem Freiheitskampf dauernde und freundschaftliche Beziehungen zu denen der anderen Nationen pflegen, was eine prinzipielle Übereinstimmung ihrer nationalen Programme voraussetzt.

Daß jede Nation das Recht auf Selbstbestimmung gewinnen muß, steht außer Zweifel und wird wohl kaum von einem Demokraten, geschweige einem Sozialisten, bestritten. Aber welche Form soll die Selbstbestimmung annehmen? Das ist die große Frage.

Bei ihrer Beantwortung werden unsere Genossen Rußlands — oder seiner Emigration — gut daran tun, die Erfahrungen des Westens zu Rate zu ziehen, das heißt, in diesem Falle von ihm zu lernen, wie man es nicht machen soll.

Der Zusammenbruch Österreichs und des zaristischen Rußland durch den Weltkrieg hat dazu geführt, daß aus Teilen ihrer Gebiete eine ganze Reihe, mitunter recht kleiner, Nationalstaaten entstanden.

Die ohnehin schon große Zahl von Staaten in Europa wurde dadurch ungemein vermehrt. Das fiel aber mit einem Stadium der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, in dem sie einerseits zu ihrer freien Entfaltung große Wirtschaftsgebiete erheischt, in dem aber andererseits die Kapitalisten sowie ihr Anhang an Grundbesitzern usw. danach streben, an Stelle der freien Konkurrenz das Monopol zu setzen, an Stelle der Handelsfreiheit die möglichste Absperrung des inneren Marktes vom äußeren, um ihn besser monopolisieren zu können. Diese Politik bringt den einzelnen Kapitalisten und Grundbesitzern große Augenblicksprofite, wirkt aber auf die Gesamtheit des ökonomischen Lebens um so unheilvoller, je kleiner der Staat, in dem sie betrieben wird.

Daß die Folgen des Weltkrieges diese monopolistische Politik durch enorme Konzentration des Kapitals sehr begünstigten und gleichzeitig die Zahl der Staaten in Europa so sehr vermehrten, ist eine der Hauptursachen dafür, daß Europa sich von den Verheerungen des Weltkrieges ökonomisch nicht erholen kann, obwohl es sie technisch schon überwunden hat, und daß es aus den Krisen nicht herauskommt.

Alle Welt sieht das ein, alle Welt verlangt, diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden durch Überwindung der staatlichen Zersplitterung Europas, durch Herbeiführung irgend einer Art Pan-Europa. Aber solange die Kapitalisten und ihr Anhang regieren, über-

wiegen deren kurzsichtige Augenblicks- und Sonderinteressen, so daß die bessere Einsicht sich nicht durchsetzt. Ebenso in der Frage der Abrüstung. Nur die Sozialisten stehen über diesen bornierten Interessen und verfechten das Allgemeininteresse ihnen gegenüber. Erst wenn sie genügende Macht in den entscheidenden Staaten erlangt haben, dürfte Pan-Europa verwirklicht werden, und ebenso die Abrüstung, obwohl das keine spezifisch sozialistischen Ideen sind.

Man sieht, wie schwer es ist, eine staatliche Trennung wieder zu überwinden, wenn sie einmal eingetreten ist, mag die Wiedervereinigung noch so notwendig sein.

Die verschiedenen nationalen Parteien der Sozialisten und Demokraten auf dem Boden Sowjetrußlands werden daher gut tun, nach gewonnener Freiheit es sich drei- und viermal zu überlegen, ehe sie darauf hinwirken, die gewonnene Freiheit zu staatlicher Trennung zu benutzen.

Was sie von Rußland abstieß, war die Autokratie, zuerst des Zaren, dann der Bolschewiks. Nehmen wir z. B. die Georgier. Zur konstituierenden Nationalversammlung entsandten sie bei den Wahlen von 1917 noch ihre Abgeordneten. Erst nach der Sprengung der Konstituante lösten sie sich vom russischen Staat los. Aber auch da noch hielten sie es für vorteilhaft, Glieder einer größeren Gemeinschaft zu sein. Sie verbanden sich mit Aserbeidschan und Armenien zur Transkaukasischen Republik. Und erst als diese auseinanderfiel, wurde Georgien als völlig selbständiger Staat begründet.

Die Selbstbestimmung der Nationen ist eben nicht gleichbedeutend mit ihrer Souveränität.

In einer Monarchie strebt der Herrscher stets nach Souveränität, nach höchster, niemand verantwortlicher Gewalt. Er strebt sie an, nicht bloß seinen Untertanen, sondern auch dem Ausland gegenüber. Unter der Monarchie gibt es für eine Zusammenfassung mehrerer

Staaten in einem Gemeinwesen nur e i n e Methode: die der E r o b e r u n g.

Nur Republiken können sich freiwillig zur Erlangung größerer Sicherheit oder zur Bildung eines größeren Wirtschaftskörpers vereinigen. Aus einer solchen Art der Vereinigung entsprang die Eidgenossenschaft der Schweizer, entsprangen die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nichts wäre zweckmäßiger, ja für den ökonomischen Wiederaufstieg der Völker Rußlands unerläßlicher, als wenn sie nach gewonnener Freiheit nicht auseinanderliefen, um souveräne Staaten zu bilden. Diese müßten, weil viel ärmer, noch viel schlechter dran sein, als heute die andern Staaten Europas, inbegriffen die Nachfolgestaaten Österreichs und des westlichen Teils des ehemaligen Rußland. Sie brauchen volle Freiheit, volle Selbstbestimmung, aber ebenso sehr freiwillige Vereinigung mit einander.

Heute, im Zeitalter des intensivsten internationalen Verkehrs und weitester Abhängigkeit des Gedeihens der einzelnen Nationen von anderen, ist die Souveränität nicht ein Schutz, sondern eine Gefährdung der Nationen. Bereits der Völkerbund verlangt von jedem Staate eine gewisse Beschränkung seiner Souveränität — heute noch viel zu wenig. Weitere Beschränkungen werden notwendig für direkte Nachbarn, die in engerem Kontakt mit einander stehen.

Im Grunde bedeutet jede Allianz, jeder Handelsvertrag, eine gewisse Beschränkung der Souveränität.

Die Völker Rußlands, die schon beisammen sind, könnten das viel leichter erreichen, was das übrige Europa ersehnt und so mühsam zu erreichen sucht. Diese östlichen Völker kommen, wenn sie jetzt schon ihre Freiheit gewinnen, in die Lage, dem westlichen Europa ein Vorbild zu geben, indem sie ein Pan-Rußland oder die Vereinigten Staaten von Rußland begründen — wobei Rußland als Bezeichnung eines Gebietes, nicht eines führenden Volkes zu verstehen ist. Eine führende Nation

kann es in einer auf freiwilligen Zusammenschluß begründeten Föderation natürlich nicht geben. Einen führenden Staat gibt es weder in den Vereinigten Staaten, noch in der Schweiz. Nicht Souveränität, aber Gleichberechtigung der Nationen fordert die moderne Demokratie; für Pan-Europa hat das erst jüngst Breitscheid sehr gut formuliert.

Welche Aufgaben als gemeinsame, welche als besondere, sagen wir kantonale, zu betrachten sind, darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Darüber wurde in der Eidgenossenschaft und in den Vereinigten Staaten von ihren Anfängen an gestritten und streitet man noch jetzt, was ihr Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht beeinträchtigt.

Viel würde schon gewonnen, wenn die Freistaaten auf dem Gebiete des heutigen Rußland sich zu einem Zollverein zusammenschlössen und auf diese Weise dem Wahnsinn der Hochschutzzöllnerei europäischer Zwergstaaten entgingen. Zum Zollverein gehört natürlich auch ein Zollparlament.

Wichtig wäre auch eine Münzunion, wie sie bis zum Weltkrieg sogar zwischen völlig souveränen Staaten bestand, die lateinische Münzunion, die 1865 zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz abgeschlossen wurde — in der Zeit des Höhepunktes des Freihandels.

Mit der Gemeinsamkeit der Zollgrenzen ist auch eine Gemeinsamkeit der Handelspolitik und der Verkehrspolitik verbunden, also auch der Außenpolitik, die wieder zu einer gewissen Gemeinsamkeit des Heereswesens führt. Der einzelne Staat im Bunde muß wissen, daß die anderen ihn schützen, wenn er angegriffen wird, und bewaffnete Austragung von Zwistigkeiten zwischen den Bundesmitgliedern muß ausgeschlossen werden.

Alle diese Einrichtungen beseitigen nicht die Selbstbestimmung der Nationen in allen Fragen des Unter-

richts, der Steueraufbringung, der inneren Verwaltung, der Gerichtsbarkeit usw. Aber natürlich sind auch noch auf manchen dieser Gebiete gemeinsame Bestimmungen von Vorteil, z. B. ein übereinstimmendes bürgerliches Gesetzbuch.

Bei voller Demokratie wird stets dafür gesorgt sein, daß die Gemeinsamkeit der Bundesaufgaben nie so weit getrieben wird, daß ihre Vorteile aufhören, anziehend zu sein, weil ihre Lasten überwiegen. Nur auf den Vorteilen gegenseitiger Hilfe, nicht auf gewaltsamer Unterwerfung darf der Bund aufgebaut, nur durch sie darf er zusammengehalten werden.

Es soll also bei der Bildung des Staatenbundes keines der Völker auf dem Boden des heutigen Rußland gezwungen werden, ihm beizutreten. Ist er einmal gegründet und funktioniert er gut demokratisch, dann werden sich diejenigen, die noch Bedenken hegen, ihm leicht anschließen, denn für jedes sind die Vorteile des Zusammenschlusses gewaltig und nicht minder groß die Gefahren der Isolierung. Es ist sogar zu erwarten, daß Staaten sich dem Bund anschließen, die bereits seit einem Jahrzehnt als souveräne Staaten bestehen, wie die baltischen Staaten. Wie viel bessere Aussichten hätte z. B. Riga, wenn Lettland von Rußland nicht durch eine Zollgrenze getrennt wäre!

Sich über diese Fragen zu verständigen in einer Weise, die eine innige Zusammenarbeit ohne Mißtrauen ermöglicht, wird eine der wichtigsten Aufgaben aller, denen die Demokratie in Rußland am Herzen liegt. Der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kann dabei eine wichtige Rolle zufallen, namentlich für das Zusammenwirken der sozialistischen Parteien der verschiedenen Nationen Rußlands.

Die Verhältnisse dort sind, wie schon gesagt, zu undurchsichtig, als daß wir mit Bestimmtheit sagen könnten, wie die jüngste Krise des Bolschewismus sich lösen wird. Aber eines ist sicher: Je verständnisvoller und

herzlicher die Parteien der Demokratie und des Sozialismus in Rußland und die seiner Emigration, zuzammenarbeiten, je eher sie sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen, um so besser die Aussichten der Demokratie und des Sozialismus nicht nur im Russischen Reich, sondern in der Welt.

Obwohl dieses Reich das rückständigste unter den Großmächten Europas ist, haben seine Verhältnisse doch schon öfter eine Gestalt angenommen, durch die sie einer stockenden Entwicklung in Europa einen neuen Anstoß gaben und sie vorwärts trieben.

Die Revolution von 1905 verlieh den Kämpfen um das allgemeine Wahlrecht in Westeuropa einen gewaltigen Schwung und gab ihnen in manchem Staat, so z. B. in Österreich, sieghafte Kraft. Von der Revolution von 1917 gingen starke Anstöße aus, die das Proletariat Westeuropas gewaltig ermutigten und belebten und es zu großen Resultaten befähigen mußten, wenn nicht die Bolschewiks gerade diese Situation für die geeignetste gehalten hätten, das Proletariat überall dort zu spalten und zur Selbstzerfleischung anzureizen, wo es dran ging, sich des Staatsruders zu bemächtigen.

Auch jetzt wieder dürfen wir Großes für ganz Europa erwarten, wenn es zu einer demokratischen Erhebung in Rußland kommt und sie dort siegt: Überwindung der Krise, Machtzuwachs der sozialistischen Parteien. Abrüstung, Pan-Europa. Alles das bereitet sich heute schon in Europa vor, stößt aber auf starke Hindernisse bei den Machthabern in und außerhalb Rußlands. Eine demokratische Revolution dort würde ganz Europa in Bewegung setzen, nach vorwärts und aufwärts.

Wird es aber zu einer demokratischen Revolution Rußlands kommen? Ich konnte sie nur als eine Eventualität betrachten, neben anderen Möglichkeiten. Sicher ist bloß, daß die Notlage in Rußland furchtbar wächst und wachsen muß. Noch ist nicht klar zu erkennen, ob daraus völliger Marasmus des Volkskörpers hervorgeht

oder lebhafte, tiefgehende Bewegungen, die Sowjetrußland fundamental umzugestalten vermögen. Aber viele Anzeichen deuten auf letzteres hin.

Der Ernst der Stunde tritt deutlich zutage in den eindringlichen Tönen, die das Manifest der S. A. I. vom Mai dieses Jahres anschlägt. Es spricht zu den Arbeitern Rußlands; doch gilt es nicht nur ihnen. Mehr als je ist Rußlands Sache die Sache der Sozialisten der Welt, nicht nur in dem Sinne der politischen Verbundenheit des russischen Proletariats mit dem aller Länder, sondern auch in dem Sinne, daß von der Gestaltung der Dinge in Rußland heute in ungemein hohem Maße auch die Art der Fortentwicklung der übrigen Welt abhängt, ihr Wohl und Wehe. Darum ist es unser aller Pflicht, die Lage in Rußland zu erkennen und die Aufgaben zu durchdenken, die uns daraus erwachsen.

Mancher unter uns möchte es vielleicht vorziehen, nicht von Rußland zu sprechen, sondern von der russischen Revolution. Da aber dieses Wort seit dem Staatsstreich der Bolschewiks auf so viele und so widersprechende Erscheinungen angewandt wurde, ist es so unbestimmt, so vieldeutig, oder wenn man lieber will, zweideutig geworden, daß man gut tut, sobald man von der russischen Revolution spricht, die man wecken oder neu beleben will, genau erkennen zu lassen, welche man meint.

Jene russische Revolution, die uns allen am Herzen liegt und liegen muß, kann keine andere sein als die demokratische Revolution.

Im Frühjahr 1931 erscheint Bd. I:

# INTERNATIONALES HANDBUCH

## des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Mitarbeiter an diesem dreibändigen Werke sind hervorragende Kenner der internationalen Arbeiterbewegung und der Geschichte des Sozialismus in allen Ländern.

Jeder der drei Bände behandelt das Gesamtmaterial der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung aus einer anderen Perspektive, der erste Band nach Ländern, der zweite Band nach Persönlichkeiten, der dritte nach Problemen.

Das ganze Werk wird sowohl den Weg zur wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung erschließen, als auch den praktischen Bedürfnissen des Journalisten, sowie aller Tätigen überhaupt dienen.

Der Preis des Handbuches beträgt Mk. **35.00** je Band, in der Subskription Mk. **30.00**. Schluß der Subskription am 31. Dezember 1930.

**Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3**

**Kautsky, Karl:**
**Festbuch zum 75. Geburtstage.** Verfaßt von Dr. Karl Renner . . . . kart. 2.25

**Erinnerungsheft der „Gesellschaft“,** zum 70. Geburtstag v.K.Kautsky kart. 2.40

Die wichtigsten, lieferbaren Schriften, die bei uns erschienen:

**Kautsky, Karl: Thomas More und seine Utopie.** Mit einer histor. Einleitung . Ganzl. 5.80

**Kautsky, Karl: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung.** Neuaufl. Ganzl. 3.—

**Kautsky, Karl: Der Ursprung des Christentums** . . . . 7.50

**Kautsky, Karl: Die Sozialisierung der Landwirtschaft** brosch. 1.50

**Kautsky, Karl: Wehrfrage u. Sozialdemokratie** . brosch. 1.20

**Kautsky, Karl: Der Weg zur Macht.** Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution brosch. 0.50

**Kautsky, Karl: Parlamentarismus u. Demokratie** brosch. 0.50

**Kautsky, Karl: Die Klassengegensätze im Zeitalter der franz. Revolution** brosch. 0.60

**Kautsky, Karl: Karl Marx' ökonomische Lehren,** gemeinverständlich dargestellt u. erläutert (in Vorbereitung)

**Kautsky, Karl: Die material. Geschichtsauffassung.** 2. Aufl. Fünf Bücher in zwei Bänden. 1786 Seiten . . 35.00

**Verlag J.H.W.Dietz Nachf.**
**Berlin SW. 68, Lindenstr. 3**